

# Gesetz- und Verordnungsblatt

## für die Evangelisch-Lutherische Kirche in Oldenburg

XXII. Band 6. Stück

TEIL I

Ausgegeben den 17. Juli 1991

|  | Seite |
|--|-------|
| <b>Inhalt:</b> Nr. 59 Einberufung zur 3. Tagung der 44. Synode . . . . .   | 85    |
| Nr. 60 Kirchengesetz der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen zur Änderung des Pfarrerbesehdungs- und -versorgungsgesetzes - vom 29. 11. 1990 - . . . . .  | 85    |
| Nr. 61 Verordnung mit Gesetzeskraft des Rates der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen zur Änderung des Pfarrerbesehdungs- und -versorgungsgesetzes - vom 5. 3. 1991 - . . . . .                                       | 86    |
| Nr. 62 Verordnung des Rates der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen über das Verfahren bei Beschwerden über theologische Prüfungen . . . . .  | 87    |
| Nr. 63 Verordnung mit Gesetzeskraft des Rates der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen zur Änderung des Gemeinsamen Mitarbeitervertretungsgesetzes - vom 28. 9. 1990 - . . . . .                                       | 87    |
| Nr. 64 Änderung in der Zusammensetzung der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission sowie Teilnehmer ohne Stimmrecht - vom 24. 10. 1990 - . . . . .   | 88    |
| Nr. 65 Bekanntmachung des Beschlusses der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission vom 21. 9. 1990 über die 10. Änderung der Dienstvertragsordnung . . . . .  | 88    |
| Nr. 66 Bekanntmachung des Beschlusses der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission vom 23. 1. 1991 über die 11. Änderung der Dienstvertragsordnung . . . . .  | 89    |
| Nr. 67 Haushaltsplan der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen für die Haushaltsjahre 1991 und 1992 - vom 30. 11. 1990 - . . . . .  | 90    |
| Nr. 68 Kirchengesetz zur Vereinbarung über die Zulassung besonderer Fälle der Kirchenmitgliedschaft vom 25. 2. / 14. 3. 1991 . . . . .   | 90    |
| Nr. 69 Kirchengesetz über die Änderung der Grenze zwischen den Kirchengemeinden Minsen und Wiarden . . . . .   | 91    |
| Nr. 70 Kirchengesetz zu den Pfarrstellen in den Kirchengemeinden Minsen, Pakens, St.-Joost-Wüppels und Wiarden . . . . .   | 92    |
| Nr. 71 Kirchengesetz über die Errichtung einer dritten Pfarrstelle in der Kirchengemeinde Hude . . . . .   | 92    |
| Nr. 72 Kirchengesetz über die Errichtung einer dritten Pfarrstelle in der Kirchengemeinde Wildeshausen . . . . .   | 92    |
| Nr. 73 Kirchengesetz über die Errichtung einer landeskirchlichen Pfarrstelle am »Elisabethstift«, »Friedas-Frieden-Stift« und »Pius-Hospital« . . . . .  | 92    |
| Nr. 74 Rechtsverordnung betreffend Ergänzungsausbildung gemäß § 8 Abs. 2 und 3 des Kirchengesetzes über Ausbildung und Dienst der Diakone (Diakonengesetz) GVBl. XXII. Band, Seite 16 ff. (Ergänzungsausbildung RVO) . . . . .         | 92    |
| Nr. 75 Verordnung betreffend Eignungsnachweis für nebenamtliche Kirchenmusiker (D) . . . . .   | 93    |
| Nr. 76 Beschluß über die Landeskirchensteuer der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Oldenburg im Gebiet des Landes Niedersachsen für die Haushaltsjahre 1991/92 . . . . .  | 93    |
| Nr. 77 Bekanntmachung der Lohn- und Vergütungstarifverhandlungen 1991 im öffentlichen Dienst; Tarifverträge über die Erhöhung der Vergütungen, Löhne und Ausbildungsvergütungen - RdErl. d. MF v. 8. 4. 1991-45 80 01/1991 - . . . . . | 93    |
| Nr. 78 Bekanntmachung der Veränderungen in der 44. Synode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Oldenburg . . . . .   | 111   |
| Nachrichten . . . . .  | 111   |

### Nr. 59

#### Einberufung zur 3. Tagung der 44. Synode

Die 44. Synode der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg wird zu einer Tagung auf

**Dienstag, den 14. Mai 1991,**

einberufen.

Die Tagung der Synode wird um 9.00 Uhr in der St-Ulrichs-Kirche in Rastede mit einem Abendmahlsgottesdienst, der von Herrn Oberkirchenrat Prof. Dr. Schäfer gehalten wird, eröffnet.

Die Verhandlungen der Synode beginnen gegen 10.30 Uhr in der Heimvolkshochschule Rastede-Hankhausen und werden voraussichtlich am Donnerstag, dem 16. Mai 1991, abends beendet sein.

Am Sonntag, dem 12. Mai 1991, ist gemäß Artikel 82 der Kirchenordnung in allen Gottesdiensten der Synode fürbittend zu denken.

Anträge und Eingaben an die Synode sind bis zum 30. April 1991 über den Oberkirchenrat einzureichen.

Oldenburg, den 3. April 1991

Der Oberkirchenrat  
der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg  
Dr. Sievers  
Bischof

### Nr. 60

#### Kirchengesetz der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen zur Änderung des Pfarrerbesehdungs- und -versorgungsgesetzes vom 29. November 1990

Nachstehend gibt der Oberkirchenrat das Kirchengesetz der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen zur Änderung des Pfarrerbesehdungs- und -versorgungsgesetzes vom 29. November 1990 (Kirchl. Amtsbl. Hannover Nr. 9/1990, Seite 128) bekannt.

Oldenburg, den 11. Juni 1991

Der Oberkirchenrat  
der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg  
Ristow  
Oberkirchenrat

#### Kirchengesetz der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen zur Änderung des Pfarrerbesehdungs- und -versorgungsgesetzes Vom 29. November 1990

Die Synode der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen hat das folgende Kirchengesetz beschlossen:

§ 1

Änderung des Pfarrerbesehdungs- und -versorgungsgesetzes

Das Kirchengesetz der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen über die Pfarrerbesehdung- und -versorgung (Pfarrerbesoldungs- und -versorgungsgesetz - PfVBVG) vom 2. September 1981 (Kirchl. Amtsbl. Hannover S. 131), zuletzt geändert durch das Kirchengesetz der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen zur Änderung des Pfarrerbesehdungs- und -versorgungsgesetzes vom 9. November 1989 (Kirchl. Amtsbl. Hannover S. 109), wird wie folgt geändert:

1. Die Überschrift erhält folgende Fassung:  
»Kirchengesetz der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen über die Besoldung und Versorgung der Pfarrer und Pfarrerrinnen (Pfarrerbesoldungs- und -versorgungsgesetz – PfVBVG)«
2. In § 1 wird folgender Satz 2 angefügt:  
»In diesem Kirchengesetz verwendete Personenbezeichnungen gelten für Frauen und Männer.«
3. § 4 wird wie folgt geändert:
  - a) In Absatz 2 erhält Satz 1 folgende Fassung:  
»Pfarrer erhalten eine das Grundgehalt ergänzende ruhegehaltfähige Zulage in der Höhe, wie sie Beamten des Landes Niedersachsen nach den Besoldungsordnungen in den entsprechenden Besoldungsgruppen als allgemeine Stellenzulage zusteht.«
  - b) In Absatz 3 erhalten die Sätze 2 und 3 folgende Fassung:  
»Satz 1 gilt nicht, wenn der Pfarrer die Rechtsstellung eines Pfarrers im Wartestand auf Grund eines Disziplinarurteils (Amtszuchturteils) erhalten hatte. Im Falle des Satzes 2 ist das Besoldungsdienstalter nicht hinauszuschieben, soweit dem Pfarrer im Wartestand eine Aufgabe übertragen ist, die mindestens der Hälfte des vollen Dienstes eines Pfarrers entspricht.«
4. § 13 wird wie folgt geändert:
  - a) Der bisherige Wortlaut wird Absatz 1.
  - b) Es wird folgender Absatz 2 angefügt:  
»(2) Ergeben sich für eine Vollwaise Waisengeldansprüche nach diesem Kirchengesetz aus den Anstellungsverhältnissen beider Elternteile, so ist neben dem zu zahlenden höheren Waisengeld auch das andere Waisengeld bis zum Erreichen der in Satz 2 bezeichneten Höchstgrenze zu zahlen, wenn bei beiden Elternteilen das Ruhegehalt wegen Freistellung vom Dienst vermindert ist. Höchstgrenze ist das nach dem Höchstsatz aus der Endstufe der Besoldungsgruppe A 14 berechnete Waisengeld. Die Gesamtbezüge mehrerer Vollwaisen dürfen zusammen das dem Waisengeld nach Satz 2 zugrunde zu legende Ruhegehalt nicht übersteigen.«
5. Nach § 19 b wird folgender § 19 c eingefügt:  
»§ 19 c  
Zusammentreffen von Bezügen mit Leistungen nach dem Abgeordnetenrecht  
Erhält ein Pfarrer Leistungen wegen einer Mitgliedschaft im Europäischen Parlament, im Deutschen Bundestag oder in der gesetzgebenden Körperschaft eines Landes und werden von anderer Seite Vorschriften über das Zusammentreffen mehrerer Ansprüche nicht angewandt, weil der kirchliche Dienst auf Grund geltenden Rechts nicht als öffentlicher Dienst behandelt wird, so werden Bezüge nach diesem Kirchengesetz nur insoweit gewährt, als sie zusammen mit den anderen Leistungen den Gesamtbetrag nicht überschreiten, der sich bei einem vergleichbaren Beamten des Landes Niedersachsen ergeben würde. Satz 1 gilt für versorgungsberechtigte Hinterbliebene des Pfarrers entsprechend.«
6. In § 23 Abs. 1 und 2 werden jeweils die Worte »Pfarrer im Probendienst, Hilfspfarrer, Hilfsgeistliche und Hilfsprediger« durch die Worte »Pfarrer auf Probe, Hilfsprediger und Kandidaten des Pfarramtes« ersetzt.
7. In § 24 erhält der Absatz 2 folgende Fassung:  
»(2) Pfarrverwalter (Pfarrdiakone) im Kirchenbeamtenverhältnis erhalten Grundgehalt
  1. nach der Besoldungsgruppe A 12 während der Probezeit,
  2. nach der Besoldungsgruppe A 13 nach Abschluß der Probezeit,
  3. nach der Besoldungsgruppe A 14 fünfzehn Jahre nach Erreichen der Besoldungsgruppe A 13.
 Zu dem Grundgehalt nach Satz 1 wird die Zulage nach § 4 Abs. 2 Satz 1 gewährt.«
8. §§ 26 a und 26 b werden gestrichen.
9. In § 30 erhält der Absatz 2 folgende Fassung:  
»(2) Festangestellte Pfarrvikare erhalten Grundgehalt
  1. in der ersten bis zwölften Dienstaltersstufe nach der Besoldungsgruppe A 13,
  2. von der dreizehnten Dienstaltersstufe an nach der Besoldungsgruppe A 14.
 Pfarrvikare im Hilfsdienst erhalten Grundgehalt nach der Besoldungsgruppe A 13. Zu dem Grundgehalt nach den Sätzen 1 und 2 wird die Zulage nach § 4 Abs. 2 Satz 1 gewährt.«
10. § 31 wird wie folgt geändert:
  - a) In Absatz 1 wird folgender Satz 2 angefügt:  
»Der Direktor des Diakonischen Werkes kann nach Ablauf von acht Jahren in diesem Amt durch Beschluß der Kirchenregierung Grundgehalt nach der Besoldungsgruppe A 16 erhalten.«

- b) Absatz 2 erhält folgende Fassung:  
»(2) Die Senioren der Propstei Braunschweig sowie der Domprediger am Dom St. Blasii zu Braunschweig erhalten für die Dauer der Wahrnehmung dieser Ämter eine ruhegehaltfähige Zulage nach Maßgabe des Absatzes 5 Nr. 2, der Domprediger jedoch frühestens zwei Jahre nach Erreichen der Besoldungsgruppe A 14. Die Kirchenregierung kann bestimmen, daß die Senioren und der Domprediger Grundgehalt nach der Besoldungsgruppe A 15 oder eine ruhegehaltfähige Zulage nach Maßgabe des Absatzes 5 Nr. 3 erhalten.«

## § 2

## Übergangsvorschriften

- (1) Bei den am 1. Juli 1990 vorhandenen Pfarrverwaltern (Pfarrdiakonen) sind Dienstzeiten als Pfarrverwalter (Pfarrdiakon) nach Abschluß der Probezeit im Rahmen des § 24 Abs. 2 des Pfarrerbesoldungs- und -versorgungsgesetzes in der Fassung des § 1 Nr. 7 zu berücksichtigen.
- (2) Bei der entsprechenden Anwendung der für die Beamten des Landes Niedersachsen geltenden Übergangsvorschriften über den Ruhegehaltssatz für am 31. Dezember 1991 vorhandene Beamte treten an die Stelle des § 26 a des Pfarrerbesoldungs- und -versorgungsgesetzes die für die Beamten des Landes Niedersachsen maßgebenden Vorschriften über die Verminderung des Ruhegehaltssatzes wegen Freistellungen vom Dienst.

## § 3

## Schlußvorschriften

- (1) Dieses Kirchengesetz tritt in der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers, in der Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig und in der Ev.-luth. Kirche in Oldenburg gemäß § 19 Abs. 2 Satz 1 des Vertrages über die Bildung einer Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen wie folgt in Kraft:

1. § 1 Nr. 3 mit Wirkung vom 1. Januar 1990,
2. § 1 Nrn. 7, 9 und 10 sowie § 2 Abs. 1 mit Wirkung vom 1. Juli 1990,
3. § 1 Nrn. 4 und 8 sowie § 2 Abs. 2 am 1. Januar 1992,
4. die übrigen Vorschriften am 1. Januar 1991.

- (2) Dieses Kirchengesetz tritt in der Ev.-ref. Kirche (Synode ev.-ref. Kirchen in Bayern und Nordwestdeutschland) und in der Ev.-Luth. Landeskirche Schaumburg-Lippe gemäß § 19 Abs. 3 Satz 1 des Vertrages über die Bildung einer Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen und den dazu erlassenen Bestimmungen in Kraft.

- (3) Der Rat wird ermächtigt, das Pfarrerbesoldungs- und -versorgungsgesetz in der ab 1. Januar 1992 geltenden Fassung mit neuem Datum und neuer Paragraphenfolge bekanntzumachen und dabei Unstimmigkeiten des Wortlautes zu beseitigen.

Unter Bezugnahme auf den Beschluß der 5. Synode der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen vom 17. November 1990 ausgefertigt.

Hannover, den 29. November 1990

**Der Rat der Konföderation  
evangelischer Kirchen in Niedersachsen**

Hirschler  
Vorsitzender

**Nr. 61**

**Verordnung mit Gesetzeskraft des Rates der  
Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen  
zur Änderung des Pfarrerbesoldungs- und  
-versorgungsgesetzes vom 5. März 1991**

Nachstehend gibt der Oberkirchenrat die Verordnung mit Gesetzeskraft des Rates der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen zur Änderung des Pfarrerbesoldungs- und -versorgungsgesetzes vom 5. März 1991 (Kirchl. Amtsbl. Hannover Nr. 2/1991, Seite 11) bekannt.

Oldenburg, den 11. Juni 1991

Der Oberkirchenrat  
der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg  
Ristow  
Oberkirchenrat

**Verordnung mit Gesetzeskraft des Rates der Konföderation  
evangelischer Kirchen in Niedersachsen zur Änderung  
des Pfarrerbesoldungs- und -versorgungsgesetzes**

Vom 5. März 1991

Auf Grund des § 20 Abs. 1 des Vertrages über die Bildung einer Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen wird im Benehmen mit dem Präsidium der Synode die folgende Verordnung mit Gesetzeskraft erlassen:

## § 1

Das Kirchengesetz der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen über die Besoldung und Versorgung der Pfarrer und Pfarrerinnen (Pfarrerbesoldungs- und -versorgungsgesetz – PfVBVG) vom 2. September 1981 (Kirchl. Amtsbl. Hannover S. 131), zuletzt geändert durch das Kirchengesetz der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen zur Änderung des Pfarrerbesoldungs- und -versorgungsgesetzes vom 29. November 1990 (Kirchl. Amtsbl. Hannover S. 128), wird in § 37 wie folgt geändert:

1. In Absatz 1 wird Nummer 3 gestrichen; die bisherige Nummer 4 wird Nummer 3.
2. Nach Absatz 1 wird folgender neuer Absatz 2 eingefügt:  
»(2) Der Pfarrer für Diakonie erhält für die Dauer der Wahrnehmung dieses Amtes eine Stellenzulage in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen dem jeweiligen Grundgehalt (§ 4) und dem jeweiligen Grundgehalt nach der Besoldungsgruppe A 16.«
3. Die bisherigen Absätze 2 und 3 werden Absätze 3 und 4.

## § 2

(1) Diese Verordnung mit Gesetzeskraft tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1991 in Kraft.

(2) Die Zeit, für die dem Stelleninhaber des Amtes des Pfarrers für Diakonie am 1. Januar 1991 eine Stellenzulage nach dem bis zum 31. Dezember 1990 geltenden Recht zustand, wird auf den Achtjahreszeitraum nach § 37 Abs. 3 des Pfarrerbesoldungs- und -versorgungsgesetzes in der Fassung des § 1 Nr. 3 angerechnet.

Hannover, den 5. März 1991

**Der Rat der Konföderation  
evangelischer Kirchen in Niedersachsen**

Hirschler  
Vorsitzender

**Nr. 62**

**Verordnung des Rates der Konföderation  
evangelischer Kirchen in Niedersachsen über das Verfahren  
bei Beschwerden über theologische Prüfungen**

Nachstehend gibt der Oberkirchenrat die Neufassung der Verordnung des Rates der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen über das Verfahren bei Beschwerden über theologische Prüfungen (Kirchl. Amtsbl. Hannover Nr. 8/1990, Seite 106) bekannt.

Oldenburg, den 11. Juni 1991

Der Oberkirchenrat  
der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg  
Ristow  
Oberkirchenrat

**Bekanntmachung der Neufassung der Verordnung des Rates  
der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen  
über das Verfahren bei Beschwerden über theologische Prüfungen**

Hannover, den 5. September 1990

Auf Grund des § 2 Abs. 2 der Verordnung des Rates der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen zur Änderung der Verordnung über das Verfahren bei Beschwerden über theologische Prüfungen vom 31. März 1989 (Kirchl. Amtsbl. Hannover S. 29) wird nachstehend der Wortlaut der Verordnung über das Verfahren bei Beschwerden über theologische Prüfungen in der nunmehr geltenden Fassung mit neuem Datum bekanntgemacht.

**Der Rat der Konföderation  
evangelischer Kirchen in Niedersachsen**

Hirschler  
Vorsitzender

**Verordnung  
des Rates der Konföderation evangelischer Kirchen  
in Niedersachsen über das Verfahren bei Beschwerden  
über theologische Prüfungen**

in der Fassung vom 5. September 1990

## § 1

(1) Der Prüfling kann im Verlauf der theologischen Prüfungen gegen das Verfahren der Prüfungsabteilung, einzelner Mitglieder der Prüfungsabteilung oder der mit der Durchführung einzelner Prüfungsteile Beauftragter Gegenvorstellung bei dem Vorsitzenden der Prüfungsabteilung erheben. Die Gegenvorstellung ist unverzüglich zu erheben; sie hat keine hemmende Wirkung.

(2) Über die Gegenvorstellung entscheidet der Vorsitzende der Prüfungsabteilung. Wird eine Gegenvorstellung über das Prüfungsverfahren in der mündlichen Prüfung während ihres Verlaufes erhoben, so entscheidet die Prüfungsabteilung unverzüglich.

(3) Über die Gegenvorstellung und die darauf ergangene Entscheidung ist ein Vermerk des Vorsitzenden der Prüfungsabteilung zu den Prüfungsakten zu nehmen. Dem Vermerk sind die entstandenen Unterlagen beizufügen.

## § 2

(1) Gegen das Ergebnis der Prüfung kann der Prüfling innerhalb eines Monats nach Zustellung des Zeugnisses oder des Bescheides über das Nichtbestehen der Prüfung schriftlich oder zur Niederschrift bei dem Prüfungsamt Einspruch einlegen. Der Einspruch kann auch gegen das Ergebnis der zeitlich vorgezogenen praktischen Proben in Religionspädagogik und Homiletik innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des jeweiligen Ergebnisses eingelegt werden.

(2) Der Einspruch ist zu begründen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Der Prüfling kann den Einspruch nur darauf stützen, daß er durch die angegriffene Entscheidung in seinen Rechten verletzt sei.

## § 3

(1) Das Prüfungsamt stellt die für seine Entscheidung über den Einspruch nach § 2 erforderlichen Ermittlungen selbst oder durch ein beauftragtes Mitglied an.

(2) Hält das Prüfungsamt den Einspruch für zulässig und begründet, so hebt es das Ergebnis der Prüfung ganz oder teilweise auf. Es kann anordnen, daß die Prüfung ganz oder teilweise zu wiederholen ist und daß die Wiederholung vor einer anderen Prüfungsabteilung stattzufinden hat. Es kann außerdem Anordnungen für die Durchführung der praktischen Proben erlassen.

(3) Gibt das Prüfungsamt dem Einspruch nicht statt, so ist gegen den den Einspruch zurückweisenden Bescheid innerhalb eines Monats nach Zustellung die Klage beim Rechtshof der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen nach Maßgabe der für dieses kirchliche Verwaltungsgericht jeweils geltenden Bestimmungen zulässig. Die Vorschriften des Absatzes 2 gelten entsprechend.

## § 4

Solange über einen Einspruch oder eine Klage nicht abschließend entschieden und eine angeordnete Wiederholung der Prüfung nicht beendet ist, gilt die Prüfung als nicht abgeschlossen.

## § 5

(Inkrafttreten)

**Nr. 63**

**Verordnung mit Gesetzeskraft  
der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen  
zur Änderung des Gemeinsamen Mitarbeitervertretungsgesetzes**

Nachstehend gibt der Oberkirchenrat die Verordnung mit Gesetzeskraft des Rates der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen zur Änderung des Gemeinsamen Mitarbeitervertretungsgesetzes (Kirchl. Amtsbl. Hannover Nr. 8/1990 Seite 106) und die Bestätigung dieser Verordnung (Kirchl. Amtsbl. Hannover Nr. 9/1990 Seite 130) bekannt.

Oldenburg, den 11. Juni 1991

Der Oberkirchenrat  
der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg  
Ristow  
Oberkirchenrat

**Verordnung mit Gesetzeskraft des  
Rates der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen  
zur Änderung des Gemeinsamen Mitarbeitervertretungsgesetzes**

Vom 28. September 1990

Auf Grund des § 20 Abs. 1 des Vertrages über die Bildung einer Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen wird im Benehmen mit dem Präsidium der Synode die folgende Verordnung mit Gesetzeskraft erlassen:

Artikel 1

§ 43 des Kirchengesetzes der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen über Mitarbeitervertretungen in kirchlichen Dienststellen und Einrichtungen (Gemeinsames Mitarbeitervertretungsgesetz – MVG) in der Fassung vom 5. April 1979 (Kirchl. Amtsbl. Hannover S. 41) wird wie folgt geändert:

1. Es wird folgender neuer Absatz 3 eingefügt:  
»(3) Kommt ein Vorschlag gemäß Absatz 2 Nr. 1, 2 oder 3 nicht zustande mit der Folge, daß nach Ablauf der Amtszeit der bisherigen Mitglieder der Schiedsstelle eine neue Schiedsstelle nicht gebildet werden kann, so kann der Rat die jeweiligen bisherigen Mitglieder mit ihrem Einverständnis bis zur Dauer von zwei Jahren erneut berufen.
2. Die bisherigen Absätze 3 bis 6 werden Absätze 4 bis 7.

Artikel 2

Diese Verordnung mit Gesetzeskraft tritt mit Wirkung vom 1. September 1990 in Kraft.

Hannover, den 28. September 1990

**Der Rat der Konföderation  
evangelischer Kirchen in Niedersachsen**

Hirschler  
Vorsitzender

**Bestätigung einer Verordnung mit Gesetzeskraft  
zur Änderung des Gemeinsamen Mitarbeitervertretungsgesetzes**

Hannover, den 30. November 1990

Im Kirchlichen Amtsblatt Hannover 1990 S. 106 ist die Verordnung mit Gesetzeskraft der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen zur Änderung von § 43 des Gemeinsamen Mitarbeitervertretungsgesetzes in der Fassung vom 5. April 1979 verkündet worden. Diese Verordnung mit Gesetzeskraft ist von der 5. Synode der Konföderation in der IV. Tagung am 17. November 1990 gemäß § 20 des Konföderationsvertrages (Kirchl. Amtsbl., Hannover 1979, S. 75) bestätigt worden.

**Konföderation  
evangelischer Kirchen in Niedersachsen  
- Geschäftsstelle -**

Behrens

**Nr. 64**

**Änderungen in der Zusammensetzung der  
Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission  
sowie Teilnehmer ohne Stimmrecht**

Nachstehend gibt der Oberkirchenrat die Änderungen in der Zusammensetzung der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission sowie Teilnehmer ohne Stimmrecht (Kirchl. Amtsbl. Hannover Nr. 9/1990, Seite 130) bekannt.

Oldenburg, den 11. Juni 1991

Der Oberkirchenrat  
der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg  
Ristow  
Oberkirchenrat

**Änderungen in der Zusammensetzung der  
Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission  
sowie Teilnehmer ohne Stimmrecht**

Hannover, 24. Oktober 1990

I.

Die Zusammensetzung der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission (Mitteilung vom 20. Februar 1990 – Kirchl. Amtsbl., Hannover, S. 7) – hat sich inzwischen wie folgt geändert:

1. **Vertreter der Mitarbeiter:**  
Von der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft – Landesverband Niedersachsen-Bremen – ist Herr Rudolf **Kühne** nunmehr als Mitglied entsandt; Herr Werner **Bonus** (Göttingen) ist als sein Stellvertreter bestellt worden.
2. **Vertreter der Dienstherrn und Anstellungsträger:**  
Aus der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers hat der Rat der Konföderation für den mit Ablauf des 30. Juni 1990 ausgeschiedenen Stellvertreter Superintendent Wolfgang Reese (Ölsburg) als neuen Stellvertreter Superintendent Gerd **Steffen** (Wunstorf) entsandt.

II.

An den Beratungen der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission nehmen in der mit dem 1. Januar 1990 begonnenen neuen vierjährigen Amtszeit gemäß § 13 Abs. 4 des Gemeinsamen Mitarbeitergesetzes **ohne Stimmrecht** teil:

1. **als Vertreter der Pfarrerschaft**
  - a) Pfarrer Hans-Georg **Babke**, Salzgitter  
(Stellvertreter: Pfarrer Rainer **Kopisch**, Braunschweig)
  - b) Pastor Hans-Jürgen **Kuhlmann**, Osnabrück  
(Stellvertreter: Pastor Hermann-Leopold **Grüner**, Emden)
  - c) Pfarrer Gerold **Strauß**, Oldenburg  
Stellvertreterin: Pastorin Ulrike **Hoffmann**, Wilhelmshaven)

2. **aus dem Bereich der Diakonie**  
für die diakonischen Einrichtungen

Pastor Werner **Borchert**, Neuerkeröder Anstalten,  
Sicke-Neuerkerode  
(Stellvertreter: Dr. Günther **Heidemann**, Diakonisches Werk  
Oldenburg, Oldenburg)

für die diakonische Mitarbeiterschaft  
Herr Waldemar **Dinger**, Diakonische Werke Himmelsthür,  
Wildeshausen  
(Stellvertreter: Herr Manfred **Freyermuth**, Meinersen).

**Konföderation  
evangelischer Kirchen in Niedersachsen  
- Geschäftsstelle -  
Behrens**

**Nr. 65**

**Bekanntmachung des Beschlusses der  
Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission vom  
21. September 1990 über die 10. Änderung der  
Dienstvertragsordnung**

Nachstehend gibt der Oberkirchenrat den Beschluß der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission vom 21. September 1990 über die 10. Änderung der Dienstvertragsordnung (Kirchl. Amtsbl. Hannover Nr. 10/1990, Seite 155) bekannt.

Oldenburg, den 11. Juni 1991

Der Oberkirchenrat  
der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg  
Ristow  
Oberkirchenrat

**Bekanntmachung des Beschlusses der  
Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission vom  
21. September 1990 über die 10. Änderung der  
Dienstvertragsordnung**

Hannover, den 19. Dezember 1990

Nachstehend geben wir den Beschluß der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission vom 21. September 1990 über die 10. Änderung der Dienstvertragsordnung bekannt.

**Konföderation  
evangelischer Kirchen in Niedersachsen  
- Geschäftsstelle -  
Behrens**

**10. Änderung der Dienstvertragsverordnung  
Vom 21. September 1990**

Auf Grund des § 20 Abs. 2 des Gemeinsamen Mitarbeitergesetzes vom 14. März 1978 (Kirchl. Amtsbl. Hannover S. 33), geändert durch Kirchengesetz vom 10. Oktober 1979 (Kirchl. Amtsbl. Hannover S. 143), hat die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission die Dienstvertragsordnung vom 16. Mai 1983 (Kirchl. Amtsbl. Hannover S. 65), zuletzt geändert durch die 9. Änderung der Dienstvertragsordnung vom 26. Juni 1990 (Kirchl. Amtsbl. Hannover S. 94), wie folgt geändert:

§ 1

Änderung der Dienstvertragsordnung

1. In dem I. Abschnitt wird vor § 1 folgende Vorbemerkung eingefügt:  
»Vorbemerkung: Die in dieser Dienstvertragsordnung verwendeten Personenbezeichnungen gelten für Frauen und Männer.«
2. § 3 wird wie folgt geändert:
  - a) Absatz 2 enthält folgende Fassung:  
»(2) Der Mitarbeiter ist auch bei politischer Betätigung seinem Auftrag verpflichtet; er ist seinen Dienst allen Gemeindegliedern ohne Ansehen ihrer politischen Ein-

stellung schuldig. Er hat die Grenzen zu beachten, die sich hieraus für Art und Maß seines politischen Handelns ergeben.«

- b) Es wird folgender neuer Absatz 3 eingefügt:  
 »(3) Der Mitarbeiter darf eine Körperschaft oder Vereinigung nicht unterstützen, wenn er dadurch in Widerspruch zu seinem Auftrag tritt oder wenn er durch die Unterstützung in der Ausübung seines Dienstes wesentlich behindert wird.«
  - c) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 4.
3. In der Anlage 1, Sparte A wird nach den Tätigkeitsmerkmalen folgende Anmerkung angebracht:  
 »Anmerkung:  
 Küster, die von der obersten Behörde als Fachberater berufen werden, erhalten für die Dauer der Fachberater Tätigkeit eine monatliche Zulage von 200 DM.«
4. In der Anlage 1, Sparte M wird der letzte Satz durch folgenden Wortlaut ersetzt:  
 »Anmerkungen:  
 a) Die Protokollerklärung Nr. 2 der Anlage 1 b, Abschnitt B zum BAT ist auf die Nummern 1 und 2 anzuwenden.  
 b) Pflegepersonen der Vergütungsgruppen Kr I bis Kr VII, die die Grund- und Behandlungspflege in Alten- und Pflegeheimen oder Diakonie-/Sozialstationen zeitlich überwiegend ausüben, erhalten für die Dauer dieser Tätigkeit eine monatliche Zulage von 90 DM.  
 c) Pflegepersonen der Vergütungsgruppen Kr IV bis Kr VIII, die als Stationspflegerinnen oder Pflegepersonen in anderen Tätigkeiten mit unterstellten Pflegepersonen eingesetzt sind, erhalten die Zulage nach Anmerkung b ebenfalls, wenn alle ihnen durch ausdrückliche Anordnung ständig unterstellte Pflegepersonen Anspruch auf eine Zulage nach Anmerkung b haben. Die Zulage steht auch Pflegepersonen zu, die durch ausdrückliche Anordnung als ständige Vertreterinnen einer in Satz 1 Anspruchsberechtigten bestellt sind.  
 d) Eine Zulage nach Anmerkung c wird nicht neben einer Zulage nach Anmerkung b gewährt.  
 e) Die Regelungen über Wechselschicht- und Schichtzulagen sowie über Zeitzuschläge für Angestellte im Pflegedienst, die unter Abschnitt A der Anlage 1 b zum BAT fallen, gelten für Angestellte im Pflegedienst, die unter Abschnitt B der Anlage 1 b zum BAT fallen, entsprechend.«
5. In den Anlagen 5, 6, 7 a, 7 b und 8 erhält jeweils § 2 Abs. 3 folgende Fassung:  
 »(3) Der Mitarbeiter ist auch bei politischer Betätigung seinem Auftrag verpflichtet; er ist seinen Dienst allen Gemeindegliedern ohne Ansehen ihrer politischen Einstellung schuldig. Er hat die Grenzen zu beachten, die sich hieraus für Art und Maß seines politischen Handelns ergeben. Der Mitarbeiter darf eine Körperschaft oder Vereinigung nicht unterstützen, wenn er dadurch in Widerspruch zu seinem Auftrag tritt oder wenn er durch die Unterstützung in der Ausübung seines Dienstes wesentlich behindert wird.«

§ 2

Inkrafttreten

Es treten in Kraft

- a) § 1 Nr. 1, 2 und 5 am 1. Januar 1991
- b) § 1 Nr. 3 und 4 mit Wirkung vom 1. Januar 1990

Hannover, den 21. September 1990

**Die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission**

Vorsitzender  
 Dr. von Tiling

**Nr. 66**

**Bekanntmachung des Beschlusses der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission vom 23. Januar 1991 über die 11. Änderung der Dienstvertragsordnung**

Nachstehend gibt der Oberkirchenrat den Beschluß der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission vom 23. Januar 1991 über die 11. Änderung der Dienstvertragsordnung (Kirchl. Amtsbl. Hannover Nr. 3/1991, Seite 23) bekannt.

Oldenburg, den 11. Juni 1991

Der Oberkirchenrat  
 der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg  
 Ristow  
 Oberkirchenrat

**Bekanntmachung des Beschlusses der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission vom 23. Januar 1991 über die 11. Änderung der Dienstvertragsordnung**

Hannover, den 14. März 1991

Nachstehend geben wir den Beschluß der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission vom 23. Januar 1991 über die 11. Änderung der Dienstvertragsordnung bekannt.

**Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen – Geschäftsstelle –**

Behrens

**11. Änderung der Dienstvertragsordnung**

Vom 23. Januar 1991

Auf Grund des § 20 Abs. 2 des Gemeinsamen Mitarbeitergesetzes vom 14. März 1978 (Kirchl. Amtsbl. Hannover S. 33), geändert durch Kirchengesetz vom 10. Oktober 1979 (Kirchl. Amtsbl. Hannover S. 143), hat die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission die Dienstvertragsordnung vom 16. Mai 1983 (Kirchl. Amtsbl. Hannover S. 65), zuletzt geändert durch die 10. Änderung der Dienstvertragsordnung vom 21. September 1990 (Kirchl. Amtsbl. Hannover S. 155), wie folgt geändert:

§ 1

Änderung der Dienstvertragsordnung

1. §§ 20 und 34 werden wie folgt geändert:  
 Die Maßgabenvorschriften erhalten jeweils folgende Fassung:  
 »Ein wichtiger Grund liegt insbesondere auch dann vor, wenn eine der Anstellungsveroraussetzungen nach § 4 Abs. 1 Nr. 1 und 2 des Gemeinsamen Mitarbeitergesetzes weggefallen ist.«
  2. § 55 Abs. 3 Satz 1 erhält folgende Fassung:  
 »Im übrigen richtet sich die Beendigung des Dienstverhältnisses – mit Ausnahme der Kündigungsfristen – nach den gesetzlichen Vorschriften mit der Maßgabe, daß ein wichtiger Grund insbesondere auch dann vorliegt, wenn eine der Anstellungsveroraussetzungen nach § 4 Abs. 1 Nr. 1 und 2 des Gemeinsamen Mitarbeitergesetzes weggefallen ist.«
  3. In Anlage 1 wird in der Inhaltsübersicht nach den Worten »Mitarbeiterinnen im Pflegedienst« angefügt:  
 »N: Mitarbeiterinnen in der Haus- und Familienpflege«
  4. In Anlage 1 wird folgende neue Sparte angefügt:  
 »N: Mitarbeiterinnen in der Haus- und Familienpflege«
- |  |      |
|--|------|
| 1. Haus- und Familienpflegehelferinnen <sup>1)</sup>                                     | IX b |
| 2. Mitarbeiterinnen wie zu 1. nach zweijähriger Bewährung in dieser Tätigkeit            | IX a |
| 3. Haus- und Familienpflegehelferinnen mit einer ihrer Tätigkeit förderlichen Ausbildung | VIII |
| 4. Mitarbeiterinnen wie zu 3. nach dreijähriger Bewährung in dieser Tätigkeit            | VII  |
| 5. Haus- und Familienpflegerinnen mit staatlicher Anerkennung <sup>2)</sup>              | VII  |
| 6. Mitarbeiterinnen wie zu 5. nach sechsjähriger Bewährung in dieser Tätigkeit           | VI b |

<sup>1)</sup> Kenntnisse in Haushaltsführung und Kindererziehung sollen vorhanden sein.

<sup>2)</sup> Der staatlichen Anerkennung steht in den Bundesländern, in denen diese nicht erteilt wird, die Fachausbildung mit Abschluß des Berufspraktikums gleich.

§ 2

Übergangsvorschriften zu § 1 Nr. 4

Mitarbeiterinnen, die am Tage vor dem Inkrafttreten dieser Regelung in einer Vergütungsgruppe der Anlage 1 b BAT eingruppiert sind, bleiben in dieser Vergütungsgruppe, soweit vertraglich nicht etwas anderes vereinbart wird.

§ 3

Inkrafttreten

Es treten in Kraft:

- 1. § 1 Nr. 1 und 2 am Tage der Bekanntmachung,
- 2. § 1 Nr. 3 und 4 mit Wirkung vom 1. Januar 1991.

Hannover, den 23. Januar 1991

**Die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission**  
 Garrels  
 Vorsitzender

**Nr. 67**

**Haushaltsplan der Konföderation  
evangelischer Kirchen in Niedersachsen  
für die Haushaltsjahre 1991 und 1992**

Nachstehend gibt der Oberkirchenrat den Haushaltsplan der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen für die Haushaltsjahre 1991 und 1992 (Kirchl. Amtsbl. Hannover Nr. 9/1990, S. 129) bekannt.

Oldenburg, den 11. Juni 1991

Der Oberkirchenrat  
der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg  
Ristow  
Oberkirchenrat

**Haushaltsplan der Konföderation  
evangelischer Kirchen in Niedersachsen  
für die Haushaltsjahre 1991 und 1992**

Hannover, den 30. November 1990

Nachstehend wird gemäß § 7 Abs. 2 des Haushaltsgesetzes der Konföderation i. d. F. vom 22. Mai 1984 (Kirchl. Amtsbl. Hannover 1984, S. 53) in zusammengefaßter Form der Haushaltsplan für die Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen für die Haushaltsjahre 1991 und 1992 veröffentlicht. Die 5. Synode der Konföderation hat bei ihrer IV. Tagung am 17. November 1990 den Haushaltsplan in Einnahmen und Ausgaben auf 2830797,- DM für das Jahr 1991 und auf 2826971,- DM für das Jahr 1992 festgestellt.

**Haushaltsplan**

**der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen  
für die Haushaltsjahre 1991 und 1992**

| Bezeichnung                              | Einnahme             |                      | Ausgabe              |                      |
|--|----------------------|----------------------|----------------------|----------------------|
|  | Ansatz<br>1991<br>DM | Ansatz<br>1992<br>DM | Ansatz<br>1991<br>DM | Ansatz<br>1992<br>DM |
| 1  | 2                    | 3                    | 4                    | 5                    |
| 0221 Nds. Kirchenchorverband             | -,-                  | -,-                  | -,-                  | -,-                  |
| 0680 Theologisches Prüfungsamt           | 10200,-              | 10200,-              | 10600,-              | 10600,-              |
| Kirchl. Dienst in der Polizei            |                      |                      |                      |                      |
| 1520 und dem Zoll                        | -,-                  | 651770,-             | -,-                  | 643840,-             |
| 4130 Öffentlichkeitsarbeit               | -,-                  | 69800,-              | -,-                  | 69800,-              |
| Gesamtplan Öffentlichkeitsarbeit         |                      |                      |                      |                      |
| 4180 und Publizistik                     | -,-                  | -,-                  | -,-                  | -,-                  |
| 5200 Ev. Erwachsenenb.                   | -,-                  | 1357527,-            | -,-                  | 1357831,-            |
| 5500 Kirchengeschichtliche Wissenschaft  | -,-                  | 53000,-              | -,-                  | 35000,-              |
| 7100 Synode                              | -,-                  | 1300,-               | -,-                  | 1300,-               |
| 7200 Rat                                 | -,-                  | 1000,-               | -,-                  | 1000,-               |
| 7300 Konferenz der leitenden Geistlichen | -,-                  | 1000,-               | -,-                  | 1000,-               |
| 7400 Beratende Gremien                   | -,-                  | 14500,-              | -,-                  | 14500,-              |
| 7600 Geschäftsstelle                     | -,-                  | 516900,-             | -,-                  | 537500,-             |
| 7691 Arbeits- u. Dienstr. Kommission     | 49500,-              | 49500,-              | 51900,-              | 51900,-              |
| 7820 Rechtshof                           | 40000,-              | 40000,-              | 41300,-              | 41300,-              |
| 7860 Schiedsgerichtsbarkeit              | 40000,-              | 40000,-              | 39400,-              | 39400,-              |
| Schlichtungskommision                    |                      |                      |                      |                      |
| 7880 Nominierungsausschuß                | 4300,-               | 4300,-               | 2000,-               | 2000,-               |
| 8300 Geld-(Kapital-)Vermögen             | 15000,-              | -,-                  | 15000,-              | -,-                  |
| 9200 Allgem. Umlage d. Kirchen           | 2647797,-            | -,-                  | 2641771,-            | -,-                  |
| 9700 Rücklagen                           | -,-                  | -,-                  | -,-                  | -,-                  |
| 9811 Verstärkungsmittel                  | -,-                  | 20000,-              | -,-                  | 20000,-              |
| 9900 Abwicklung der Vorjahre             | 24000,-              | -,-                  | 25000,-              | -,-                  |
|  | 2830797,-            | 2830797,-            | 2826971,-            | 2826971,-            |

**Der Rat der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen**

Hirschler  
Vorsitzender

**Nr. 68**

**Kirchengesetz  
zur Vereinbarung über die Zulassung besonderer Fälle  
der Kirchenmitgliedschaft**

Vom 25.2./14.3.1991

Die 44. Synode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Oldenburg hat folgendes Kirchengesetz beschlossen:

**§ 1**

Der für die Evangelisch-Lutherische Kirche in Oldenburg am 14.3.1991 unterzeichneten, diesem Kirchengesetz als Anlage beigefügten Vereinbarung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Oldenburg und der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers über die Zulassung besonderer Fälle der Kirchenmitgliedschaft wird zugestimmt.

**§ 2**

Dieses Kirchengesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Oldenburg, den 16. Mai 1991

Der Oberkirchenrat  
der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg

Dr. Sievers  
Bischof

**Vereinbarung  
über die Zulassung besonderer Fälle der Kirchenmitgliedschaft**

Die Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg,  
vertreten durch den Evang.-luth. Oberkirchenrat  
und  
die Ev.-luth. Landeskirche Hannovers,  
vertreten durch das Landeskirchenamt,  
- im folgenden Kirchen genannt -

treffen auf Grund der Vorschriften der §§ 1 Abs. 2 und 20 Abs. 1 Satz 1 des von der Evangelischen Kirche in Deutschland gemäß Art. 10 Buchst. b ihrer Grundordnung erlassenen Kirchengesetzes über die Kirchenmitgliedschaft, das kirchliche Meldewesen und den Schutz der Daten der Kirchenmitglieder (Kirchengesetz über die Kirchenmitgliedschaft) vom 10. November 1976 (Amtsblatt der Evangelischen Kirche in Deutschland S. 389) zur Ergänzung des Kirchengesetzes über die Kirchenmitgliedschaft und zur näheren Bestimmung der Regelung, daß die Kirchenmitgliedschaft auch zu einer anderen Kirchengemeinde als zur Kirchengemeinde und Gliedkirche des Wohnsitzes des Kirchenmitgliedes bestehen kann, im Benehmen mit der Evangelischen Kirche in Deutschland folgende Vereinbarung:

## § 1

Kirchenmitglieder können in einer Kirchengemeinde eines benachbarten Kirchenkreises der angrenzenden Kirche die Kirchenmitgliedschaft nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen erhalten.

## § 2

Beim Wohnsitzwechsel kann auf Antrag die Fortsetzung der Kirchenmitgliedschaft in der Kirchengemeinde und Kirche des bisherigen Wohnsitzes zugelassen werden, wenn

a) das Kirchenmitglied von seinem neuen Wohnsitz aus nach der örtlichen Lage und von den Verkehrsverhältnissen her am kirchlichen Leben der Kirchengemeinde seines bisherigen Wohnsitzes teilnehmen kann

und

b) kirchlich anzuerkennende Gründe nicht entgegenstehen.

## § 3

(1) Der Antrag ist beim Wohnsitzwechsel unverzüglich bei dem für den neuen Wohnsitz zuständigen Gemeindegliederkirchenrat/Kirchenvorstand zu stellen. Er ist zu begründen. Die Einwilligung des Gemeindegliederkirchenrates/Kirchenvorstandes der Kirchengemeinde des bisherigen Wohnsitzes ist beizubringen.

(2) Die Zulassung wird durch schriftlichen Bescheid des Kreiskirchenrates/Kirchenkreisvorstandes ausgesprochen. Der Gemeindegliederkirchenrat/Kirchenvorstand der für den neuen Wohnsitz zuständigen Kirchengemeinde ist vorher zu hören.

(3) Bei Ablehnung des Antrages steht dem Antragsteller innerhalb eines Monats das Recht der Beschwerde bei dem jeweils zuständigen Oberkirchenrat in Oldenburg oder Landeskirchenamt in Hannover zu.

## § 4

(1) Wird dem Antrag stattgegeben, wirkt die Zulassung auf den Zeitpunkt des Wohnsitzwechsels zurück.

(2) Mit der Zulassung hat das Kirchenmitglied die Rechte und Pflichten aus der Kirchenmitgliedschaft ausschließlich in der Kirchengemeinde und Kirche des bisherigen Wohnsitzes.

## § 5

(1) Auf Antrag kann auch unabhängig vom Wohnsitzwechsel die Kirchenmitgliedschaft eines Kirchenmitgliedes in einer Kirchengemeinde eines benachbarten Kirchenkreises in der angrenzenden Kirche zugelassen werden, wenn

a) das Kirchenmitglied glaubhaft macht, daß es sich auf Grund besonderer Bindungen seit mindestens einem Jahr zu der Kirchengemeinde seiner Wahl hält,

und

b) das Kirchenmitglied von seinem Wohnsitz aus nach der örtlichen Lage und von den Verkehrsverhältnissen her am kirchlichen Leben der Kirchengemeinde seiner Wahl teilnehmen kann

sowie

c) kirchlich anzuerkennende Gründe nicht entgegenstehen.

(2) Der Antrag ist bei dem für die gewählte Kirchengemeinde zuständigen Kreiskirchenrat/Kirchenkreisvorstand zu stellen. Er ist zu begründen. Der Gemeindegliederkirchenrat/Kirchenvorstand der beteiligten Kirchengemeinden sind zu hören. § 3 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 3 finden entsprechende Anwendung.

(3) Wird dem Antrag stattgegeben, tritt die Wirkung der Zulassung mit dem Zugang des schriftlichen Bescheides des Kreiskirchenrates/Kirchenkreisvorstandes ein.

(4) Mit der Zulassung hat das Kirchenmitglied die Rechte und Pflichten aus der Kirchenmitgliedschaft ausschließlich in der gewählten Kirchengemeinde und in deren Kirche.

## § 6

Die Wirkungen der Zulassung enden mit der Folge, daß das Kirchenmitglied die Kirchenmitgliedschaft in der Kirchengemeinde und Kirche des Wohnsitzes fortsetzt,

a) mit dem Fortzug in eine politische Gemeinde,

b) durch den Verzicht des Kirchenmitgliedes auf die Zulassung.

## § 7

Im Sinne der Bestimmungen dieser Vereinbarungen bedeuten

a) der Wohnsitz die Hauptwohnung des Kirchenmitgliedes,

b) der Wohnsitzwechsel die Aufgabe der Hauptwohnung im Bereich der Kirchengemeinde und Begründung der Hauptwohnung außerhalb dieses Bereichs.

## § 8

Die beteiligten Kirchen werden Durchführungsbestimmungen, soweit erforderlich, einvernehmlich erlassen; zuständig sind der Oberkirchenrat in Oldenburg und das Landeskirchenamt in Hannover.

## § 9

Diese Vereinbarung bedarf für beide Kirchen der Zustimmung durch Kirchengesetz. Die Vereinbarung tritt in Kraft, sobald beide Zustimmungsgesetze in Kraft getreten sind. Der Zeitpunkt wird von beiden Kirchen im Kirchlichen Amtsblatt bekannt gemacht.

Oldenburg, den 14. März 1991 Hannover, den 25. Februar 1991

**Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg**  
**Oberkirchenrat**

**Schrader**

**Ev.-luth. Landeskirche Hannovers**  
**Landeskirchenamt**

**Dr. v. Vietinghoff**

## Nr. 69

### Kirchengesetz über die Änderung der Grenze zwischen den Kirchengemeinden Minsen und Wiarden

Die 44. Synode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Oldenburg hat folgendes Kirchengesetz beschlossen:

## § 1

Die Gemeindeglieder der Kirchengemeinde Wiarden, die innerhalb des Ortes Horumer Tief wohnen, werden in die Kirchengemeinde Minsen umgemeindet.

## § 2

Die neue Grenze zwischen den Kirchengemeinden Minsen und Wiarden verläßt das Horumer Tief in südlicher Richtung entlang des Wasserlaufes Wiardergrodenleide. Sie verläuft entlang diesem Wasserlauf über die Landesstraße 810 hinweg bis zur Südgrenze des Flurstückes 31, Flur 5, Gemarkung Wiarden. Die Grenze verläuft weiter in östlicher Richtung entlang der Südgrenzen der Flurstücke 31 und 92/30, Flur 5, Gemarkung Wiarden, entlang der Südgrenzen der Flurstücke 421/192, 417/192, 418/191 und 337/190, Flur 7, Gemarkung Wiarden. Die Grenze überquert die Straßen Wiardergroden, verläuft weiter in östlicher Richtung an der Südgrenze des Flurstückes 33/6, Flur 7, Gemarkung Wiarden und geradlinig weiter über das Horumer Tief und das Wangertief hinweg durch die Westecke des Flurstückes 248, Flur 7, Gemarkung Wiarden, bis zum Aubendeich (Wangerdeich).

## § 3

(1) Kirchenälteste, die infolge der Veränderung ihre Mitgliedschaft im Gemeindegliederkirchenrat der Kirchengemeinde Wiarden verlieren, werden Kirchenälteste der aufnehmenden Kirchengemeinde (§ 43 Absatz 6 Satz 1 des Kirchengesetzes der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen über die Bildung der Kirchenvorstände in der Fassung vom 2.1.1987 (GVBl. Bd. XXI, S. 127).

(2) In Anwendung des § 43 Absatz 6 Satz 2 des Kirchengesetzes der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen über die Bildung der Kirchenvorstände wird bestimmt, daß die Kirchenältesten der Kirchengemeinde Wiarden, die in dem umgegliederten Gebiet wohnen, Mitglieder und Kirchenälteste der Kirchengemeinde Wiarden bleiben, wenn sie das schriftlich erklären.

## § 4

Nutzungsrechte an Grabstellen werden durch dieses Gesetz nicht berührt.

## § 5

Der Oberkirchenrat erläßt die zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlichen Verordnungen und Anordnungen.

## § 6

Dieses Gesetz tritt am 1.8.1991 in Kraft.

Oldenburg, den 16. Mai 1991

Der Oberkirchenrat  
der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg

Dr. Sievers  
Bischof

## Nr. 70

### Kirchengesetz zu den Pfarrstellen in den Kirchengemeinden Minsens, Pakens, St.-Joost-Wüppels und Wiarden

Die 44. Synode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Oldenburg hat folgendes Kirchengesetz beschlossen:

#### § 1

##### Pfarrstellenaufhebung

(1) Die Pfarrstelle der Kirchengemeinde Wiarden wird bis zu einer anderen kirchengesetzlichen Regelung nicht wieder besetzt.

(2) Die Pfarrstelle der Kirchengemeinde St.-Joost-Wüppels bleibt weiterhin unbesetzt.

#### § 2

##### Gemeinschaftliche Pfarrämter

(1) Die Kirchengemeinden Minsens und Wiarden werden unter einem gemeinschaftlichen Pfarramt gemäß § 3 des Kirchengesetzes zu Artikel 5 der Kirchenordnung vom 19.5.1983 (GVBl. Band XX, Seite 135) verbunden.

(2) Die Kirchengemeinden Pakens und St.-Joost-Wüppels werden unter einem gemeinschaftlichen Pfarramt gemäß § 3 des Kirchengesetzes zu Artikel 5 der Kirchenordnung vom 19.5.1983 (GVBl. Band XX, Seite 135) verbunden.

#### § 3

##### Durchführungsverordnung

Der Oberkirchenrat erläßt die zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlichen Verordnungen und Anordnungen, insbesondere über die Zeitpunkte der Aufhebung, Wiederbesetzung und Verbindung zu gemeinschaftlichen Pfarrämtern. Dieses Gesetz soll bis zum 31.12.1993 vollzogen werden.

#### § 4

##### Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1.8.1991 in Kraft.

Oldenburg, den 16. Mai 1991

Der Oberkirchenrat  
der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg  
Dr. Sievers  
Bischof

## Nr. 71

### Kirchengesetz über die Errichtung einer dritten Pfarrstelle in der Kirchengemeinde Hude

Die 44. Synode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Oldenburg hat folgendes Kirchengesetz beschlossen:

#### § 1

Es wird in der Kirchengemeinde Hude eine dritte Pfarrstelle errichtet.

#### § 2

Der Oberkirchenrat trifft die zur Durchführung dieses Kirchengesetzes erforderliche Anordnung.

Oldenburg, den 16. Mai 1991

Der Oberkirchenrat  
der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg  
Dr. Sievers  
Bischof

## Nr. 72

### Kirchengesetz über die Errichtung einer dritten Pfarrstelle in der Kirchengemeinde Wildeshausen

Die 44. Synode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Oldenburg hat folgendes Kirchengesetz beschlossen:

#### § 1

Es wird in der Kirchengemeinde Wildeshausen eine dritte Pfarrstelle errichtet.

#### § 2

Der Oberkirchenrat trifft die zur Durchführung dieses Kirchengesetzes erforderliche Anordnung.

Oldenburg, den 16. Mai 1991

Der Oberkirchenrat  
der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg  
Dr. Sievers  
Bischof

## Nr. 73

### Kirchengesetz über die Errichtung einer landeskirchlichen Pfarrstelle am »Elisabethstift«, »Friedas-Frieden-Stift« und »Pius-Hospital«

Die 44. Synode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Oldenburg hat folgendes Kirchengesetz beschlossen:

#### § 1

Für die Seelsorge am oldenburgischen Diakonissenhaus »Elisabethstift«, am Altenpflegeheim »Friedas-Frieden-Stift« und am »Pius-Hospital« Oldenburg wird eine landeskirchliche Pfarrstelle errichtet.

#### § 2

Das Gesetz betreffend den Anstaltsgeistlichen am Diakonissenhaus »Elisabethstift« in Oldenburg vom 17. November 1912 tritt außer Kraft.

#### § 3

Der Oberkirchenrat trifft die zur Durchführung dieses Kirchengesetzes erforderliche Anordnung.

Oldenburg, den 16. Mai 1991

Der Oberkirchenrat  
der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg  
Dr. Sievers  
Bischof

## Nr. 74

### Rechtsverordnung

betr. Ergänzungsausbildung gemäß § 8 Abs. 2 und 3 des Kirchengesetzes über die Ausbildung und Dienst der Diakone (Diakonengesetz) GVBl. XXII. Band, Seite 16 ff. (Ergänzungsausbildung RVO)

Aufgrund des § 9 des Kirchengesetzes über Ausbildung und Dienst der Diakone (Diakonengesetz) i. V. m. Art. 118 der Kirchenordnung erläßt der Oberkirchenrat die nachstehende Rechtsverordnung.

#### § 1

##### Voraussetzung für die Gleichstellung

Voraussetzung für die Gleichstellung gemäß § 8 Abs. 2 sind

- a) wer beim Inkrafttreten des Kirchengesetzes im Bereich der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg in einem Dienstverhältnis als Mitarbeiter in der Jugend- und Gemeindearbeit angestellt war,
- b) wer an der Ergänzungsausbildung gemäß § 8 Abs. 2 und 3 mit Erfolg teilgenommen hat,
- c) wer das Kolloquium bestanden hat,
- d) die Entscheidung des Oberkirchenrates über die Gleichstellung.

#### § 2

##### Verfahrensvorschriften

(1) Der Oberkirchenrat entscheidet gemäß § 8 Abs. 2 und 3 über die Zulassung zur Ergänzungsausbildung. Er ist verantwortlich für die Ausbildung.

(2) Die Bewerber, die an der Ergänzungsausbildung teilnehmen wollen, melden sich über die Anstellungskörperschaft beim Oberkirchenrat an. Der ersten Meldung ist das Zeugnis über den erfolgreichen Abschluß einer pädagogischen Ausbildung und ein Zeugnis des Anstellungsträgers über die Tätigkeit beizufügen.

(3) Die Kosten für die Ergänzungsausbildung übernimmt der Ev.-luth. Oberkirchenrat. Der Antrag auf Kostenerstattung ist ihm mit Nachweisen vorzulegen.

(4) Die Anstellungsträger sind verpflichtet, die für die Ausbildung erforderliche Freistellung vom Dienst zu gewähren.

#### § 3

##### Ziele der Ergänzungsausbildung

Die Ergänzungsausbildung soll dazu befähigen, das berufliche Handeln und Selbstverständnis unter dem Aspekt der Vermittlung von Inhalten biblischer Überlieferung, christlichen Glaubens und theologischer Fragestellungen zu entwickeln.

## § 4

**Kursabschnitte und Studientage**

(1) Die Ergänzungsausbildung wird in vier Kursabschnitten mit unterschiedlichen Schwerpunkten durchgeführt.

(2) Über den erfolgreichen Abschluß eines jeden Kursabschnittes erhält der Lehrgangsteilnehmer eine Bescheinigung.

## § 5

**Kolloquium**

(1) Das Kolloquium besteht aus

- a) einer schriftlichen Arbeit und
- b) einer mündlichen Prüfung.

(2) Die Bewerber melden sich nach erfolgreicher Teilnahme an den vier Kursabschnitten beim Oberkirchenrat zum Kolloquium an.

(3) Das Kolloquium wird von einem Prüfungsausschuß abgenommen.

## § 6

**Zusammensetzung des Prüfungsausschusses**

Dem Prüfungsausschuß gehören an

- a) ein theologisches Mitglied des Ev.-luth. Oberkirchenrates in Oldenburg als Vorsitzender,
- b) der Pfarrer der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg für Mitarbeiterfortbildung und Gemeindeberatung als stellvertretender Vorsitzender,
- c) der Praktikumsleiter,
- d) ein Vertreter des Lutherstiftes in Falkenburg,
- e) ein vom Oberkirchenrat benannter Diakon mit langjähriger Berufserfahrung.

## § 7

**Entscheidung über die Gleichstellung**

(1) Nach bestandem Kolloquium entscheidet der Oberkirchenrat über die Gleichstellung. Ein Rechtsanspruch auf Anerkennung besteht nicht.

(2) Das Kolloquium kann einmal wiederholt werden.

Oldenburg, den 11. Dezember 1990

Der Oberkirchenrat  
der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg  
Ristow  
Oberkirchenrat

**Nr. 75****Verordnung  
betreffend Eignungsnachweis  
für nebenamtliche Kirchenmusiker (D)**

Aufgrund von Artikel 118 der Kirchenordnung wird folgendes verordnet:

## § 1

Über die Eignung von nebenamtlichen Kirchenmusikern ohne C-Prüfung für den Organisten- oder den Chorleiterdienst entscheidet der Landeskirchenmusikdirektor im Benehmen mit einem anderen Mitglied der Prüfungskommission für nebenamtliche Kirchenmusiker oder einem Kreiskantor.

## § 2

Der Nachweis für den Organistendienst erstreckt sich auf folgende Fächer:

1. Vortrag eines selbstgewählten freien oder choralgebundenen Orgelwerkes beliebigen Schwierigkeitsgrades.
2. Einwandfreies Spiel von mindestens zwanzig Chorälen im vierstimmigen Satz mit Pedal aus einem derzeit gebräuchlichen Choralbuch. Dabei wird auf Legatospiel sowie auf musikalisch und rhythmisch präzises Choralspiel, auf Fingersätze und Applikaturen Wert gelegt.
3. Kenntnis der heute gültigen Liturgie und Spiel ihrer Teile (Responsorien) in gebräuchlichem Satz oder in Oktaven mit Pedal.
4. Grundkenntnisse der Orgelregister und deren angemessene Verwendung im Gottesdienst zur Gemeindebegleitung, auch für das obligate Choralspiel (Cantus-firmus-Spiel).

## § 3

(1) Der Nachweis für den Chorleiterdienst erstreckt sich auf folgende Fächer:

1. Fähigkeit zum Einstudieren und Dirigieren eines selbstgewählten freien oder choralgebundenen Chorsatzes beliebigen Schwierigkeitsgrades.

2. Grundkenntnisse über Stimmbildung und Textbehandlung im Chorsingen.
3. Kenntnis einfach zugänglicher leichter Chorliteratur und ihrer Verwendung im Gottesdienst, auch ihres Bezuges zum Gesangsbuch.

(2) Voraussetzung für den Nachweis als Chorleiter ist

1. Teilnahme am Chorleitungsunterricht im C-Seminar Oldenburg (mindestens 6 Monate) oder
2. Teilnahme an den vom Landessingewart veranstalteten Wochenendseminaren zur Chorleiterausbildung (mindestens viermal) oder
3. der Nachweis über eine gleichwertige Vorbildung.

## § 4

Die Erbringung des Eignungsnachweises wird beim Landeskirchenmusikdirektor beantragt.

Über den erbrachten Nachweis wird vom Oberkirchenrat eine Bescheinigung erteilt.

## § 5

Diese Verordnung tritt am 1. März 1991 in Kraft.

Oldenburg, den 20. Februar 1991

Der Oberkirchenrat  
der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg  
Schramer  
Oberkirchenrat

**Nr. 76****Beschluß****über die Landeskirchensteuer der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg  
im Gebiet des Landes Niedersachsen  
für die Haushaltsjahre 1991/1992**

Die 44. Synode der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg hat während ihrer 2. Tagung in der Sitzung am 15.11.1990 folgenden Beschluß gefaßt:

1. Die Kirchenmitglieder, die ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Land Niedersachsen haben, entrichten für die Jahre 1991/92 eine Landeskirchensteuer in Höhe von 9% der Einkommensteuer (Lohnsteuer), höchstens jedoch 3,5% des zu versteuernden Einkommens bzw. des auf das zu versteuernde Einkommen umzurechnenden Arbeitslohnes, von dem die Lohnsteuer berechnet wird. Der Berechnung des Höchstsatzes (Kappung) ist der Anfangswert der jeweiligen Tabellenstufe der Einkommensteuertabelle zugrunde zu legen. Vor Berechnung der Kirchensteuer ist die Einkommensteuer (Lohnsteuer) oder im Fall der Kappung das zu versteuernde Einkommen nach Maßgabe des § 51 a des Einkommensteuergesetzes zu kürzen. Ein Mindestbetrag wird von jedem Kirchenmitglied, bei dem Einkommensteuer festgesetzt oder Lohnsteuer abgezogen wird, in Höhe von 7,20 DM jährlich, 1,80 DM vierteljährlich, 0,60 DM monatlich, 0,14 DM wöchentlich und 0,02 DM täglich erhoben.
2. Bei den Steuerpflichtigen, deren Lohnsteuerberechnung von einer innerhalb des Landes Niedersachsen gelegenen Betriebsstätte vorgenommen wird, wird die Landeskirchensteuer von den dem Steuerabzug vom Arbeitslohn unterliegenden Bezügen im Lohnabzugsverfahren von den Arbeitgebern einbehalten. Steuerpflichtigen, deren Lohnsteuerberechnung von einer außerhalb des Landes Niedersachsen gelegenen Betriebsstätte vorgenommen wird, wird die Landeskirchensteuer nach dem in dem betreffenden Bundesland geltenden Kirchensteuersatz einbehalten.

Oldenburg, den 15. November 1990

Der Oberkirchenrat  
der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg  
Dr. Sievers  
Bischof

**Nr. 77****Bekanntmachung  
der Tarifverträge über die Erhöhung der Vergütungen,  
Löhne und Ausbildungsvergütungen der Mitarbeiter  
im öffentlichen Dienst**

Nachstehend gibt der Oberkirchenrat die Tarifverträge über die Erhöhungen der Vergütungen, Löhne und Ausbildungsvergütungen der Mitarbeiter im öffentlichen Dienst bekannt (Lohn- und Vergütungstarifverhandlungen 1991 im öffentlichen Dienst).

Oldenburg, den 11. Juni 1991

Der Oberkirchenrat  
der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg  
Ristow  
Oberkirchenrat

Die Vergütungen, Löhne und Ausbildungsvergütungen der Mitarbeiter im öffentlichen Dienst sind durch Tarifverträge vom 22.3.1991 mit Wirkung vom 1.10.1990 bzw. 1.1.1991 erhöht worden. Gleichzeitig sind Änderungstarifverträge abgeschlossen worden.

Die o.g. Tarifverträge werden nach Maßgabe des § 2 der Dienstvertragsordnung (DVO) vom 16.5.1983 – zuletzt geändert durch 11. Änderung der Dienstvertragsordnung vom 23.1.1991 – in Verbindung mit § 21 des Mitarbeitergesetzes in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 10.10.1979 auch für den Bereich unserer Kirche übernommen.

- Vergütungstarifvertrag Nr. 26 zum BAT für den Bereich des Bundes und für den Bereich der Tarifgemeinschaft deutscher Länder vom 22.3.1991 (Anlage A),
- Tarifvertrag zur Änderung der Anlage 1 b zum BAT vom 22.3.1991 (Anlage B),
- Monatslohtarifvertrag Nr. 19 zum MTL II vom 22.3.1991 (Anlage C),
- Änderungstarifvertrag Nr. 50 zum MTL II vom 22.3.1991 (Anlage E),
- Ausbildungsvergütungstarifvertrag Nr. 14 für Auszubildende bei Bund und Ländern vom 22.3.1991 (Anlage G),
- Tarifvertrag über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen/Praktikanten (TV Prakt) vom 22.3.1991 (Anlage H).

Dieser Bekanntmachung wird der Runderlaß des Niedersächsischen Ministers der Finanzen vom 8.4.1991 – auszugsweise – beigelegt. Für die Durchführung der Tarifverträge sind die im Runderlaß gegebenen Hinweise zu beachten. Ergänzend wird noch darauf hingewiesen, daß bei den nebenberuflichen Mitarbeitern, die eine Ausgleichszulage gemäß § 59 Abs. 2 DVO erhalten, ab 1.10.1990 bzw. 1.1.1991 eine Verringerung der Ausgleichszulage gemäß § 59 Abs. 3 DVO vorzunehmen ist. Auf die im Rundschreiben Nr. 12/85 vom 14.1.1985 zur Durchführung der DVO zu § 59 gegebenen Hinweise wird Bezug genommen.

Die Neufassung der Vergütung ist den Mitarbeitern schriftlich mitzuteilen. Darüber hinaus sind die Vergütungsfestsetzungen aktenkundig zu machen, damit sie jederzeit nachgeprüft werden können.

Sollten sich hinsichtlich der Auslegung der Tarifverträge Zweifel ergeben, so wird gebeten, beim Oberkirchenrat Rückfrage zu halten.

## C. Finanzministerium

### Lohn- und Vergütungstarifverhandlungen 1991 im öffentlichen Dienst; Tarifverträge über die Erhöhung der Vergütungen, Löhne und Ausbildungsvergütungen

RdErl. d. MF v. 8.4.1991 – 45 80 01/1991 –

1. Die Tarifvertragsparteien haben die nachstehenden Tarifverträge geschlossen:

Vergütungstarifvertrag Nr. 26 zum BAT für den Bereich des Bundes und für den Bereich der Tarifgemeinschaft deutscher Länder vom 22.3.1991 (**Anlage A**),

Tarifvertrag zur Änderung der Anlage 1 b zum BAT vom 22.3.1991 (**Anlage B**).

Monatslohtarifvertrag Nr. 19 zum MTL II vom 22.3.1991 (**Anlage C**),

29. Änderungstarifvertrag vom 22.3.1991 zum Tarifvertrag über die Arbeitsbedingungen der Personenkraftwagenfahrer (**Anlage D**),

Änderungstarifvertrag Nr. 50 zum MTL II vom 22.3.1991 (**Anlage E**),

Änderungstarifvertrag Nr. 2 vom 22.3.1991 zum Tarifvertrag über den Rationalisierungsschutz für Arbeiter des Bundes und der Länder (**Anlage F**),

Ausbildungsvergütungstarifvertrag Nr. 14 für Auszubildende bei Bund und Ländern vom 22.3.1991 (**Anlage G**),

Tarifvertrag über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen/Praktikanten (TV Prakt) vom 22.3.1991 (**Anlage H**),

Ausbildungsvergütungstarifvertrag Nr. 3 für Schülerinnen/Schüler, die nach Maßgabe des Krankenpflegegesetzes oder des Hebammengesetzes ausgebildet werden vom 22.3.1991 (**Anlage I**) und

Entgelttarifvertrag Nr. 3 für Ärzte/Ärztinnen im Praktikum vom 22.3.1991 (**Anlage J**).

2. Die als Anlagen A, B und H bis J abgedruckten Tarifverträge sind jeweils getrennt, jedoch gleichlautend,

– mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr – Hauptvorstand –, diese zugleich handelnd für die Gewerkschaft der Polizei, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und für die Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft,

und

– mit der Tarifgemeinschaft für Angestellte im öffentlichen Dienst – Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG) – Gemeinschaft von Gewerkschaften und Verbänden des öffentlichen Dienstes (GGVöD) – Marburger Bund (MB) –,

der als Anlage G abgedruckte Tarifvertrag ist ebenfalls getrennt, jedoch gleichbleibend,

– mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr – Hauptvorstand –, diese zugleich handelnd für die Gewerkschaft der Polizei, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und für die Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft,

und

– mit der Tarifgemeinschaft für Angestellte im öffentlichen Dienst – Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG) – Gemeinschaft von Gewerkschaften und Verbänden des öffentlichen Dienstes (GGVöD) – Marburger Bund (MB) –,

– diese jedoch nicht für arbeiterrentenversicherungspflichtige Auszubildende –

– mit der Gemeinschaft von Gewerkschaften und Verbänden des öffentlichen Dienstes (GGVöD)

– für arbeiterrentenversicherungspflichtige Auszubildende –,

die als Anlagen C bis F abgedruckten Tarifverträge sind, da sie Arbeiterinnen und Arbeiter betreffen, nur

– mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr – Hauptvorstand –, diese zugleich handelnd für die Gewerkschaft der Polizei und für die Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft,

abgeschlossen worden.

Es besteht Einvernehmen über den Abschluß gleichlautender Tarifverträge unter dem Datum vom 23.3.1991

– mit der Gemeinschaft von Gewerkschaften und Verbänden des öffentlichen Dienstes (GGVöD) hinsichtlich der Tarifverträge nach Anlagen C bis F

sowie

– mit der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst im Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschlands (GÖD) im Anschlußwege hinsichtlich der Verträge nach den Anlagen A bis J.

3. Die Tarifverträge werden für den Bereich der Landesverwaltung mit der Bitte um weitere Veranlassung bekanntgegeben.

Die Beträge in den den Vergütungs- und Lohnstellen vorab mit Schnellbrief vom 26.3.1991 – 45 80 01/1991 – übersandten Tabellen sind unverändert geblieben.

4. Wegen der für die Durchführung der Tarifverträge benötigten Haushaltsmittel wird auf Nr. 12 meines RdErl. vom 15.2.1986 (Nds. MBl. S. 226 – GültL 2/111, zuletzt geändert durch RdErl. vom 26.3.1991 (Nds. MBl. S. 465 – GültL 2/131), hingewiesen.

## II.

### Zusammenfassung der Verhandlungsergebnisse

1. Lineare Erhöhung der Grundvergütungen, der Monatstabellenlöhne und der allgemeinen Zulage sowie der Orts- und Sozialzuschläge um 6 v.H. mit Wirkung vom 1.1.1991.

2. Erhöhung der Ausbildungsvergütungen, der Entgelte der Praktikantinnen und Praktikanten und der Entgelte für Ärztinnen und Ärzte im Praktikum in allen Ausbildungsjahren um 120 DM mit Wirkung vom 1.1.1991.

3. Strukturelle Verbesserungen für:

- Arbeiterinnen und Arbeiter mit Wirkung vom 1.10.1990,
- technische Angestellte (Meisterinnen und Meister, Technikerinnen und Techniker und Ingenieurinnen und Ingenieure) mit Wirkung vom 1.1.1991,
- Kranken- und Altenpflegekräfte mit Wirkung vom 1.1.1991,
- Angestellte im Sozial- und Erziehungsdienst mit Wirkung vom 1.1.1991.

Die Verbesserungen bestehen im wesentlichen aus höheren Eingruppierungen, verbesserten Bewährungs- und/oder Tätigkeitsaufstiegen sowie in Vergünstigungen aus einer strukturellen Neugestaltung der Lohn- bzw. Vergütungstabelle bei Arbeiterinnen

und Arbeitern und Pflegekräften und in der Erhöhung bereits vereinbarter und der Einführung neuer Zulagen für technische Angestellte und Angestellte im Pflegedienst.

4. Änderungen der Manteltarifverträge mit Wirkung vom 1.4.1991. Die Änderungen tragen im wesentlichen der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts zu den Arbeitsbedingungen Teilzeitbeschäftigter Rechnung, führen für Angestellte, Arbeiterinnen und Arbeiter eine Wechselschichtzulage (200 DM monatlich) und Schichtzulagen (zwischen 70 DM und 120 DM monatlich) ein und enthalten einen Kompromiß zum Problem des Beginns und Endes der Arbeitszeit an der Arbeitsstelle (§ 15 Abs. 7 BAT).
5. Hier noch nicht abgedruckte Tarifverträge, die die unter den Nrn. 3 und 4 genannten Veränderungen betreffen, werden in Kürze durch besondere Runderlasse bekanntgegeben.

### III.

Zur Durchführung der Tarifverträge wird auf folgendes hingewiesen:

#### 1. Allgemeines

- 1.1 Für Arbeiterinnen und Arbeiter sind bereits mit Wirkung vom 1.10.1990 das neue Lohngruppenverzeichnis und die neue Lohnstruktur in Kraft gesetzt worden. Die allgemeine Zulage nach dem Tarifvertrag über eine Zulage an Arbeiter vom 17.5.1982 ist in die Tabelle der Monatstabellenlöhne eingebaut worden, so daß dieser Tarifvertrag mit Wirkung vom 1.10.1990 aufzuheben war (vgl. § 3 des Änderungstarifvertrages Nr. 50 zum MTL II in Anlage E). Der Einbau der allgemeinen Zulage in die Tabelle der Monatstabellenlöhne hat eine Umstellung der Bemessungsgrundlagen für Zulagen/Zuschläge zur Folge.

Der Änderungstarifvertrag Nr. 11 zum Tarifvertrag über das Lohngruppenverzeichnis zum MTL vom 22.3.1991 und das Lohngruppenverzeichnis werden demnächst mit RdErl. vom 9.4.1991 im Nds. MBl. bekanntgegeben. Auf die Erläuterungen in diesem Runderlaß wird hingewiesen.

- 1.2 Die Tarifverträge über die Regelung der Arbeitsbedingungen
  - der Praktikantinnen (Praktikanten) für medizinische Hilfsberufe vom 28.1.1970 und
  - der Praktikanten (Praktikantinnen) für Berufe des Sozial- und des Erziehungsdienstes vom 17.12.1970

werden durch den Tarifvertrag über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen/Praktikanten (TV Prakt) vom 22.3.1991 (Anlage H) abgelöst.

- 1.3 Die erstmals mit dem Ausbildungsvergütungstarifvertrag Nr. 12 vom 3.4.1987 eingeräumte Möglichkeit des Verzichts auf den 749 DM übersteigenden Betrag der Bruttobezüge ist für Auszubildende, Schülerinnen und Schüler erneut vereinbart worden (vgl. § 4 des Tarifvertrages in Anlage G sowie § 2 des Tarifvertrages in Anlage I). Auf Abschn. II Nr. 5.1 des RdErl. vom 13.4.1987 (Nds. MBl. S. 416), der entsprechend anzuwenden ist, wird verwiesen. Zwischenzeitlich ist in § 2 Abs. 2 Satz 2 BKGG ausdrücklich klargestellt, daß die tariflichen vermögenswirksamen Leistungen nicht zu den Bruttobezügen i. S. dieser Vorschrift gehören.
- 1.4 Weitere, die strukturellen Verbesserungen und Änderungen der Manteltarifverträge betreffende Tarifverträge werden baldmöglichst mit besonderen Runderlassen bekanntgegeben (vgl. Abschn. II Nrn. 3 und 4).

#### 2. Vergütungstarifvertrag Nr. 26 zum BAT (Anlage A)

##### 2.1 Zu § 2 (Grundvergütungen, Gesamtvergütungen)

Die Tabelle für Angestellte im Pflegedienst (Kr.-Gruppen, Anlage 4 des Tarifvertrages) ist strukturell verändert und enthält nur noch neun Stufen.

##### 2.2 Zu § 3 (Ortszuschlag)

- 2.2.1 Der Ehegattenanteil im Ortszuschlag der oder der Angestellten (Unterschiedsbetrag zwischen den Stufen 1 und 2) beträgt monatlich

|                 | in den Tarif-<br>klassen I b und I c | in der Tarif-<br>klasse II |
|-----------------|--------------------------------------|----------------------------|
| vom 1.1.1991 an | 158,18 DM                            | 150,68 DM.                 |

Steht nach § 29 Abschn. B Abs. 5 BAT der Ehegattenanteil nur zur Hälfte zu, erhält die oder der Angestellte

|                 | in den Tarif-<br>klassen I b und I c | in der Tarif-<br>klasse II |
|-----------------|--------------------------------------|----------------------------|
| vom 1.1.1991 an | 79,09 DM                             | 75,34 DM                   |

monatlich als halben Ehegattenanteil.

- 2.2.2 Die Erhöhungsbeträge von 20 DM, 30 DM bzw. 40 DM für Angestellte mit Vergütung nach den VergGr. VIII bis X bleiben unverändert.

##### 2.3 Zu § 4 (Stundenvergütungen)

Die Vorschrift bestimmt die Stundenvergütungen (§ 35 Abs. 3 Unterabs. 1 BAT), die für die Bemessung der Zeitzuschläge für Überstunden, für Arbeit an Sonntagen, Wochenfeiertagen und Vorfesttagen sowie für die Bemessung der Überstundenvergütungen (§ 35 Abs. 3 Unterabs. 2 BAT) maßgebend sind.

Die Überstundenvergütungen sind auch für die Vergütung des Bereitschaftsdienstes und der Rufbereitschaft der z.B. unter die SR 2 a, die SR 2 b und die SR 2 c BAT fallenden Angestellten heranzuziehen (vgl. bis zum 31.3.1991 Nr. 6 Abschn. B Abs. 3 und 6 SR 2 a, Nr. 5 Abs. 3 SR 2 b und Nr. 8 Abs. 3 und 6 SR 2 c BAT; ab 1.4.1991 voraussichtlich § 15 Abs. 6 a und 6 b BAT).

##### 2.4 Erhöhungssatz für den Aufschlag gemäß § 47 Abs. 2 BAT

Zwischen den Tarifvertragsparteien besteht Einvernehmen, daß der Erhöhungssatz für den Aufschlag (§ 47 Abs. 2 Unterabs. 5 BAT) vom 1.1.1991 an 4,80 v.H. beträgt.

Der Erhöhungssatz von 4,80 v.H. ist in allen Fällen anzuwenden, in denen der Aufschlag nach § 47 Abs. 2 Unterabs. 2 BAT berechnet ist. Ist der Berechnung des Aufschlages die Vorschrift des § 47 Abs. 2 Unterabs. 3 oder 4 BAT zugrunde zu legen, gilt folgendes:

Hat der Berechnungszeitraum vor dem 1.1.1991 geendet, ist der Aufschlag vom 1.1.1991 an um 4,80 v.H. zu erhöhen. Hat der Berechnungszeitraum nach dem 31.12.1990 geendet oder endet er nach diesem Zeitpunkt, greift die Dynamisierungsregelung nicht ein, und zwar auch nicht für den Teil des Aufschlages, der auf Bezügebestandteilen beruht, die vor dem 1.1.1991 zugestanden haben.

##### 2.5 Einsatzzuschlag nach Nr. 3 Abs. 2 Unterabs. 2 SR 2 c BAT

Zwischen den Tarifvertragsparteien besteht Einvernehmen, daß der Einsatzzuschlag nach Nr. 3 Abs. 2 Unterabs. 2 SR 2 c BAT vom 1.1.1991 an 22,80 DM beträgt.

#### 3. Tarifvertrag zur Änderung der Anlage 1 b zum BAT (Anlage B)

Der Tarifvertrag enthält folgende Verbesserungen:

- a) Die weitergebildeten Pflegekräfte, die bisher in VergGr. Kr. V a (Fg. 1 bis 3) und nach dreijähriger Bewährung in VergGr. Kr. VI (Fg. 20) eingruppiert waren, sind ab 1.1.1991 unmittelbar in VergGr. Kr. VI eingruppiert.
- b) Pflegekräfte der VergGr. Kr. V a Fg. 5 steigen nunmehr nach fünfjähriger Bewährung in die VergGr. Kr. VI auf.
- c) Auch in der Intensivpflege ist ab 1.1.1991 eine Zulage von 90 DM monatlich vorgesehen (Protokollerklärung Nr. 1 Abs. 1 a).
- d) Die Wechselschichtzulage nach Nr. 8 Abs. 4 Unterabs. 1 SR 2 a BAT ist ab 1.1.1991 auf 200 DM angehoben worden.

#### 4. Monatslohnatarifvertrag Nr. 19 zum MTL II (Anlage c)

##### 4.1 Zu § 2 (Außerkräfttreten des Monatslohnatarifvertrages Nr. 18 zum MTL II)

Da nach dem Ergebnis der Vergütungs- und Lohnatarifverhandlungen am 15./16.3.1991 das Verhandlungsergebnis betreffend die Arbeiterinnen und Arbeiter rückwirkend zum 1.10.1990 in Kraft gesetzt wurde, war der Monatslohnatarifvertrag Nr. 18 zum MTL II mit Ablauf des 30.9.1991 aufzuheben. Ab 1.10.1990 gilt – vorbehaltlich der Ausschlussklausel in § 5 (siehe hierzu auch Nr. 4.4) – nur noch der Monatslohnatarifvertrag Nr. 19 zum MTL II.

##### 4.2 Zu § 3 (Monatstabellenlöhne)

Die Monatstabellenlöhne, in die die allgemeine Zulage nach dem Tarifvertrag über eine Zulage an Arbeiter vom 17.5.1982 eingebaut ist, ergeben sich für die Zeit

- a) vom 1.10. bis 31.12.1990 aus der Anlage 1 und  
b) vom 1.1.1991 an aus der Anlage 2  
zu diesem Tarifvertrag.

Da der Einbau der allgemeinen Zulage unter Wahrung der Kostenneutralität erfolgen mußte, ist der Monatstabellenlohn in bestimmten Fällen (vgl. z.B. Nr. 7 Satz 2 SR 2 a, Nr. 7 Abs. 2 SR 2 b MTL II in der ab 1.10.1990 geltenden Fassung) um den in § 3 Abs. 2 des Monatslohtarifvertrages Nr. 19 vereinbarten Betrag zu vermindern bzw. bei der Berechnung des auf eine Stunde entfallenden Anteils des Monatstabellenlohnes von dem zuvor verminderten Monatstabellenlohn auszugehen (vgl. z.B. § 39 Abs. 2 Satz 2, Nr. 5 Abs. 2 SR 2 a MTL II). Eine »Studententabelle«, die diesen Minderungsbetrag bereits berücksichtigt, ist für die Zeit

- a) vom 1.10.1990 bis 31.12.1990 als Anlage 1 b und  
b) ab 1.1.1991 als Anlage 2 b  
abgedruckt.

#### 4.3 Zu § 4 (Sozialzuschlag)

Nach § 4 des Monatslohtarifvertrages Nr. 19 zum MTL II i. V.m. § 3 Abs. 2 des Vergütungstarifvertrages Nr. 26 zum BAT erhöht sich – wie vor dem 1.1.1991 – der Sozialzuschlag für Arbeiterinnen und Arbeiter mit Entlohnung nach den Lohngruppen 1 bis 4 für das zweite und jedes weitere zu berücksichtigende Kind – wie bei Angestellten der Ortszuschlag – um 40 DM, 30 DM bzw. 20 DM. Der Erhöhungsbetrag ist Teil des Sozialzuschlages.

Im übrigen wird auf Abschn. III Nr. 2.1 des RdErl. vom 7.4.1986 (Nds. MBl. S. 345) verwiesen.

#### 4.4 Zu § 5 (Ausnahmen vom Geltungsbereich)

Die Erhöhung der Bezüge gilt nicht für Arbeiterinnen und Arbeiter, die spätestens mit Ablauf des 31.3.1991 aus dem Arbeitsverhältnis auf eigenen Wunsch oder aus ihrem Verschulden ausgeschieden sind.

Arbeiterinnen und Arbeiter, deren Arbeitsverhältnis zwar nicht aus ihrem Verschulden, aber auf eigenen Wunsch in der Zeit vom 1.10.1990 bis 31.3.1991 geendet hat und die in unmittelbarem Anschluß wieder in den öffentlichen Dienst eingetreten sind, steht eine Nachzahlung **auf Antrag** zu.

Die Ausschlußklausel gilt ferner nicht für

- Arbeiterinnen und Arbeiter, die wegen Erfüllung der Voraussetzungen zum Bezüge des flexiblen Altersruhegeldes und
- Arbeiterinnen, die wegen Erfüllung der Voraussetzungen zum Bezüge des vorgezogenen Altersruhegeldes wegen Vollendung des 60. Lebensjahres

aus dem Arbeitsverhältnis spätestens mit Ablauf des 31.3.1991 ausgeschieden sind. Dabei ist es unerheblich, ob das Ausscheiden auf Grund eines Auflösungsvertrages oder durch Kündigung der Arbeiterin oder des Arbeiters erfolgt ist. In diesen Fällen ist die erhöhte Vergütung für die Zeit vom 1.10.1990 bis zum Ausscheiden, ohne daß es eines Antrages bedarf, nachzuzahlen.

Arbeiterinnen und Arbeiter, deren Arbeitsverhältnis wegen Erfüllung der Voraussetzungen zum Bezug des Altersruhegeldes wegen Vollendung des 65. Lebensjahres oder wegen Zuerkennung einer Erwerbs- oder Berufsunfähigkeitsrente beendet worden ist, fallen nicht unter die Ausschlußklausel, weil sie nicht auf eigenen Wunsch oder aus ihrem Verschulden ausgeschieden sind.

#### 4.5 Erhöhungssatz für den Zuschlag nach § 48 MTL II

Zwischen den Tarifvertragsparteien besteht Einvernehmen, daß der Erhöhungssatz für den Zuschlag zum Urlaubslohn nach § 48 Abs. 3 Unterabs. 3 MTL II vom 1.1.1991 an 4,80 v.H. beträgt.

Der Erhöhungssatz für den Zuschlag nach § 48 Abs. 5 Satz 3 MTL II beträgt vom 1.1.1991 an 6,00 v.H.

#### 4.6 Lohnzuschläge nach dem TVZ zum MTL

Die Bemessungsgrundlage für die Lohnzuschläge nach dem TVZ zum MTL beträgt für die Zeit vom 1.1.1991 an 9,03 DM. Hieraus ergeben sich nachstehende Lohnzuschläge:

| In der Zuschlagsgruppe | vom 1.1.1991 an |
|------------------------|-----------------|
| I                      | 0,45 DM         |
| II                     | 0,54 DM         |
| III                    | 0,72 DM         |
| IV                     | 0,90 DM         |
| V                      | 1,08 DM         |
| VI                     | 1,26 DM         |
| VII                    | 1,44 DM         |
| VIII                   | 1,81 DM         |
| IX                     | 2,26 DM         |
| X                      | 2,80 DM         |

Diese Tabellen berücksichtigen den neuen Zeitaufstieg für Kraftfahrerinnen und Kraftfahrer in der Lohngruppe 4 a und die Verminderung der Dienstzeitstufen auf jetzt nur noch drei Stufen.

Bei den übrigen Änderungen handelt es sich um Folgerungen aus dem geänderten § 30 Abs. 5 MTL II, dem Einbau der allgemeinen Zulage und um redaktionelle Anpassungen.

- 5.1.2 Die Regelung in § 4 des Monatslohtarifvertrages Nr. 19 zum MTL II betreffend den Sozialzuschlag (vgl. Nr. 4.3) gilt auch für die unter den o.g. Tarifvertrag fallenden Personen. Sofern sie in der Lohngruppe 4 eingereiht sind, erhöht sich der ihnen zustehende Sozialzuschlag für das zweite und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um je 20 DM monatlich (in der Lohngruppe 4 a steht der Erhöhungsbetrag nicht mehr zu). Einer besonderen Regelung bedurfte es deshalb nicht.

#### 6. Änderungstarifvertrag Nr. 50 zum MTL II (Anlage E) sowie Änderungstarifvertrag Nr. 2 zum Tarifvertrag über den Rationalisierungsschutz für Arbeiter des Bundes und der Länder (Anlage F)

Die Änderungen der Tarifverträge berücksichtigen die notwendigen Umstellungen auf neue Bemessungsgrundlagen und Lohngruppenbezeichnungen. Notwendige Folgeänderungen in dem Tarifvertrag über die Lohnzuschläge gemäß § 29 MTL II werden noch geprüft.

Weitere Änderungen des MTL II (Beschäftigungszeit, Dienstzeit, Anlage 3 zum MTL II) werden Bestandteil des nächsten Änderungstarifvertrages werden.

#### 7. Ausbildungsvergütungstarifvertrag Nr. 14 für Auszubildende bei Bund und Ländern (Anlage G)

Der Eigenanteil der Auszubildenden an den Fahrkosten nach § 10 Abs. 1 Satz 3 des Manteltarifvertrages für Auszubildende beträgt monatlich 6 v.H. der Ausbildungsvergütung einer Person im ersten Ausbildungsjahr, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat; das sind vom 1.1.1991 an 45,22 DM.

Da jedoch nach § 10 Abs. 1 Satz 5 des Manteltarifvertrages weniger als 3 DM nicht ausgezahlt werden, kommt eine Fahrkostenerstattung i.S. des Satzes 3 der Vorschrift nur in Betracht, wenn sich die Fahrkosten monatlich für die Zeit vom 1.1.1991 an auf mindestens 48,22 DM belaufen. Ist dies der Fall, ist die Differenz zwischen dem Eigenanteil und den tatsächlichen Fahrkosten zu erstatten.

#### 8. Tarifvertrag über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen/Praktikanten (TV Prakt) (Anlage H)

Dieser Tarifvertrag löst die bisherigen Tarifverträge ab (vgl. Nr. 1.2). Bei Verweisungen in anderen Tarifverträgen auf einen der abgelösten Tarifverträge (z.B. in den Tarifverträgen über eine Zulage an Auszubildende, über eine Zuwendung für Praktikantinnen/Praktikanten, über vermögenswirksame Leistungen an Auszubildende) bezieht sich die Verweisung nunmehr auf den TV Prakt (vgl. § 10 b TV Prakt).

Inhaltlich haben sich neben der Anhebung der Praktikantenvergütungen um einheitlich 120 DM monatlich und der Anhebung der Verheiratenzuschläge um 6 v.H. im wesentlichen folgende Änderungen ergeben:

- a) Die Logopädinnen, Logopäden, Kindergärtnerinnen, Kindergärtner, Hortnerinnen und Hortner sind im Geltungsbereich nicht mehr genannt, weil es entsprechende Berufspraktikantinnen und Berufspraktikanten nicht mehr gibt.
- b) § 5 (Fernbleiben von der Arbeit) ist neu aufgenommen worden.
- c) Die Bemessungsgrundlage für das Überstundenentgelt und die Zeitzuschläge ist auf den Stundenanteil des Praktikantentgelts umgestellt worden.

#### 9. Sonstiges

##### 9.1 Dynamisierung der allgemeinen Zulage

Gemäß § 2 Abs. 4 des Tarifvertrages über Zulagen an Angestellte vom 17.5.1982 bzw. § 2 Abs. 4 des Tarifvertrages über eine Zulage an Auszubildende vom 26.1.1990 erhöht sich die allgemeine Zulage bei allgemeinen Vergütungserhöhungen um den von den Tarifvertragsparteien festgelegten durchschnittlichen Vomhundertsatz der allgemeinen Vergütungserhöhung. Unter Zugrundelegung eines Erhöhungssatzes von 6 v.H. ergeben sich folgende neue Beträge:

| Bisheriger Betrag | Neuer Betrag |
|-------------------|--------------|
| 127,— DM          | 134,62 DM    |
| 150,— DM          | 159,— DM     |
| 160,— DM          | 169,60 DM    |
| 60,— DM           | 63,60 DM     |
| 30,— DM           | 31,80 DM     |

Die Anrechnungsbeträge nach § 8 Abs. 1 Unterabs. 1 des Tarifvertrages über Zulagen an Angestellte vom 17.5.1982 erhöhen sich wie folgt:

| Bisheriger Betrag | Neuer Betrag |
|-------------------|--------------|
| 67,— DM           | 71,02 DM     |
| 100,— DM          | 106,— DM     |

## 9.2 Vermögenswirksame Leistungen an Angestellte, Arbeiterinnen und Arbeiter

Auf Grund der Erhöhung der Grundvergütungen und Ortszuschläge bzw. der Monatstabellenlöhne überschreiten bestimmte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer den in § 1 Abs. 3 der Tarifverträge über vermögenswirksame Leistungen an Angestellte und Arbeiter genannten Grenzbetrag von 1900 DM. Sie haben daher vom 1.1.1991 an nur noch Anspruch auf eine vermögenswirksame Leistung von 13 DM bzw. (nicht vollbeschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer) von 6,50 DM monatlich.

Der Grenzbetrag von 1900 DM wird nicht erreicht von

- Angestellten der VergGr. VII bis X vor Vollendung des 18. Lebensjahres und von Angestellten der VergGr. VI a/VI b vor Vollendung des 17. Lebensjahres,
- Angestellten der VergGr. Kr. II und Kr. I vor Vollendung des 18. Lebensjahres,
- Arbeiterinnen und Arbeiter mit Entlohnung nach § 23 Abs. 1 MTL II bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres
  - in der Zeit vom 1.10. bis 31.12.1990 in den Lohngruppen 1 bis 2
  - in der Zeit ab 1.1.1991 in der Lohngruppe 1.

Arbeiterinnen und Arbeiter unter 16 Jahren sind hierbei nicht berücksichtigt. Für die Ermittlung der vorstehenden Lohngruppen ist der Verminderungsbetrag gemäß § 3 Abs. 2 des Monatslohtarifvertrages Nr. 19 zum MTL II abgesetzt worden.

## 9.3 Berechnung der zusätzlichen Umlage

Vom 1.1.1991 an beträgt das Zusatzversorgungspflichtige Entgelt i.S. des § 8 Abs. 4 Satz 1 Versorgungs-TV 8435,15 DM.

## 9.4 Sozialversicherungsrechtliche Behandlung der Nachzahlungen vom 1.10.1990 (Arbeiterinnen und Arbeiter) bzw. vom 1.1.1991 (Angestellte, Auszubildende) an

Nachzahlungen auf Grund rückwirkend in Kraft tretender Tarifverträge stellen kein »einmaliges gezahltes Arbeitsentgelt« i.S. des § 227 Abs. 1 bis 3 SGB V dar. Sie müssen auf die Lohnabrechnungszeiträume verteilt werden, für die sie bestimmt sind.

Die Spitzenverbände der Sozialversicherungsträger haben allerdings zugelassen, daß solche Nachzahlungen aus Vereinfachungsgründen wie einmalig gezahltes Arbeitsentgelt i.S. des § 227 Abs. 1 bis 3 SGB V behandelt werden, jedoch mit der Maßgabe, daß die anteiligen Jahresbeitragsbemessungsgrenzen des Nachzahlungszeitraumes zugrunde zu legen sind (vgl. das gem. RdSchr. der Spitzenverbände der Krankenkassen, des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger und der Bundesanstalt für Arbeit vom 18.11.1983 sowie DOK 1984 1984 S. 123/124). Es wird empfohlen, von dieser Ausnahmemöglichkeit keinen Gebrauch zu machen, sondern vielmehr entsprechend der Gesetzeslage die Nachzahlung auf die betroffenen Lohnabrechnungszeiträume zu verteilen.

## 9.5 Maßregelungsklausel

In den Redaktionsverhandlungen am 22.3.1991 haben Bund, TdL und VKA zur Niederschrift erklärt, daß von Maßregelungen (Abmahnungen, Entlassungen o.ä.) aus Anlaß der gewerkschaftlichen Streikaktionen im März 1991 abgesehen wird, wenn sich die Teilnahme an diesen Aktionen im Rahmen der Regeln für rechtmäßige Arbeitskämpfe gehalten hat. Die Vertreter der Gewerkschaften haben ihrerseits erklärt, sie erwarteten, daß Bund, TdL und VKA gesprächsbereit seien, wenn sich trotz der vorstehenden Erklärung der Arbeitgeberseite Schwierigkeiten irgendwelcher Art für Mitglieder ihrer Organisationen ergeben sollten.

Durch die obige Erklärung der Arbeitgeber bleiben die Bezüge Kürzungen für die durch die Teilnahme an den genannten gewerkschaftlichen Aktionen versäumten Arbeitsstunden sowie Maßregelungen und ggf. die Geltendmachung von Kosten- bzw. Schadenersatzansprüchen bei rechtswidrigen Verhaltensweisen unberührt. Auf meinen RdErl. vom 16.1.1991 – 45 11 02 – (n. v.) betreffend Arbeitskämpfe in der Landesverwaltung wird hingewiesen.

## 9.6 Merkblatt Teilzeitarbeit/Beurlaubung

Wegen umfangreicher Änderungen der tarifvertraglichen Vorschriften (vgl. Abschn. II Nrn. 3 und 4) wurde die Aufhebung des Gem. RdErl. vom 9.6.1987 (Nds. MBl. S. 670 – GültL MF 38/224) eingeleitet, soweit der Arbeitnehmerbereich betroffen ist. Es wird empfohlen, das Merkblatt nach Anlage 2 des genannten Gemeinsamen Runderlasses betreffend Teilzeitarbeit und Beurlaubung bis zu dessen Überarbeitung nicht mehr auszugeben.

An die  
Dienststellen der Landesverwaltung

– Nds. MBl. Nr. 16/1991 S. 570

## Anlage A

### Vergütungstarifvertrag Nr. 26 zum BAT für den Bereich des Bundes und für den Bereich der Tarifgemeinschaft deutscher Länder vom 22. März 1991

#### § 1

#### Geltungsbereich

Dieser Tarifvertrag gilt für die Angestellten im Bereich des Bundes und im Bereich der Tarifgemeinschaft deutscher Länder, die unter den Geltungsbereich des Bundes-Angestelltentarifvertrages (BAT) fallen.

#### § 2

#### Grundvergütungen, Gesamtvergütungen

(1) Die Grundvergütungen für die Angestellten der Vergütungsgruppen I bis X (§ 26 Abs. 3 BAT) sind in der Anlage 1 festgelegt.

(2) Die Grundvergütungen für die Angestellten der Vergütungsgruppen IV b bis X und I b bis II b, die das 18., aber noch nicht das 21. bzw. 23. Lebensjahr vollendet haben (§ 28 Abs. 1 BAT), ergeben sich aus der Anlage 2.

(3) Die Gesamtvergütungen für die Angestellten der Vergütungsgruppen VI a/b bis X, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben (§ 30 BAT), ergeben sich aus der Anlage 3.

(4) Die Grundvergütungen für die Angestellten der Vergütungsgruppen Kr. XIII bis Kr. I (§ 26 Abs. 3 BAT) sind in der Anlage 4 festgelegt.

(5) Die Gesamtvergütungen für die Angestellten der Vergütungsgruppen Kr. III bis Kr. I, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben (§ 30 BAT), ergeben sich aus der Anlage 5.

#### § 3

#### Ortszuschlag

(1) Die Beträge des Ortszuschlages (§ 26 Abs. 3 BAT) sind in der Anlage 6 festgelegt.

(2) In der Tarifklasse II erhöht sich der Ortszuschlag für das zweite und jedes weitere zu berücksichtigende Kind für Angestellte mit Vergütung nach

|                         |                      |              |
|-------------------------|----------------------|--------------|
| – den Vergütungsgruppen | X, IX b<br>und Kr. I | um je 40 DM, |
| – den Vergütungsgruppen | IX a und Kr. II      | um je 30 DM, |
| – der Vergütungsgruppe  | VIII                 | um je 20 DM. |

Dies gilt nicht für Kinder, für die das Kindergeld aufgrund zwischenstaatlicher Abkommen abweichend von § 10 BKGG bemessen wird; für die Anwendung des Unterabsatzes 1 sind diese Kinder bei der Feststellung der Zahl der zu berücksichtigenden Kinder nicht mitzuzählen.

§ 4

Stundenvergütungen

Die Stundenvergütungen (§ 35 Absatz 3 Unterabsatz 1 BAT) betragen:

| In Vergütungsgruppe | DM    | In Vergütungsgruppe | DM    |
|---------------------|-------|---------------------|-------|
| X                   | 14,22 | Kr. I               | 15,74 |
| IX b                | 14,98 | Kr. II              | 16,49 |
| IX a                | 15,26 | Kr. III             | 17,33 |
| VIII                | 15,84 | Kr. IV              | 18,27 |
| VII                 | 16,87 | Kr. V               | 19,24 |
| VI a/b              | 17,98 | Kr. V a             | 19,77 |
| V c                 | 19,37 | Kr. VI              | 20,53 |
| V a/b               | 21,21 | Kr. VII             | 22,04 |
| IV b                | 22,95 | Kr. VIII            | 23,37 |
| IV a                | 24,93 | Kr. IX              | 24,81 |
| III                 | 27,09 | Kr. X               | 26,36 |
| II b                | 28,49 | Kr. XI              | 28,05 |
| II a                | 30,00 | Kr. XII             | 29,73 |
| I b                 | 32,77 | Kr. XIII            | 32,26 |
| I a                 | 35,61 |                     |       |
| I                   | 38,86 |                     |       |

§ 5

Ausnahmen vom Geltungsbereich

Dieser Tarifvertrag wird nicht angewendet auf Angestellte, die spätestens mit Ablauf des 31. März 1991 aus ihrem Verschulden oder auf eigenen Wunsch aus dem Arbeitsverhältnis ausgeschieden sind oder ausscheiden. Dies gilt auf Antrag nicht für Angestellte, die im unmittelbaren Anschluß an das auf eigenen Wunsch beendete Arbeitsverhältnis wieder in den öffentlichen Dienst eingetreten sind oder eintreten. Dies gilt ferner nicht für Angestellte, die wegen Erfüllung der Voraussetzungen zum Bezüge des Altersruhegeldes nach § 25 Abs. 1 oder 3 AVG, § 1248 Abs. 1 oder 3 RVO oder § 48 Abs. 1 Nr. 1 oder Abs. 3 RKG aus dem Arbeitsverhältnis ausgeschieden sind oder ausscheiden.

Öffentlicher Dienst im Sinne des Satzes 2 ist eine Beschäftigung

- a) beim Bund, bei einem Land, bei einer Gemeinde, bei einem Gemeindeverband oder bei einem sonstigen Mitglied eines Arbeitgeberverbandes, der der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände angehört,
- b) bei einer Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts, die den BAT, den BAT-O oder einen Tarifvertrag wesentlich gleichen Inhalts anwendet.

§ 6

Inkrafttreten, Laufzeit

Dieser Tarifvertrag tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1991 in Kraft. Er kann mit einer Frist von einem Monat zum Schluß eines Kalendermonats, frühestens zum 31. Dezember 1991, schriftlich gekündigt werden.

Anlage 1  
zum Vergütungstarifvertrag Nr. 26

**Tabelle der Grundvergütungen  
für die Angestellten der Vergütungsgruppen I bis X nach Vollendung des 21. bzw. 23. Lebensjahres  
(§ 27 Abschn. A BAT)**

| VergGr. | Grundvergütung der Lebensalterstufe nach vollendetem |         |         |         |         |         |         |         |         |         |         |         |         |         |         |
|---------|--|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|
|         | 21.  | 23.     | 25.     | 27.     | 29.     | 31.     | 33.     | 35.     | 37.     | 39.     | 41.     | 43.     | 45.     | 47.     | 49.     |
|         | Lebensjahr<br>(monatlich in DM)                      |         |         |         |         |         |         |         |         |         |         |         |         |         |         |
| I       |  |         |         |         |         |         |         |         |         |         |         |         |         |         |         |
| Ia      | 4456,61  | 4698,19 | 4939,84 | 5181,46 | 5423,09 | 5664,74 | 5906,33 | 6147,97 | 6389,58 | 6631,22 | 6872,86 | 7114,48 | 7356,07 |         |         |
| Ib      | 4107,80  | 4295,59 | 4483,31 | 4671,06 | 4858,81 | 5046,60 | 5234,40 | 5422,10 | 5609,88 | 5797,63 | 5985,43 | 6173,15 | 6353,18 |         |         |
| IIa     | 3651,89  | 3832,39 | 4012,88 | 4193,39 | 4373,88 | 4554,40 | 4734,89 | 4915,40 | 5095,92 | 5276,39 | 5456,89 | 5637,40 | 5817,48 |         |         |
| IIb     | 3237,01  | 3402,79 | 3568,64 | 3734,39 | 3900,20 | 4066,01 | 4231,77 | 4397,59 | 4563,38 | 4729,21 | 4895,00 | 5060,71 |         |         |         |
| III     | 3018,20  | 3169,32 | 3320,43 | 3471,58 | 3622,73 | 3773,87 | 3925,01 | 4076,15 | 4227,29 | 4378,44 | 4529,56 | 4595,61 |         |         |         |
| IVa     | 2876,86  | 3018,20 | 3159,51 | 3300,84 | 3442,19 | 3583,52 | 3724,87 | 3866,19 | 4007,51 | 4148,86 | 4290,23 | 4431,56 | 4566,00 |         |         |
| IVb     | 2607,83  | 2737,17 | 2866,49 | 2995,79 | 3125,11 | 3254,44 | 3383,77 | 3513,09 | 3642,44 | 3771,77 | 3901,09 | 4030,43 | 4157,96 |         |         |
| Va      | 2384,45  | 2487,06 | 2589,62 | 2692,22 | 2794,76 | 2897,37 | 2999,95 | 3102,56 | 3205,13 | 3307,70 | 3410,32 | 3512,88 | 3526,54 |         |         |
| Vb      | 2108,40  | 2189,67 | 2270,91 | 2358,73 | 2448,89 | 2539,09 | 2629,30 | 2719,49 | 2809,71 | 2899,90 | 2990,10 | 3080,28 | 3164,08 |         |         |
| Vc      | 2108,40  | 2189,67 | 2270,91 | 2358,73 | 2448,89 | 2539,09 | 2629,30 | 2719,49 | 2809,71 | 2899,90 | 2990,10 | 3080,28 | 3086,54 |         |         |
| VIa     | 1993,03  | 2066,27 | 2139,61 | 2216,52 | 2293,45 | 2373,62 | 2458,95 | 2544,36 | 2629,69 | 2715,05 | 2799,31 |         |         |         |         |
| VIb     | 1887,35  | 1943,98 | 2000,54 | 2057,17 | 2113,74 | 2172,02 | 2231,46 | 2290,89 | 2351,38 | 2417,34 | 2483,29 | 2549,28 | 2615,22 | 2681,21 | 2737,78 |
| VII     | 1887,35  | 1943,98 | 2000,54 | 2057,17 | 2113,74 | 2172,02 | 2231,46 | 2290,89 | 2351,38 | 2417,34 | 2483,29 | 2534,91 |         |         |         |
| VIII    | 1748,50  | 1794,46 | 1840,45 | 1886,40 | 1932,39 | 1978,35 | 2024,31 | 2070,31 | 2116,25 | 2163,48 | 2211,77 | 2246,61 |         |         |         |
| IXa     | 1617,52  | 1659,54 | 1701,61 | 1743,64 | 1785,70 | 1827,74 | 1869,81 | 1911,84 | 1953,89 | 1985,13 |         |         |         |         |         |
| IXb     | 1564,60  | 1606,42 | 1648,22 | 1690,02 | 1731,81 | 1773,61 | 1815,39 | 1857,20 | 1898,87 |         |         |         |         |         |         |
| X       | 1505,96  | 1544,12 | 1582,25 | 1620,38 | 1658,53 | 1696,69 | 1734,84 | 1772,96 | 1805,22 |         |         |         |         |         |         |
| X       | 1398,38  | 1436,54 | 1474,69 | 1512,82 | 1550,98 | 1589,11 | 1627,26 | 1665,43 | 1703,53 |         |         |         |         |         |         |

**Tabelle der Grundvergütungen  
für die Angestellten der Vergütungsgruppen I b bis II b bzw. IV b bis X unter 21 bzw. 23 Jahren  
(zu § 28 BAT)**

| VergGr.     | Grundvergütung vor Vollendung des 23. Lebensjahres<br>(monatlich in DM) |          |          |
|-------------|---|----------|----------|
|             | 18.   | 19.      | 20.      |
| I b         |   |          | 3 469,30 |
| II a        |   |          | 3 075,16 |
| II b        |   |          | 2 867,29 |
| VergGr.     | Grundvergütung nach Vollendung des<br>Lebensjahres<br>(monatlich in DM) |          |          |
|             | 18.   | 19.      | 20.      |
| IV b        |   |          | 2 384,45 |
| V a / V b   |   |          | 2 108,40 |
| V c         | 1 853,52  | 1 913,31 | 1 993,03 |
| VI a / VI b | 1 755,24  | 1 811,86 | 1 887,35 |
| VII         | 1 626,11  | 1 678,56 | 1 748,50 |
| VIII        | 1 504,29  | 1 552,82 | 1 617,52 |
| IX a        | 1 455,08  | 1 502,02 | 1 564,60 |
| IX b        | 1 400,54  | 1 445,72 | 1 505,96 |
| X           | 1 300,49  | 1 342,44 | 1 398,38 |

**Tabelle der Gesamtvergütungen  
für die Angestellten der Vergütungsgruppen VI a/b bis X unter 18 Jahren  
(zu § 30 BAT)**

| Alter                                | Gesamtvergütungen in den Vergütungsgruppen<br>(monatlich in DM) |          |          |          |          |          |
|--------------------------------------|---|----------|----------|----------|----------|----------|
|                                      | VI a/b  | VII      | VIII     | IX a     | IX b     | X        |
| vor Vollendung des 16. Lebensjahres  | 1 423,18  | 1 346,81 | 1 274,77 |          | 1 213,42 | 1 154,25 |
| nach Vollendung des 16. Lebensjahres | 1 681,94  | 1 591,69 | 1 506,55 | 1 472,15 | 1 434,04 | 1 364,11 |
| nach Vollendung des 17. Lebensjahres | 1 940,70  | 1 836,56 | 1 738,33 | 1 698,64 | 1 654,66 | 1 573,97 |

**Tabelle der Grundvergütungen  
für die Angestellten der Vergütungsgruppen Kr. XIII bis Kr. I nach Vollendung des 20. Lebensjahres  
(zu § 27 Abschn. B BAT)**

| VergGr.  | Grundvergütungssätze in Stufe<br>(monatlich in DM) |          |          |          |          |          |          |          |          |
|----------|--|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|
|          | 1  | 2        | 3        | 4        | 5        | 6        | 7        | 8        | 9        |
| Kr. XIII | 3 942,44   | 4 109,06 | 4 275,68 | 4 405,28 | 4 534,87 | 4 664,47 | 4 794,06 | 4 923,66 | 5 053,26 |
| Kr. XII  | 3 643,65   | 3 798,82 | 3 953,98 | 4 074,66 | 4 195,34 | 4 316,02 | 4 436,70 | 4 557,39 | 4 678,08 |
| Kr. XI   | 3 380,01   | 3 528,94 | 3 677,87 | 3 793,70 | 3 909,52 | 4 025,35 | 4 141,18 | 4 257,00 | 4 372,85 |
| Kr. X    | 3 127,90   | 3 266,06 | 3 404,22 | 3 511,67 | 3 619,13 | 3 726,58 | 3 834,03 | 3 941,48 | 4 048,94 |
| Kr. IX   | 2 896,47   | 3 024,24 | 3 152,02 | 3 251,40 | 3 350,79 | 3 450,17 | 3 549,56 | 3 648,94 | 3 748,32 |
| Kr. VIII | 2 681,42   | 2 799,81 | 2 918,20 | 3 010,28 | 3 102,37 | 3 194,45 | 3 286,53 | 3 378,61 | 3 470,66 |
| Kr. VII  | 2 484,86   | 2 594,21 | 2 703,56 | 2 788,62 | 2 873,67 | 2 958,73 | 3 043,78 | 3 128,83 | 3 213,88 |
| Kr. VI   | 2 307,42   | 2 407,64 | 2 507,86 | 2 585,81 | 2 663,75 | 2 741,69 | 2 819,63 | 2 897,57 | 2 975,54 |
| Kr. V a  | 2 198,67   | 2 292,37 | 2 386,06 | 2 458,94 | 2 531,81 | 2 604,69 | 2 677,56 | 2 750,44 | 2 823,29 |
| Kr. V    | 2 124,03   | 2 212,68 | 2 301,32 | 2 370,27 | 2 439,21 | 2 508,15 | 2 577,09 | 2 646,04 | 2 715,00 |
| Kr. IV   | 1 989,07   | 2 067,86 | 2 146,65 | 2 207,94 | 2 269,23 | 2 330,52 | 2 391,81 | 2 453,09 | 2 514,36 |
| Kr. III  | 1 863,88   | 1 930,84 | 1 997,80 | 2 049,88 | 2 101,96 | 2 154,04 | 2 206,11 | 2 258,19 | 2 310,26 |
| Kr. II   | 1 746,53   | 1 805,22 | 1 863,91 | 1 909,56 | 1 955,20 | 2 000,85 | 2 046,49 | 2 092,13 | 2 137,78 |
| Kr. I    | 1 638,98   | 1 691,21 | 1 743,44 | 1 784,05 | 1 824,67 | 1 865,29 | 1 905,91 | 1 946,53 | 1 987,13 |

**Tabelle der Gesamtvergütungen  
für die Angestellten der Vergütungsgruppen Kr. III bis Kr. I unter 18 Jahren  
(zu § 30 BAT)**

| Alter                                | Gesamtvergütungen in den Vergütungsgruppen |                             |          |
|--------------------------------------|--|-----------------------------|----------|
|                                      | Kr. I                                      | Kr. II<br>(monatlich in DM) | Kr. III  |
| vor Vollendung des 16. Lebensjahres  | 1 286,58                                   | 1 345,73                    |          |
| nach Vollendung des 16. Lebensjahres | 1 520,50                                   | 1 590,41                    |          |
| nach Vollendung des 17. Lebensjahres | 1 754,42                                   | 1 835,09                    | 1 923,10 |

**Ortszuschlagstabelle  
(zu § 29 BAT)  
(monatlich in DM)**

| Tarifklasse | zu der Tarifklasse gehörende Vergütungsgruppen | Stufe 1 | Stufe 2 | Stufe 3<br>1 Kind |
|-------------|--|---------|---------|-------------------|
| I b         | I bis II b<br>Kr. XIII                         | 836,46  | 994,64  | 1 128,67          |
| I c         | III bis V a/b<br>Kr. XII bis Kr. VII           | 743,39  | 901,57  | 1 035,60          |
| II          | V c bis X<br>Kr. VI bis Kr. I                  | 700,25  | 850,93  | 984,96            |

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Ortszuschlag für jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 134,03 DM.

Gemäß § 3 Abs. 2 des Vergütungstarifvertrages Nr. 26 erhöht sich in der Tarifklasse II der Ortszuschlag für das zweite und jedes weitere zu berücksichtigende Kind für Angestellte mit Vergütung nach

- den Vergütungsgruppen X, IX b und Kr. I um je 40,– DM,
- den Vergütungsgruppen IX a und Kr. II um je 30,– DM,
- der Vergütungsgruppe VIII um je 20,– DM;

dies gilt nicht für Kinder, für die das Kindergeld aufgrund zwischenstaatlicher Abkommen abweichend von § 10 BKGg bemessen wird; für die Anwendung des § 3 Abs. 2 Unterabs. 1 des Vergütungstarifvertrages Nr. 26 sind diese Kinder bei der Feststellung der Zahl der zu berücksichtigenden Kinder nicht mitzuzählen.

Ortszuschlag nach § 29 Abschn. B Abs. 8 BAT: Tarifklasse I c 594,71 DM,  
Tarifklasse II 560,20 DM.

**Zeitzuschläge nach § 35 Abs. 1 Satz 2 BAT/  
Überstundenvergütungen nach § 35 Abs. 3 Unterabs. 2 BAT  
vom 1.1.1991 an**

| VergGr.  | Stundenvergütung<br>(§ 35 Abs. 3<br>Unterabs. 1<br>BAT)<br>DM | Zeitzuschlag<br>für Über-<br>stunden<br>25/20/15 v.H.<br>DM | Überstunden-<br>vergütung<br>DM | Zeitzuschlag<br>für Arbeit<br>an Sonntagen<br>25 v.H.<br>DM | Zeitzuschlag für Arbeit<br>an Wochenfeiertagen |   | Zeitzuschlag für Arbeit<br>an Vorfesttagen |   |
|----------|---|---|---------------------------------|---|--|---|--|---|
|          |   |   |                                 |   | ohne Freizeit-<br>ausgleich<br>135 v.H.<br>DM  | bei Freizeit-<br>ausgleich<br>35 v.H.<br>DM | Ostern,<br>Pfingsten<br>25 v.H.<br>DM      | Weihnachten,<br>Neujahr<br>100 v.H.<br>DM |
| 1        | 2   | 3   | 4                               | 5   | 6  | 7   | 8  | 9   |
| X        | 14,22   | 3,56  | 17,78                           | 3,56  | 19,20  | 4,98  | 3,56                                       | 14,22                                     |
| IX b     | 14,98   | 3,75  | 18,73                           | 3,75  | 20,22  | 5,24  | 3,75                                       | 14,98                                     |
| IX a     | 15,26   | 3,82  | 19,08                           | 3,82  | 20,60  | 5,34  | 3,82                                       | 15,26                                     |
| VIII     | 15,84   | 3,96  | 19,80                           | 3,96  | 21,38  | 5,54  | 3,96                                       | 15,84                                     |
| VII      | 16,87   | 4,22  | 21,09                           | 4,22  | 22,77  | 5,90  | 4,22                                       | 16,87                                     |
| VI a/b   | 17,98   | 4,50  | 22,48                           | 4,50  | 24,27  | 6,29  | 4,50                                       | 17,98                                     |
| V c      | 19,37   | 4,84  | 24,21                           | 4,84  | 26,15  | 6,78  | 4,84                                       | 19,37                                     |
| V a/b    | 21,21   | 4,24  | 25,45                           | 5,30  | 28,63  | 7,42  | 5,30                                       | 21,21                                     |
| IV b     | 22,95   | 3,44  | 26,39                           | 5,74  | 30,98  | 8,03  | 5,74                                       | 22,95                                     |
| IV a     | 24,93   | 3,74  | 28,67                           | 6,23  | 33,66  | 8,73  | 6,23                                       | 24,93                                     |
| III      | 27,09   | 4,06  | 31,15                           | 6,77  | 36,57  | 9,48  | 6,77                                       | 27,09                                     |
| II b     | 28,49   | 4,27  | 32,76                           | 7,12  | 38,46  | 9,97  | 7,12                                       | 28,49                                     |
| II a     | 30,00   | 4,50  | 34,50                           | 7,50  | 40,50  | 10,50                                       | 7,50                                       | 30,00                                     |
| I b      | 32,77   | 4,92  | 37,69                           | 8,19  | 44,24  | 11,47                                       | 8,19                                       | 32,77                                     |
| I a      | 35,61   | 5,34  | 40,95                           | 8,90  | 48,07  | 12,46                                       | 8,90                                       | 35,61                                     |
| I        | 38,86   | 5,83  | 44,69                           | 9,72  | 52,46  | 13,60                                       | 9,72                                       | 38,86                                     |
| Kr. I    | 15,74   | 3,94  | 19,68                           | 3,94  | 21,25  | 5,51  | 3,94                                       | 15,74                                     |
| Kr. II   | 16,49   | 4,12  | 20,61                           | 4,12  | 22,26  | 5,77  | 4,12                                       | 16,49                                     |
| Kr. III  | 17,33   | 4,33  | 21,66                           | 4,33  | 23,40  | 6,07  | 4,33                                       | 17,33                                     |
| Kr. IV   | 18,27   | 4,57  | 22,84                           | 4,57  | 24,66  | 6,39  | 4,57                                       | 18,27                                     |
| Kr. V    | 19,24   | 4,81  | 24,05                           | 4,81  | 25,97  | 6,73  | 4,81                                       | 19,24                                     |
| Kr. V a  | 19,77   | 4,94  | 24,71                           | 4,94  | 26,69  | 6,92  | 4,94                                       | 19,77                                     |
| Kr. VI   | 20,53   | 5,13  | 25,66                           | 5,13  | 27,72  | 7,19  | 5,13                                       | 20,53                                     |
| Kr. VII  | 22,04   | 4,41  | 26,45                           | 5,51  | 29,75  | 7,71  | 5,51                                       | 22,04                                     |
| Kr. VIII | 23,37   | 4,67  | 28,04                           | 5,84  | 31,55  | 8,18  | 5,84                                       | 23,37                                     |
| Kr. IX   | 24,81   | 3,72  | 28,53                           | 6,20  | 33,49  | 8,68  | 6,20                                       | 24,81                                     |
| Kr. X    | 26,36   | 3,95  | 30,11                           | 6,59  | 35,59  | 9,23  | 6,59                                       | 26,36                                     |
| Kr. XI   | 28,05   | 4,21  | 32,26                           | 7,01  | 37,87  | 9,82  | 7,01                                       | 28,05                                     |
| Kr. XII  | 29,73   | 4,46  | 34,19                           | 7,43  | 40,14  | 10,41                                       | 7,43                                       | 29,73                                     |
| Kr. XIII | 32,26   | 4,84  | 37,10                           | 8,07  | 43,55  | 11,29                                       | 8,07                                       | 32,26                                     |

**Übersicht  
über die ab 1.1.1991 auf Grund von Fußnoten bzw. Protokollnotizen  
zu den Vergütungsgruppen zu zahlenden Funktions-,  
Bewährungs- und Leistungszulagen**

|  |   |   |  |
|--|---|---|--|
| a) Teil I der Anlage 1 a zum BAT<br>– VergGr. VII, Fußnote 1   | 139,88 DM   | Abschn. P, Unterabschn. II<br>– VergGr. VII, Fußnote 1<br>– VergGr. VIII, Fußnote 1   | 139,88 DM<br>121,31 DM                       |
| b) Teil II der Anlage 1 a zum BAT<br>Abschn. H<br>– VergGr. V c, Fußnote 1<br>Abschn. N, Unterabschn. I<br>– VergGr. VII, Fußnote 1<br>– Protokollnotiz Nr. 3<br>– Protokollnotiz Nr. 6<br>Abschn. N, Unterabschn. II<br>– VergGr. VII, Fußnote 1<br>– VergGr. VII, Fußnote 2<br>– VergGr. VIII, Fußnote 1 | 179,37 DM<br><br>166,11 DM<br>139,88 DM<br>129,40 DM<br><br>166,11 DM<br>139,88 DM<br>121,31 DM | c) Leistungszulagen an Angestellte im Schreibdienst nach den Gemein-<br>samen Richtlinien vom 16.3.1970 i.d.F. vom 1.9.1970 –<br>LZR II – (s. Abschn. III Nr. 4 a der Anlage 2 zum Gem. RdErl.<br>vom 7.9.1970 – 53 30 75/7 –, n.v.), geändert durch Abschn. II<br>Nr. 7.3 Buchst. b des RdErl. vom 4.1.1985 (Nds. MBl. S. 55).<br>Teil II der Anlage 1 a zum BAT<br>Abschn. N, Unterabschn. I<br>– Protokollnotizen Nrn. 4 und 7 |  |
|  |   | Bemessungsgrundlage<br>(Anschlagszahl)  | Leistungszulage<br>VergGr. VIII VergGr. VII  |
| Abschn. N, Unterabschn. III<br>– VergGr. VII, Fußnote 1<br>– VergGr. VII, Fußnote 2  | 166,11 DM<br>139,88 DM  | über 29 000<br>über 38 000<br>über 48 000   | 63,03 DM<br>126,06 DM 126,06 DM<br>229,80 DM |

**Tarifvertrag zur Änderung der Anlage 1 b zum BAT vom 22. März 1991**

§ 1

Änderung der Anlage 1 b

Abschnitt A der Anlage 1 b zum BAT wird wie folgt geändert:

1. In der Vergütungsgruppe Kr. V a werden die Fallgruppen 1 bis 3 unter Beibehaltung der Bezeichnung gestrichen.
2. Die Vergütungsgruppe Kr. VI wird wie folgt geändert:
  - a) Folgende Fallgruppen werden eingefügt:
    - »6 a. Krankenschwestern mit erfolgreich abgeschlossener Weiterbildung für den Operationsdienst bzw. für den Anästhesiedienst, die im Operationsdienst
      - a) als Operationsschwestern oder
      - b) als Anästheseschwestern tätig sind.  
(Hierzu Protokollerklärung Nr. 10)
    - 6 b. Krankenschwestern mit erfolgreich abgeschlossener Weiterbildung in der Intensivpflege/-medizin in Einheiten für Intensivmedizin mit entsprechender Tätigkeit.  
(Hierzu Protokollerklärungen Nrn. 1, 3 und 10)
    - 6 c. Krankenschwestern mit erfolgreich abgeschlossener Weiterbildung in der Psychiatrie mit entsprechender Tätigkeit.  
(Hierzu Protokollerklärungen Nrn. 1 und 10)«
  - b) In Fallgruppe 20 werden die Worte »Fallgruppen 1 bis 4 nach dreijähriger Bewährung in der jeweiligen« durch die Worte »Fallgruppe 4 nach dreijähriger Bewährung in dieser« ersetzt.
  - c) In Fallgruppe 21 werden die Worte »Fallgruppe 6 nach fünfjähriger Bewährung in dieser« durch die Worte »Fallgruppen 5 und 6 nach fünfjähriger Bewährung in der jeweiligen« ersetzt.
3. In der Vergütungsgruppe Kr. VIII Fallgruppe 7 werden die Worte »als Unterrichtsschwestern an Krankenpflegeschulen oder Schulen für Krankenpflegehilfe tätig und« gestrichen.
4. Die Protokollerklärung Nr. 1 wird wie folgt geändert:
  - a) Es wird folgender Absatz 1 a eingefügt:
 

»(1 a) Pflegepersonen der Vergütungsgruppen Kr. I bis Kr. VII, die zeitlich überwiegend in Einheiten für Intensivmedizin Patienten pflegen, erhalten für die Dauer dieser Tätigkeit eine monatliche Zulage von 90 DM.«
  - b) In Absatz 2 Satz 1 werden jeweils nach den Worten »Absatz 1« die Worte »oder 1 a« eingefügt.
  - c) In Absatz 3 Satz 2 werden die Worte »1 oder 2« durch die Worte »1, 1 a oder 2« ersetzt.

§ 2

Änderung der Nr. 8 SR 2 a BAT

In Nr. 8 Abs. 4 Unterabs. 1 SR 2 a BAT werden die Worte »150 DM« durch die Worte »200 DM« ersetzt.

§ 3

Ausnahmen vom Geltungsbereich

Dieser Tarifvertrag wird nicht angewendet auf Angestellte, die spätestens mit Ablauf des 31. März 1991 aus ihrem Verschulden oder auf eigenen Wunsch aus dem Arbeitsverhältnis ausgeschieden sind oder ausscheiden. Dies gilt auf Antrag nicht für Angestellte, die in unmittelbarem Anschluß an das auf eigenen Wunsch beendete Arbeitsverhältnis wieder in den öffentlichen Dienst eingetreten sind oder eintreten. Dies gilt ferner nicht für Angestellte, die wegen Erfüllung der Voraussetzungen zum Bezüge des Altersruhegeldes nach § 25 Abs. 1 oder 3 AVG, § 1248 Abs. 1 oder 3 RVO oder § 48 Abs. 1 Nr. 1 oder Abs. 3 RKG aus dem Arbeitsverhältnis ausgeschieden sind oder ausscheiden.

Öffentlicher Dienst im Sinne des Unterabsatzes 1 Satz 2 ist eine Beschäftigung

- a) beim Bund, bei einem Land, bei einer Gemeinde, bei einem Gemeindeverband oder bei einem sonstigen Mitglied eines Arbeitgeberverbandes, der der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) angehört.
- b) bei einer Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts, die den BAT, den BAT-O oder einen Tarifvertrag wesentlich gleichen Inhalts anwendet.

§ 4

Inkrafttreten

Dieser Tarifvertrag tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1991 in Kraft.

**Monatslohnstarifvertrag Nr. 19 zum MTL II vom 22. März 1991**

§ 1

Geltungsbereich

Dieser Tarifvertrag gilt für die Arbeiter der Verwaltungen und Betriebe der Länder, deren Arbeitsverhältnisse durch den Mantelstarifvertrag für Arbeiter der Länder (MTL II) vom 27. Februar 1964 geregelt sind. Es gilt nicht für die Arbeiter der Freien und Hansestadt Hamburg.

§ 2

Außerkräfttreten des Monatslohnstarifvertrages Nr. 18 zum MTL II

Der Monatslohnstarifvertrag Nr. 18 zum MTL II vom 14. April 1988 wird mit Ablauf des 30. September 1990 aufgehoben.

§ 3

Monatstabellenlöhne

- (1) Die Monatstabellenlöhne (§ 21 Abs. 3 MTL II) sind
  - a) für die Zeit vom 1. Oktober 1990 bis 31. Dezember 1990 in der Anlage 1,
  - b) für die Zeit vom 1. Januar 1991 an in der Anlage 2 festgelegt.
- (2) Der im MTL II und in ergänzenden Tarifverträgen im Rahmen der Lohnberechnung zu berücksichtigende Betrag zur Verminderung des Monatstabellenlohnes beträgt

| für Arbeiter der Lohngruppen | für die Zeit   |   |
|------------------------------|--|---|
|                              | vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1990 (monatlich in DM) | vom 1. Januar 1991 an (monatlich in DM) |
| 1 bis 3 a                    | 127,—  | 134,62                                  |
| 4 bis 9                      | 150,—  | 159,—                                   |

**Protokollnotizen:**

1. Bei der Berechnung des auf eine Stunde entfallenden Anteils des Monatstabellenlohnes sowie der Beträge nach Absatz 2 sich ergebende Bruchteile eines Pfennigs unter 0,5 sind abzurunden, Bruchteile von 0,5 und mehr sind aufzurunden.
2. Die Beträge nach Absatz 2 erhöhen sich zu demselben Zeitpunkt und um denselben Vomhundertsatz wie der Monatstabellenlohn der Lohngruppe 4 Stufe 4 bei jeder allgemeinen Lohnerhöhung.

§ 4

Sozialzuschlag

Vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1990 ist § 4 Abs. 2 des Vergütungstarifvertrages Nr. 25 zum BAT für den Bereich des Bundes und für den Bereich der Tarifgemeinschaft deutscher Länder vom 14. April 1988, vom 1. Januar 1991 an § 3 Abs. 2 des Vergütungstarifvertrages Nr. 26 zum BAT für den Bereich des Bundes und für den Bereich der Tarifgemeinschaft deutscher Länder vom 22. März 1991 entsprechend anzuwenden. Dabei stehen

| die Arbeiter mit Entlohnung nach | den Angestellten mit Vergütung nach     |
|----------------------------------|---|
| den Lohngruppen 1, 1 a und 2     | den Vergütungsgruppen X, IX b und Kr. I |
| den Lohngruppen 2 a 3 und 3 a    | den Vergütungsgruppen IX a und Kr. II   |
| der Lohngruppe 4 gleich.         | der Vergütungsgruppe VIII               |

Der Arbeiter, der in den Fällen des § 9 Abs. 4 MTL II, des § 2 Abs. 6 und des § 3 des Tarifvertrages über das Lohngruppenverzeichnis zum MTL II für den vollen Kalendermonat

- a) den Monatstabellenlohn einer höheren Lohngruppe erhält,
  - b) durch die Summe des Monatstabellenlohnes und einer Zulage den Betrag des Monatstabellenlohnes einer höheren Lohngruppe in seiner Stufe erreicht,
- wird für die Anwendung des Satzes 2 der höheren Lohngruppe zugeordnet.

§ 5

Ausnahmen vom Geltungsbereich

Dieser Tarifvertrag wird nicht angewendet auf Arbeiter, die spätestens mit Ablauf des 31. März 1991 aus ihrem Verschulden oder auf eigenen Wunsch aus dem Arbeitsverhältnis ausgeschieden sind oder ausscheiden. Satz 1 gilt auf Antrag nicht für Arbeiter, die

in unmittelbarem Anschluß an das auf eigenen Wunsch beendete Arbeitsverhältnis wieder in den öffentlichen Dienst eingetreten sind oder eintreten. Satz 1 gilt ferner nicht für Arbeiter, die wegen Erfüllung der Voraussetzungen zum Bezuge des Altersruhegeldes nach § 1248 Abs. 1 oder 3 RVO, § 25 Abs. 1 oder 3 AVG oder § 48 Abs. 1 Nr. 1 oder Abs. 3 RKG aus dem Arbeitsverhältnis ausgeschieden sind oder ausscheiden.

Öffentlicher Dienst im Sinne des Satzes 2 ist eine Beschäftigung

a) beim Bund, bei einem Land, bei einer Gemeinde, bei einem Gemeindeverband oder bei einem sonstigen Mitglied eines Arbeitgeberverbandes, der der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände angehört,

b) bei einer Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts, die den MTL II, den MTB II, den BMT-G, den MTArb-O, den BMT-G-O oder einen Tarifvertrag wesentlich gleichen Inhalts anwendet.

## § 6

## Inkrafttreten, Laufzeit

Dieser Tarifvertrag tritt mit Wirkung vom 1. Oktober 1990 in Kraft. Er kann mit einer Frist von einem Monat zum Schluß eines Kalendermonats, frühestens zum 31. Dezember 1991, schriftlich gekündigt werden.

Anlage 1  
zum Monatslohtarifvertrag Nr. 19

**Monatstabellenlöhne  
(in DM)  
für die Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1990**

| Lohn-<br>gruppe | Stufe    |          |          |          |          |          |          |          |
|-----------------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|
|                 | 1        | 2        | 3        | 4        | 5        | 6        | 7        | 8        |
| 9               | 3 167,80 | 3 218,49 | 3 269,97 | 3 322,28 | 3 375,45 | 3 429,45 | 3 484,32 | 3 540,08 |
| 8 a             | 3 099,60 | 3 149,19 | 3 199,57 | 3 250,75 | 3 302,78 | 3 355,61 | 3 409,30 | 3 463,86 |
| 8               | 3 031,39 | 3 079,89 | 3 129,16 | 3 179,22 | 3 230,10 | 3 281,77 | 3 334,28 | 3 387,64 |
| 7 a             | 2 966,12 | 3 013,58 | 3 061,79 | 3 110,77 | 3 160,55 | 3 211,11 | 3 262,49 | 3 314,70 |
| 7               | 2 900,85 | 2 947,26 | 2 994,41 | 3 042,32 | 3 091,00 | 3 140,45 | 3 190,70 | 3 241,76 |
| 6 a             | 2 838,39 | 2 883,80 | 2 929,94 | 2 976,82 | 3 024,45 | 3 072,84 | 3 122,00 | 3 171,96 |
| 6               | 2 775,93 | 2 820,34 | 2 865,46 | 2 911,31 | 2 957,89 | 3 005,22 | 3 053,30 | 3 102,16 |
| 5 a             | 2 716,16 | 2 759,62 | 2 803,77 | 2 848,63 | 2 894,21 | 2 940,52 | 2 987,56 | 3 035,37 |
| 5               | 2 656,39 | 2 698,89 | 2 742,07 | 2 785,94 | 2 830,52 | 2 875,81 | 2 921,82 | 2 968,57 |
| 4 a             | 2 599,20 | 2 640,78 | 2 683,03 | 2 725,96 | 2 769,58 | 2 813,89 | 2 858,91 | 2 904,66 |
| 4               | 2 542,00 | 2 582,67 | 2 623,99 | 2 665,97 | 2 708,63 | 2 751,97 | 2 796,00 | 2 840,74 |
| 3 a             | 2 487,27 | 2 527,06 | 2 567,50 | 2 608,57 | 2 650,31 | 2 692,72 | 2 735,80 | 2 779,58 |
| 3               | 2 432,54 | 2 471,45 | 2 511,00 | 2 551,17 | 2 591,99 | 2 633,46 | 2 675,60 | 2 718,41 |
| 2 a             | 2 380,17 | 2 418,24 | 2 456,94 | 2 496,24 | 2 536,18 | 2 576,76 | 2 617,99 | 2 659,88 |
| 2               | 2 327,79 | 2 365,02 | 2 402,87 | 2 441,31 | 2 480,37 | 2 520,06 | 2 560,38 | 2 601,35 |
| 1 a             | 2 277,67 | 2 314,10 | 2 351,14 | 2 388,75 | 2 426,97 | 2 465,80 | 2 505,25 | 2 545,34 |
| 1               | 2 227,55 | 2 263,18 | 2 299,40 | 2 336,18 | 2 373,56 | 2 411,54 | 2 450,12 | 2 489,33 |

Anlage 1 a  
Kein Bestandteil des Monatslohtarifvertrages Nr. 19

**Tabelle der auf eine Stunde entfallenden Anteile der Monatstabellenlöhne  
(für die Zeit vom 1.10. bis 31.12.1990)**

| Lohn-<br>gruppe | Stufe |       |       |       |       |       |       |       |
|-----------------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|
|                 | 1     | 2     | 3     | 4     | 5     | 6     | 7     | 8     |
| 9               | 18,92 | 19,23 | 19,53 | 19,85 | 20,16 | 20,49 | 20,81 | 21,15 |
| 8 a             | 18,52 | 18,81 | 19,11 | 19,42 | 19,73 | 20,05 | 20,37 | 20,69 |
| 8               | 18,11 | 18,40 | 18,69 | 18,99 | 19,30 | 19,60 | 19,92 | 20,24 |
| 7 a             | 17,72 | 18,00 | 18,29 | 18,58 | 18,88 | 19,18 | 19,49 | 19,80 |
| 7               | 17,33 | 17,61 | 17,89 | 18,17 | 18,46 | 18,76 | 19,06 | 19,37 |
| 6 a             | 16,96 | 17,23 | 17,50 | 17,78 | 18,07 | 18,36 | 18,65 | 18,95 |
| 6               | 16,58 | 16,85 | 17,12 | 17,39 | 17,67 | 17,95 | 18,24 | 18,53 |
| 5 a             | 16,23 | 16,49 | 16,75 | 17,02 | 17,29 | 17,57 | 17,85 | 18,13 |
| 5               | 15,87 | 16,12 | 16,38 | 16,64 | 16,91 | 17,18 | 17,45 | 17,73 |
| 4 a             | 15,53 | 15,78 | 16,03 | 16,28 | 16,54 | 16,81 | 17,08 | 17,35 |
| 4               | 15,19 | 15,43 | 15,67 | 15,93 | 16,18 | 16,44 | 16,70 | 16,97 |
| 3 a             | 14,86 | 15,10 | 15,34 | 15,58 | 15,83 | 16,09 | 16,34 | 16,60 |
| 3               | 14,53 | 14,76 | 15,00 | 15,24 | 15,48 | 15,73 | 15,98 | 16,24 |
| 2 a             | 14,22 | 14,45 | 14,68 | 14,91 | 15,15 | 15,39 | 15,64 | 15,89 |
| 2               | 13,91 | 14,13 | 14,35 | 14,58 | 14,82 | 15,05 | 15,29 | 15,54 |
| 1 a             | 13,61 | 13,82 | 14,05 | 14,27 | 14,50 | 14,73 | 14,97 | 15,21 |
| 1               | 13,31 | 13,52 | 13,74 | 13,96 | 14,18 | 14,41 | 14,64 | 14,87 |

**Tabelle der auf eine Stunde entfallenden Anteile der um den im Monatslohtarifvertrag vereinbarten Betrag verminderten Monatstabellennöhne (in DM)**

**für die Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1990**

| Lohn-<br>gruppe | Stufe |       |       |       |       |       |       |       |
|-----------------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|
|                 | 1     | 2     | 3     | 4     | 5     | 6     | 7     | 8     |
| 9               | 18,03 | 18,33 | 18,64 | 18,95 | 19,27 | 19,59 | 19,92 | 20,25 |
| 8 a             | 17,62 | 17,92 | 18,22 | 18,52 | 18,83 | 19,15 | 19,47 | 19,80 |
| 8               | 17,21 | 17,50 | 17,80 | 18,10 | 18,40 | 18,71 | 19,02 | 19,34 |
| 7 a             | 16,82 | 17,11 | 17,39 | 17,69 | 17,98 | 18,29 | 18,59 | 18,91 |
| 7               | 16,43 | 16,71 | 16,99 | 17,28 | 17,57 | 17,86 | 18,16 | 18,47 |
| 6 a             | 16,06 | 16,33 | 16,61 | 16,89 | 17,17 | 17,46 | 17,75 | 18,05 |
| 6               | 15,69 | 15,95 | 16,22 | 16,50 | 16,77 | 17,06 | 17,34 | 17,64 |
| 5 a             | 15,33 | 15,59 | 15,85 | 16,12 | 16,39 | 16,67 | 16,95 | 17,24 |
| 5               | 14,97 | 15,23 | 15,48 | 15,75 | 16,01 | 16,28 | 16,56 | 16,84 |
| 4 a             | 14,63 | 14,88 | 15,13 | 15,39 | 15,65 | 15,91 | 16,18 | 16,46 |
| 4               | 14,29 | 14,53 | 14,78 | 15,03 | 15,28 | 15,54 | 15,81 | 16,07 |
| 3 a             | 14,10 | 14,34 | 14,58 | 14,82 | 15,07 | 15,33 | 15,58 | 15,85 |
| 3               | 13,77 | 14,01 | 14,24 | 14,48 | 14,73 | 14,97 | 15,22 | 15,48 |
| 2 a             | 13,46 | 13,69 | 13,92 | 14,15 | 14,39 | 14,63 | 14,88 | 15,13 |
| 2               | 13,15 | 13,37 | 13,60 | 13,83 | 14,06 | 14,30 | 14,54 | 14,78 |
| 1 a             | 12,85 | 13,07 | 13,29 | 13,51 | 13,74 | 13,97 | 14,21 | 14,45 |
| 1               | 12,55 | 12,76 | 12,98 | 13,20 | 13,42 | 13,65 | 13,88 | 14,11 |

**Zeitzuschläge nach § 27 Abs. 1 Buchst. a bis d MTL II  
Lohn für Mehrarbeitsstunden und Überstunden nach § 10 Abs. 5 MTL II  
(für die Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1990)**

| Lohngruppe | auf eine Stunde entfallender Anteil des Monatstabellennöhns der Stufe 1<br>DM | Zeitzuschlag für Mehrarbeit und Überstunden<br>25 v.H.<br>DM | Lohn für eine Mehrarbeits- bzw. Überstunde<br>DM | Zeitzuschlag für Arbeit an Sonntagen<br>30 v.H.<br>DM | Zeitzuschlag für Arbeit an Wochenfeiertagen   |   | Zeitzuschlag für Arbeit an Vorfesttagen |   |
|------------|---|--|--|---|---|---|---|---|
|            |   |  |  |   | ohne Freizeit-<br>ausgleich<br>135 v.H.<br>DM | mit Freizeit-<br>ausgleich<br>35 v.H.<br>DM | Ostern,<br>Pfingsten<br>25 v.H.<br>DM   | Weihnachten,<br>Neujahr<br>100 v.H.<br>DM |
|            |   |  |  |   | DM  | DM  | DM                                      | DM  |
| 9          | 18,92   | 4,73   | 23,65  | 5,68  | 25,54   | 6,62  | 4,73                                    | 18,92                                     |
| 8 a        | 18,52   | 4,63   | 23,15  | 5,56  | 25,00   | 6,48  | 4,63                                    | 18,52                                     |
| 8          | 18,11   | 4,53   | 22,64  | 5,43  | 24,45   | 6,34  | 4,53                                    | 18,11                                     |
| 7 a        | 17,72   | 4,43   | 22,15  | 5,32  | 23,92   | 6,20  | 4,43                                    | 17,72                                     |
| 7          | 17,33   | 4,33   | 21,66  | 5,20  | 23,40   | 6,07  | 4,33                                    | 17,33                                     |
| 6 a        | 16,96   | 4,24   | 21,20  | 5,09  | 22,90   | 5,94  | 4,24                                    | 16,96                                     |
| 6          | 16,58   | 4,15   | 20,73  | 4,97  | 22,38   | 5,80  | 4,15                                    | 16,58                                     |
| 5 a        | 16,23   | 4,06   | 20,29  | 4,87  | 21,91   | 5,68  | 4,06                                    | 16,23                                     |
| 5          | 15,87   | 3,97   | 19,84  | 4,76  | 21,42   | 5,55  | 3,97                                    | 15,87                                     |
| 4 a        | 15,53   | 3,88   | 19,41  | 4,66  | 20,97   | 5,44  | 3,88                                    | 15,53                                     |
| 4          | 15,19   | 3,80   | 18,99  | 4,56  | 20,51   | 5,32  | 3,80                                    | 15,19                                     |
| 3 a        | 14,86   | 3,72   | 18,58  | 4,46  | 20,06   | 5,20  | 3,72                                    | 14,86                                     |
| 3          | 14,53   | 3,63   | 18,16  | 4,36  | 19,62   | 5,09  | 3,63                                    | 14,53                                     |
| 2 a        | 14,22   | 3,56   | 17,78  | 4,27  | 19,20   | 4,98  | 3,56                                    | 14,22                                     |
| 2          | 13,91   | 3,48   | 17,39  | 4,17  | 18,78   | 4,87  | 3,48                                    | 13,91                                     |
| 1 a        | 13,61   | 3,40   | 17,01  | 4,08  | 18,37   | 4,76  | 3,40                                    | 13,61                                     |
| 1          | 13,31   | 3,33   | 16,64  | 3,99  | 17,97   | 4,66  | 3,33                                    | 13,31                                     |

**Monatstabellennöhne  
(in DM)  
für die Zeit vom 1. Januar 1991 an**

| Lohn-<br>gruppe | Stufe    |          |          |          |          |          |          |          |
|-----------------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|
|                 | 1        | 2        | 3        | 4        | 5        | 6        | 7        | 8        |
| 9               | 3 357,87 | 3 411,60 | 3 466,17 | 3 521,62 | 3 577,98 | 3 635,22 | 3 693,38 | 3 752,48 |
| 8 a             | 3 285,58 | 3 338,14 | 3 391,54 | 3 445,80 | 3 500,95 | 3 556,95 | 3 613,86 | 3 671,69 |
| 8               | 3 213,27 | 3 264,68 | 3 316,91 | 3 369,97 | 3 423,91 | 3 478,68 | 3 534,34 | 3 590,90 |
| 7 a             | 3 144,09 | 3 194,39 | 3 245,50 | 3 297,42 | 3 350,18 | 3 403,78 | 3 458,24 | 3 513,58 |
| 7               | 3 074,90 | 3 124,10 | 3 174,07 | 3 224,86 | 3 276,46 | 3 328,88 | 3 382,14 | 3 436,27 |
| 6 a             | 3 008,69 | 3 056,83 | 3 105,74 | 3 155,43 | 3 205,92 | 3 257,21 | 3 309,32 | 3 362,28 |
| 6               | 2 942,49 | 2 989,56 | 3 037,39 | 3 085,99 | 3 135,36 | 3 185,53 | 3 236,50 | 3 288,29 |
| 5 a             | 2 879,13 | 2 925,20 | 2 972,00 | 3 019,55 | 3 067,86 | 3 116,95 | 3 166,81 | 3 217,49 |
| 5               | 2 815,77 | 2 860,82 | 2 906,59 | 2 953,10 | 3 000,35 | 3 048,36 | 3 097,13 | 3 146,68 |
| 4 a             | 2 755,15 | 2 799,23 | 2 844,01 | 2 889,52 | 2 935,75 | 2 982,72 | 3 030,44 | 3 078,94 |
| 4               | 2 694,52 | 2 737,63 | 2 781,43 | 2 825,93 | 2 871,15 | 2 917,09 | 2 963,76 | 3 011,18 |
| 3 a             | 2 636,51 | 2 678,68 | 2 721,55 | 2 765,08 | 2 809,33 | 2 854,28 | 2 899,95 | 2 946,35 |
| 3               | 2 578,49 | 2 619,74 | 2 661,66 | 2 704,24 | 2 747,51 | 2 791,47 | 2 836,14 | 2 881,51 |
| 2 a             | 2 522,98 | 2 563,33 | 2 604,36 | 2 646,01 | 2 688,35 | 2 731,37 | 2 775,07 | 2 819,47 |
| 2               | 2 467,46 | 2 506,92 | 2 547,04 | 2 587,79 | 2 629,19 | 2 671,26 | 2 714,00 | 2 757,43 |
| 1 a             | 2 414,33 | 2 452,95 | 2 492,21 | 2 532,08 | 2 572,59 | 2 613,75 | 2 655,57 | 2 698,06 |
| 1               | 2 361,20 | 2 398,97 | 2 437,36 | 2 476,35 | 2 515,97 | 2 556,23 | 2 597,13 | 2 638,69 |

Anlage 2 a  
Kein Bestandteil des Monatslohtarifvertrages Nr. 19

**Tabelle der auf eine Stunde entfallenden Anteile der Monatstabellennöhne  
(für die Zeit vom 1.1.1991 an)**

| Lohn-<br>gruppe | Stufe |       |       |       |       |       |       |       |
|-----------------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|
|                 | 1     | 2     | 3     | 4     | 5     | 6     | 7     | 8     |
| 9               | 20,06 | 20,38 | 20,71 | 21,04 | 21,37 | 21,72 | 22,06 | 22,42 |
| 8 a             | 19,63 | 19,94 | 20,26 | 20,58 | 20,91 | 21,25 | 21,59 | 21,93 |
| 8               | 19,20 | 19,50 | 19,81 | 20,13 | 20,45 | 20,78 | 21,11 | 21,45 |
| 7 a             | 18,78 | 19,08 | 19,39 | 19,70 | 20,01 | 20,33 | 20,66 | 20,99 |
| 7               | 18,37 | 18,66 | 18,96 | 19,26 | 19,57 | 19,89 | 20,20 | 20,53 |
| 6 a             | 17,97 | 18,26 | 18,55 | 18,85 | 19,15 | 19,46 | 19,77 | 20,09 |
| 6               | 17,58 | 17,86 | 18,14 | 18,43 | 18,73 | 19,03 | 19,33 | 19,64 |
| 5 a             | 17,20 | 17,47 | 17,75 | 18,04 | 18,33 | 18,62 | 18,92 | 19,22 |
| 5               | 16,82 | 17,09 | 17,36 | 17,64 | 17,92 | 18,21 | 18,50 | 18,80 |
| 4 a             | 16,46 | 16,72 | 16,99 | 17,26 | 17,54 | 17,82 | 18,10 | 18,39 |
| 4               | 16,10 | 16,35 | 16,62 | 16,88 | 17,15 | 17,43 | 17,70 | 17,99 |
| 3 a             | 15,75 | 16,00 | 16,26 | 16,52 | 16,78 | 17,05 | 17,32 | 17,60 |
| 3               | 15,40 | 15,65 | 15,90 | 16,15 | 16,41 | 16,68 | 16,94 | 17,21 |
| 2 a             | 15,07 | 15,31 | 15,56 | 15,81 | 16,06 | 16,32 | 16,58 | 16,84 |
| 2               | 14,74 | 14,98 | 15,22 | 15,46 | 15,71 | 15,96 | 16,21 | 16,47 |
| 1 a             | 14,42 | 14,65 | 14,89 | 15,13 | 15,37 | 15,61 | 15,86 | 16,12 |
| 1               | 14,11 | 14,33 | 14,56 | 14,79 | 15,03 | 15,27 | 15,51 | 15,76 |

Anlage 2 b  
Kein Bestandteil des Monatslohtarifvertrages Nr. 19

**Tabelle der auf eine Stunde entfallenden Anteile der um den im Monatslohtarifvertrag  
vereinbarten Betrag verminderten Monatstabellennöhne  
(in DM)  
(für die Zeit vom 1.1.1991 an)**

| Lohn-<br>gruppe | Stufe |       |       |       |       |       |       |       |
|-----------------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|
|                 | 1     | 2     | 3     | 4     | 5     | 6     | 7     | 8     |
| 9               | 19,11 | 19,43 | 19,76 | 20,09 | 20,42 | 20,77 | 21,11 | 21,47 |
| 8 a             | 18,68 | 18,99 | 19,31 | 19,63 | 19,96 | 20,30 | 20,64 | 20,98 |
| 8               | 18,25 | 18,55 | 18,86 | 19,18 | 19,50 | 19,83 | 20,16 | 20,50 |
| 7 a             | 17,83 | 18,13 | 18,44 | 18,75 | 19,06 | 19,38 | 19,71 | 20,04 |
| 7               | 17,42 | 17,71 | 18,01 | 18,31 | 18,62 | 18,94 | 19,25 | 19,58 |
| 6 a             | 17,02 | 17,31 | 17,60 | 17,90 | 18,20 | 18,51 | 18,82 | 19,14 |
| 6               | 16,63 | 16,91 | 17,19 | 17,49 | 17,78 | 18,08 | 18,38 | 18,69 |
| 5 a             | 16,25 | 16,52 | 16,80 | 17,09 | 17,38 | 17,67 | 17,97 | 18,27 |
| 5               | 15,87 | 16,14 | 16,41 | 16,69 | 16,97 | 17,26 | 17,55 | 17,85 |
| 4 a             | 15,51 | 15,77 | 16,04 | 16,31 | 16,59 | 16,87 | 17,15 | 17,44 |
| 4               | 15,15 | 15,40 | 15,67 | 15,93 | 16,20 | 16,48 | 16,75 | 17,04 |
| 3 a             | 14,95 | 15,20 | 15,45 | 15,71 | 15,98 | 16,25 | 16,52 | 16,80 |
| 3               | 14,60 | 14,85 | 15,10 | 15,35 | 15,61 | 15,87 | 16,14 | 16,41 |
| 2 a             | 14,27 | 14,51 | 14,75 | 15,00 | 15,26 | 15,51 | 15,77 | 16,04 |
| 2               | 13,94 | 14,17 | 14,41 | 14,65 | 14,90 | 15,15 | 15,41 | 15,67 |
| 1 a             | 13,62 | 13,85 | 14,08 | 14,32 | 14,56 | 14,81 | 15,06 | 15,31 |
| 1               | 13,30 | 13,53 | 13,76 | 13,99 | 14,23 | 14,47 | 14,71 | 14,96 |

**Zeitzuschläge nach § 27 Abs. 1 Buchst. a bis d MTL II  
Lohn für Mehrarbeitsstunden und Überstunden  
nach § 30 Abs. 5 MTL II  
vom 1.1.1991 an**

| Lohngruppe | auf eine Stunde entfallender Anteil des Monatstabellenlohns der Stufe 1<br>DM | Zeitzuschlag für Mehrarbeit und Überstunden<br>25 v.H.<br>DM | Lohn für eine Mehrarbeits- bzw. Überstunde<br>DM | Zeitzuschlag für Arbeit an Sonntagen<br>30 v.H.<br>DM | Zeitzuschlag für Arbeit an Wochenfeiertagen |  | Zeitzuschlag für Arbeit an Vorfesttagen |  |
|------------|---|--|--|---|---|--|---|--|
|            |   |  |  |   | ohne Freizeit- ausgleich<br>135 v.H.<br>DM  | mit Freizeit- ausgleich<br>35 v.H.<br>DM | Ostern, Pfingsten<br>25 v.H.<br>DM      | Weihnachten, Neujahr<br>100 v.H.<br>DM |
| 1          | 2   | 3  | 4  | 5   | 6   | 7  | 8                                       | 9                                      |
| 9          | 20,06   | 5,02   | 25,08  | 6,02  | 27,08                                       | 7,02                                     | 5,02                                    | 20,06                                  |
| 8 a        | 19,63   | 4,91   | 24,54  | 5,89  | 26,50                                       | 6,87                                     | 4,91                                    | 19,63                                  |
| 8          | 19,20   | 4,80   | 24,00  | 5,76  | 25,92                                       | 6,72                                     | 4,80                                    | 19,20                                  |
| 7 a        | 18,78   | 4,70   | 23,48  | 5,63  | 25,35                                       | 6,57                                     | 4,70                                    | 18,78                                  |
| 7          | 18,37   | 4,59   | 22,96  | 5,51  | 24,80                                       | 6,43                                     | 4,59                                    | 18,37                                  |
| 6 a        | 17,97   | 4,49   | 22,46  | 5,39  | 24,26                                       | 6,29                                     | 4,49                                    | 17,97                                  |
| 6          | 17,58   | 4,40   | 21,98  | 5,27  | 23,73                                       | 6,15                                     | 4,40                                    | 17,58                                  |
| 5 a        | 17,20   | 4,30   | 21,50  | 5,16  | 23,22                                       | 6,02                                     | 4,30                                    | 17,20                                  |
| 5          | 16,82   | 4,21   | 21,03  | 5,05  | 22,71                                       | 5,89                                     | 4,21                                    | 16,82                                  |
| 4 a        | 16,46   | 4,12   | 20,58  | 4,94  | 22,22                                       | 5,76                                     | 4,12                                    | 16,46                                  |
| 4          | 16,10   | 4,03   | 20,13  | 4,83  | 21,74                                       | 5,64                                     | 4,03                                    | 16,10                                  |
| 3 a        | 15,75   | 3,94   | 19,69  | 4,73  | 21,26                                       | 5,51                                     | 3,94                                    | 15,75                                  |
| 3          | 15,40   | 3,85   | 19,25  | 4,62  | 20,79                                       | 5,39                                     | 3,85                                    | 15,40                                  |
| 2 a        | 15,07   | 3,77   | 18,84  | 4,52  | 20,34                                       | 5,27                                     | 3,77                                    | 15,07                                  |
| 2          | 14,74   | 3,69   | 18,43  | 4,42  | 19,90                                       | 5,16                                     | 3,69                                    | 14,74                                  |
| 1 a        | 14,42   | 3,61   | 18,03  | 4,33  | 19,47                                       | 5,05                                     | 3,61                                    | 14,42                                  |
| 1          | 14,11   | 3,53   | 17,64  | 4,23  | 19,05                                       | 4,94                                     | 3,53                                    | 14,11                                  |

**Sozialzuschlag für Arbeiterinnen und Arbeiter (Monatsbeträge in DM) für die Zeit vom 1.1.1991 an**

Als Sozialzuschlag erhält die vollbeschäftigte\*) Arbeiterin oder der vollbeschäftigte\*) Arbeiter

| bei 1 Kind | bei 2 Kindern | bei 3 Kindern | bei 4 Kindern | bei 5 Kindern | bei 6 Kindern |
|------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|
| 134,03     | 268,06        | 402,09        | 536,12        | 670,15        | 804,18        |

Bei mehr als sechs Kindern erhöht sich der Ortszuschlag für jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 134,03 DM.

Der Sozialzuschlag erhöht sich für das zweite und jedes weitere zu berücksichtigende Kind für Arbeiter mit Entlohnung nach den Lohngruppen 1, 1 a und 2 um je 40 DM,  
den Lohngruppen 2 a, 3 und 3 a um je 30 DM,  
der Lohngruppe 4 um je 20 DM;

dies gilt nicht für Kinder, für die das Kindergeld auf Grund zwischenstaatlicher Abkommen abweichend von § 10 BKGg bemessen wird; für die Anwendung des § 3 Abs. 2 Unterabs. 1 des Vergütungstarifvertrages Nr. 26 zum BAT sind diese Kinder bei der Feststellung der Zahl der zu berücksichtigenden Kinder nicht mitzuzählen.

Die Arbeiterin oder der Arbeiter, die oder der in den Fällen des § 9 Abs. 4 MTL II, des § 2 Abs. 6 und des § 3 des Tarifvertrages über das Lohngruppenverzeichnis zum MTL II für den vollen Kalendermonat

- den Monatstabellenlohn einer höheren Lohngruppe erhält,
- durch die Summe des Monatstabellenlohns und einer Zulage den Betrag des Monatstabellenlohnes einer höheren Lohngruppe in seiner Stufe erreicht.

wird für die Anwendung des Satzes 2 der höheren Lohngruppe zugeordnet.

\*) Arbeiterinnen und Arbeiter mit einer arbeitsvertraglich vereinbarten, von § 15 Abs. 1 MTL II abweichenden durchschnittlichen regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit und Arbeiterinnen und Arbeiter, deren Lohnanspruch nicht für einen vollen Kalendermonat besteht, erhalten nach § 41 Sätze 2 und 3 i. V.m. § 30 Abs. 2 und 3 MTL II den Sozialzuschlag anteilig.

## Anlage E

**Änderungstarifvertrag Nr. 50 zum MTL II  
vom 22. März 1991**

## § 1

## Änderung des MTL II

Der Manteltarifvertrag für Arbeiter der Länder – MTL II – vom 27. Februar 1964, zuletzt geändert durch den Änderungstarifvertrag Nr. 49 zum MTL II vom 30. Oktober 1990 wird wie folgt geändert:

1. In § 9 Abs. 4 Satz 2 werden jeweils die Worte »Stufe 4« durch die Worte »Stufe 1« ersetzt.
2. § 21 Abs. 6 erhält die folgende Fassung:
 

»(6) Abweichend von Absatz 2 können Akkordlöhne (Gedingelöhne) vereinbart werden. Dabei soll gegenüber dem auf eine Stunde entfallenden Anteil des um den im Monatslohnvertrag vereinbarten Betrag verminderten Monatstabellenlohnes bei Normalleistung ein Mehrverdienst von mindestens 15 vom Hundert erreicht werden.«
3. In § 22 werden
  - a) in der Überschrift das Wort »Lohnabkommen« durch das Wort »Lohnvertrag« ersetzt und
  - b) im Wortlaut die Worte »Schicht- und« gestrichen.
4. In § 27 Abs. 1 werden die Worte »Stufe 4« durch die Worte »Stufe 1« ersetzt.
5. In § 30 Abs. 5 werden die Worte »Stufe 4« durch die Worte »Stufe 1« ersetzt sowie nach dem Wort »Lohngruppe« die Worte »zuzüglich des Zeitzuschlags nach § 27 Abs. 1 Buchst. a« eingefügt.
6. § 37 wird wie folgt geändert:
  - a) In Absatz 1 Unterabs. 1 Satz 1 werden die Worte »einschließlich der jeweiligen Zulage nach dem Tarifvertrag über eine Zulage an Arbeiter vom 17. Mai 1982 in der jeweils geltenden Fassung« gestrichen.
  - b) In Absatz 2 Unterabs. 2 werden die Worte »einschließlich der Zulage nach dem Tarifvertrag über eine Zulage an Arbeiter vom 17. Mai 1982 in der jeweils geltenden Fassung« gestrichen.
7. § 39 Abs. 2 Satz 2 erhält die folgende Fassung:
 

»Die Entschädigung beträgt für jede volle Reisestunde die Hälfte, insgesamt jedoch höchstens das Vierfache des auf eine Stunde entfallenden Anteils des um den im Monatslohnvertrag vereinbarten Betrag verminderten Monatstabellenlohnes.«
8. Die SR 2 a werden wie folgt geändert:
  - a) In Nr. 5 Abs. 2 werden nach den Worten »des auf eine Stunde entfallenden Anteils des« die Worte »um den im Monatslohnvertrag vereinbarten Betrag verminderten« eingefügt.
  - b) Nr. 7 Satz 2 erhält die folgende Fassung:
 

»In den übrigen Fällen erhält er seinen bisherigen, um den im Monatslohnvertrag vereinbarten Betrag verminderten Monatstabellenlohn.«
9. Die SR 2 b werden wie folgt geändert:
  - a) Nr. 5 wird wie folgt geändert:
    - aa) Absatz 1 Abschn. I Satz 2 wird durch die folgende Sätze ersetzt:
 

»Hierbei gelten eineinhalb Wachstunden als eine Arbeitsstunde. Bei einer Wachschrift von mindestens siebeneinhalb Stunden sind jedoch mindestens siebeneinhalb Stunden als Arbeitszeit zu werten. Der Monatslohn ist so zu berechnen, daß für 167,40 Arbeitsstunden der Monatstabellenlohn und für jede darüber hinausgehende Arbeitsstunde der auf eine Stunde entfallende Anteil des um den im Monatslohnvertrag vereinbarten Betrag verminderten Monatstabellenlohnes gezahlt werden.«
    - bb) Absatz 2 Abschn. II wird wie folgt geändert:
      - a) Satz 2 erhält die folgende Fassung:
 

»Die Vorschrift, nach der bei einer Wachschrift von mindestens siebeneinhalb Stunden mindestens siebeneinhalb Stunden als Arbeitszeit zu werten sind, wird nicht angewendet.«
      - b) In Nr. 1 Buchst. b und Nr. 2 Buchst. a werden jeweils nach dem Wort »maßgebenden« die Worte »um den im Monatslohnvertrag vereinbarten Betrag verminderten« eingefügt.
  - b) Nr. 7 wird wie folgt geändert:
    - aa) Absatz 2 zweiter Halbsatz erhält die folgende Fassung:
 

»In den übrigen Fällen erhält er seinen bisherigen, um den im Monatslohnvertrag vereinbarten Betrag, verminderten Monatstabellenlohn.«
    - bb) In Absatz 3 Satz 2 werden die Worte »in dem Abkommen nach § 22 geregelt« durch die Worte »nach § 22 tarifvertraglich besonders vereinbart« ersetzt.
  - c) In Nr. 13 Abs. 1 Buchst. a Unterabs. 7 Satz 2 werden nach dem Wort »Dritteln« die Worte »des auf eine Stunde entfallenden Anteils des um den im Monatslohnvertrag vereinbarten Betrag verminderten Monatstabellenlohnes« eingefügt.
10. Die SR 2 c werden wie folgt geändert:
  - a) Nr. 5 wird wie folgt geändert:
    - aa) Absatz 2 Buchst. a Satz 2 wird durch die folgenden Sätze ersetzt:
 

»Hierbei gelten eineinhalb Wachstunden als eine Arbeitsstunde. Bei einer Wachschrift von mindestens siebeneinhalb Stunden sind jedoch mindestens siebeneinhalb Stunden als Arbeitszeit zu werten. Der Monatslohn ist so zu berechnen, daß für 167,40 Arbeitsstunden der Monatstabellenlohn und für jede darüber hinausgehende Arbeitsstunde der auf eine Stunde entfallende Anteil des um den im Monatslohnvertrag vereinbarten Betrag verminderten Monatstabellenlohnes gezahlt werden.«
    - bb) In Absatz 3 Buchst. a Nr. 2 Satz 1 werden nach dem Wort »maßgebenden« die Worte »um den im Monatslohnvertrag vereinbarten Betrag verminderten« eingefügt.
  - b) Nr. 7 zweiter Halbsatz erhält die folgende Fassung:
 

»In den übrigen Fällen erhält er seinen bisherigen, um den im Monatslohnvertrag vereinbarten Betrag verminderten Monatstabellenlohn.«
11. Die SR 2 g werden wie folgt geändert:
  - a) Nr. 5 Abs. 1 Satz 3 erhält die folgende Fassung:
 

»Der Theaterbetriebszuschlag wird aus dem auf eine Stunde entfallenden Anteil der Stufe 1 des um den im Monatslohnvertrag vereinbarten Betrag verminderten Monatstabellenlohnes der jeweiligen Lohngruppe berechnet.«
  - b) In Nr. 6 Buchst. b Satz 1 werden nach den Worten »des auf eine Stunde entfallenden Anteils des« die Worte »um den im Monatslohnvertrag vereinbarten Betrag verminderten« eingefügt.
12. In Nr. 3 a SR 2 h werden nach den Worten »der auf eine Stunde entfallende Anteil des« die Worte »um den im Monatslohnvertrag vereinbarten Betrag verminderten« eingefügt.
13. Die SR 2 l werden wie folgt geändert:
  - a) In Nr. 4 Satz 3 werden nach den Worten »des auf eine Stunde entfallenden Anteils des« die Worte »um den im Monatslohnvertrag vereinbarten Betrag verminderten« eingefügt.
  - b) In Nr. 5 Abs. 1 Unterabs. 2 und 3 erhält jeweils der Klammerzusatz die folgende Fassung:
 

»(§ 30 Abs. 5)«.
  - c) Nr. 6 wird wie folgt geändert:
    - aa) In Satz 1 werden die Worte »Lohngruppe IV« durch die Worte »Lohngruppe 2 a« ersetzt.
    - bb) In Satz 2 werden jeweils nach dem Wort »Monatstabellenlohnes« die Worte »der Stufe 1« eingefügt.
14. In Nr. 1 Abs. 2 Buchst. a Satz 1 und 3 der Anlage 5 werden jeweils nach den Worten »des auf eine Stunde entfallenden Anteils des« die Worte »um den im Monatslohnvertrag vereinbarten Betrag verminderten« eingefügt.

## § 2

## Übergangsvorschrift

Für Arbeiter, die am 30. September 1990 in einem unter den MTL II fallenden Arbeitsverhältnis gestanden haben, das am 1. Oktober 1990 zu demselben Arbeitgeber fortbestanden hat, gilt für die Dauer des fortbestehenden Arbeitsverhältnisses folgendes:

Hat der Arbeiter in der Zeit vom 1. Januar 1990 bis 30. September 1990 ständig oder regelmäßig eine Zulage nach Nr. 6 SR 2 l MTL II in der bis zum 30. September 1990 geltenden Fassung

bezogen, erhält er, solange ihm die zulageberechtigenden Arbeiten – ggf. auch nach Unterbrechungen – übertragen sind, als Zulage mindestens den Betrag, den er vor dem 1. Oktober 1990 zuletzt nach dem Monatslohntarifvertrag Nr. 18 zum MTL II vom 14. April 1988 als Zulage erhalten hat.

§ 3

Aufhebung des Tarifvertrages über eine Zulage an Arbeiter

Der Tarifvertrag über eine Zulage an Arbeiter vom 17. Mai 1982, zuletzt geändert durch den Änderungsvertrag Nr. 3 vom 10. Mai 1990, wird aufgehoben.

§ 4

Änderung des Tarifvertrages zu § 73 MTL betr. Besitzstandswahrung

In Artikel IV § 5 Nr. 1 Satz 1 des Tarifvertrages zu § 73 MTL betr. Besitzstandswahrung vom 27. Februar 1964, zuletzt geändert durch den Änderungstarifvertrag Nr. 3 vom 23. Oktober 1989, werden die Worte »Stufe 4« durch die Worte »Stufe 1« ersetzt.

§ 5

Änderung des Tarifvertrages über die Ausführung von Arbeiten im Gedingeverfahren im Bereich der SR 2 b MTL II

§ 1 Nr. 4 des Tarifvertrages vom 15. Mai 1962 über die Ausführung von Arbeiten im Gedingeverfahren im Bereich der SR 2 b MTL II (Gedingerichtlinien), geändert durch den Änderungstarifvertrag Nr. 18 zum MTL II vom 5. August 1970, wird wie folgt geändert:

1. Satz 2 erhält die folgende Fassung:

»Die im Lohnzeitraum im Gedinge geleisteten Arbeitsstunden (Gedingestunden) werden bis zu 167,40 Arbeitsstunden im Kalendermonat mit dem auf eine Stunde entfallenden Anteil des Monatstabellenlohnes, die darüber hinausgehenden Arbeitsstunden mit dem auf eine Stunde entfallenden Anteil des um den im Monatslohntarifvertrag vereinbarten Betrag verminderten Monatstabellenlohnes vergütet.«

2. In Satz 3 werden nach den Worten »Anteil des« die Worte »um den im Monatslohntarifvertrag vereinbarten Betrag verminderten« eingefügt.

§ 6

Änderung des Tarifvertrages über Zulagen an Arbeiter bei den Sicherheitsdiensten der Länder

In § 1 Abs. 1 Unterabs. 2 und in § 3 Satz 1 des Tarifvertrages über Zulagen an Arbeiter bei den Sicherheitsdiensten der Länder vom 9. Februar 1978, geändert durch den Änderungstarifvertrag Nr. 1 vom 26. Juni 1990, werden jeweils die Worte »Lohngruppen II bis VI (TdL außer Hamburg) bzw. der Lohngruppen C I bis A I (Hamburg)« durch die Worte »Lohngruppen 1 bis 4 a« und die Worte »Lohngruppen VII bis IX (TdL außer Hamburg) bzw. der Lohngruppen A II bis A IV (Hamburg)« durch die Worte »Lohngruppen 5 bis 9« ersetzt.

§ 7

Inkrafttreten

Dieser Tarifvertrag tritt mit Wirkung vom 1. Oktober 1990 in Kraft.

**Anlage G**

**Ausbildungsvergütungstarifvertrag Nr. 14 für Auszubildende bei Bund und Ländern vom 22. März 1991**

§ 1

(1) Die Ausbildungsvergütung gemäß § 8 Abs. 1 des Manteltarifvertrages für Auszubildende beträgt monatlich

|                       |            |
|-----------------------|------------|
| im 1. Ausbildungsjahr | 753,59 DM  |
| im 2. Ausbildungsjahr | 830,68 DM  |
| im 3. Ausbildungsjahr | 901,43 DM  |
| im 4. Ausbildungsjahr | 999,63 DM. |

Bei einer Stufenausbildung (§ 26 Berufsbildungsgesetz, § 26 Handwerksordnung) wird zur Ermittlung des Ausbildungsjahres die in vorangegangenen Stufen des Ausbildungsberufes zurückgelegte Zeit mitgerechnet, auch wenn nach Ausbildungsabschluß einer vorangegangenen Stufe eine zeitliche Unterbrechung der Ausbildung gelegen hat.

Hat das Ausbildungsverhältnis im Laufe eines Kalendermonats begonnen, erhält der Auszubildende die nach Unterabsatz 1 zustehende höhere Ausbildungsvergütung jeweils vom Beginn des Kalendermonats an, in dem das vorhergehende Ausbildungsjahr geendet hat.

(2) Die Ausbildungsvergütung nach Absatz 1 erhöht sich nach Vollendung des 18. Lebensjahres um 40 DM.

Das 18. Lebensjahr gilt als vollendet mit dem Beginn des Kalendermonats, in den der Geburtstag fällt.

§ 2

(1) Dem angestelltenversicherungspflichtigen Auszubildenden (§ 1 Abs. 1 Buchst. a des Manteltarifvertrages für Auszubildende) können bei Vorliegen der geforderten Voraussetzungen 50 v. H. der Zulagen gezahlt werden, die für Angestellte gemäß § 33 Abs. 1 Buchst. c i. V. m. Abs. 6 BAT jeweils vereinbart sind.

(2) Dem arbeiterrentenversicherungspflichtigen Auszubildenden (§ 1 Abs. 1 Buchst. b des Manteltarifvertrages für Auszubildende), der im Rahmen seiner Ausbildung in erheblichem Umfang mit Arbeiten gemäß § 29 MTB II/MTL II beschäftigt wird, kann im zweiten bis vierten Ausbildungsjahr ein monatlicher Pauschalzuschlag von 20 DM gezahlt werden. § 1 Abs. 1 Unterabs. 2 und 3 gilt entsprechend.

§ 3

(1) Gewährt der Auszubildende Unterkunft und Verpflegung, wird die Ausbildungsvergütung monatlich um 206,21 DM gekürzt.

(2) Gewährt der Auszubildende nur Unterkunft, wird die Ausbildungsvergütung monatlich um 52,94 DM, gewährt er nur Verpflegung, wird die Ausbildungsvergütung monatlich um 153,27 DM gekürzt.

§ 4

Der Auszubildende kann auf den 749 DM übersteigenden Betrag der Bruttobezüge im Sinne des § 2 Abs. 2 Satz 2 des Bundeskindergeldgesetzes verzichten. Der Verzicht kann nur widerrufen werden, wenn sich die Höhe der Ausbildungsvergütung ändert. Der Verzicht und der Widerruf sind schriftlich zu erklären. Sie werden mit dem Ersten des Kalendermonats wirksam, der auf den Monat folgt, in dem die schriftliche Erklärung dem Auszubildenden zugegangen ist.

Bis zum 31. Mai 1991 kann der Verzicht auch mit Rückwirkung bis zum 1. Januar 1991 erklärt werden.

§ 5

Dieser Tarifvertrag wird nicht angewandt auf Auszubildende, die spätestens mit Ablauf des 31. März 1991 aus ihrem Verschulden oder auf eigenen Wunsch aus dem Ausbildungsverhältnis ausgeschieden sind oder ausscheiden. Dies gilt auf Antrag nicht für Auszubildende, die im unmittelbaren Anschluß an das auf eigenen Wunsch beendete Ausbildungsverhältnis wieder in den öffentlichen Dienst eingetreten sind oder eintreten.

Öffentlicher Dienst im Sinne des Satzes 2 ist eine Beschäftigung

- a) beim Bund, bei einem Land, bei einer Gemeinde, bei einem Gemeindeverband oder bei einem sonstigen Mitglied eines Arbeitgeberverbandes, der der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände angehört,
- b) bei einer Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts, die den BAT, den BAT-O, den MTB II, den MTL II, den MTArb-O oder einen Tarifvertrag wesentlich gleichen Inhalts anwendet.

§ 6

Dieser Tarifvertrag tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1991 in Kraft. Er kann mit einer Frist von einem Monat zum Schluß eines Kalendermonats, frühestens zum 31. Dezember 1991, schriftlich gekündigt werden.

**Anlage H**

**Tarifvertrag über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen/Praktikanten (TV Prakt) vom 22. März 1991**

§ 1

Geltungsbereich

Dieser Tarifvertrag gilt für Praktikantinnen/Praktikanten für den Beruf

- a) des Sozialarbeiters, Sozialpädagogen und Heilpädagogen während der praktischen Tätigkeit, die nach Abschluß des Fachhochschulstudiums der staatlichen Anerkennung als Sozialarbeiter, Sozialpädagoge bzw. Heilpädagoge vorauszugehen hat,
- b) des pharmazeutisch-technischen Assistenten während der praktischen Tätigkeit nach § 6 des Gesetzes über den Beruf des pharmazeutisch-technischen Assistenten vom 18. März 1968 (BGBl. I S. 228),
- c) der Orthoptistin während der praktischen Tätigkeit, die nach den geltenden Ausbildungsordnungen der staatlichen Anerkennung oder Erlaubnis als Orthoptistin vorauszugehen hat,
- d) der Erzieherin während der praktischen Tätigkeit, die nach den geltenden Ausbildungsordnungen der staatlichen Anerkennung als Erzieherin vorauszugehen hat,
- e) der Kinderpflegerin während der praktischen Tätigkeit, die nach den geltenden Ausbildungsordnungen der staatlichen Anerkennung als Kinderpflegerin vorauszugehen hat,
- f) des Masseurs, des Masseurs und medizinischen Bademeisters und des Krankengymnasten während der praktischen Tätigkeit nach §§ 10 und 11 des Gesetzes über die Ausübung der Berufe des Masseurs, des Masseurs und medizinischen Bademeisters und des Krankengymnasten vom 21. Dezember 1958 (BGBl. I S. 985),

die in einem Praktikantenverhältnis zu einem Arbeitgeber stehen, dessen Angestellte unter den Geltungsbereich des BAT fallen.

## § 2

### Entgelt und Verheiratetenzuschlag sowie Berechnung und Auszahlung der Bezüge

(1) Das Entgelt und der Verheiratetenzuschlag betragen monatlich:

| Für die Praktikantin/<br>den Praktikanten für den Beruf  | Entgelt<br>DM | Verheirateten-<br>zuschlag<br>DM |
|--|---------------|----------------------------------|
| des Sozialarbeiters,<br>Sozialpädagogen,<br>Heilpädagogen  | 1991,09       | 105,46                           |
| der pharm.-techn.<br>Assistentin,<br>Orthoptistin,<br>Erzieherin,<br>des Krankengymnasten                | 1665,01       | 100,46                           |
| der Kinderpflegerin,<br>des Masseurs,<br>Masseurs und med.<br>Bademeisters im ersten<br>Praktikantenjahr | 1582,59       | 100,46                           |

Das Entgelt der Praktikantin/des Praktikanten für den Beruf des Masseurs und medizinischen Bademeisters erhöht sich in der weiteren Praktikantenzeit um 45 DM monatlich; hat das Praktikantenverhältnis im Laufe eines Kalendermonats begonnen, erhalten sie den Erhöhungsbetrag vom Beginn des Kalendermonats an, in dem das erste Praktikantenjahr geendet hat.

(2) Für die Zahlung des Verheiratetenzuschlags gilt § 62 des Bundesbesoldungsgesetzes entsprechend.

(3) Für die Berechnung und Auszahlung der Bezüge gilt § 36 Abs. 1 und 2 BAT entsprechend.

## § 3

### Wöchentliche und tägliche Arbeitszeit

Die durchschnittliche regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit und die tägliche Arbeitszeit der Praktikantin/des Praktikanten richten sich nach den Bestimmungen, die für die Arbeitszeit der beim Arbeitgeber in dem künftigen Beruf der Praktikantin/des Praktikanten beschäftigten Angestellten gelten.

## § 4

### Kürzung der Arbeitszeit durch freie Tage

(1) Die Praktikantin/Der Praktikant wird in jedem Kalenderhalbjahr an einem Arbeitstag unter Fortzahlung des Entgelts und des Verheiratetenzuschlags (§ 2 Abs. 1) von der Arbeit freigestellt. Die neueingestellte Praktikantin/Der neueingestellte Praktikant erwirbt den Anspruch auf Freistellung erstmals, wenn das Praktikantenverhältnis fünf Monate ununterbrochen bestanden hat. Die Dauer der Freistellung beträgt höchstens ein Fünftel der für die Praktikantin/den Praktikanten geltenden durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit.

(2) Die Freistellung von der Arbeit soll grundsätzlich nicht unmittelbar vor oder nach dem Erholungsurlaub erfolgen.

(3) Wird die Praktikantin/der Praktikant an dem für die Freistellung vorgesehenen Tag aus dienstlichen oder betrieblichen Gründen zur Arbeit herangezogen, ist die Freistellung innerhalb desselben Kalenderhalbjahres nachzuholen. Ist dies aus dienstlichen bzw. betrieblichen Gründen nicht möglich, ist die Freistellung innerhalb der ersten zwei Monate des folgenden Kalenderhalbjahres nachzuholen.

Eine Nachholung in anderen Fällen ist nicht zulässig.

(4) Der Anspruch auf Freistellung kann nicht abgeholten werden.

## § 5

### Fernbleiben von der Arbeit

(1) Die Praktikantin/Der Praktikant darf nur mit vorheriger Zustimmung des Arbeitgebers der Arbeit fernbleiben. Kann die Zustimmung den Umständen nach nicht vorher eingeholt werden, ist sie unverzüglich zu beantragen. Bei nicht genehmigtem Fernbleiben besteht kein Anspruch auf Bezüge.

(2) Die Praktikantin/Der Praktikant ist verpflichtet, dem Arbeitgeber die Arbeitsunfähigkeit und deren voraussichtliche Dauer unverzüglich anzuzeigen. Dauert die Arbeitsunfähigkeit länger als drei Kalendertage, hat die Praktikantin/der Praktikant eine ärztliche Bescheinigung über die Arbeitsunfähigkeit und deren voraussichtliche Dauer spätestens an dem darauf folgenden allgemeinen Arbeitstag der Dienststelle oder des Betriebes vorzulegen; sie/er trägt die Kosten der Bescheinigung. In besonderen Einzelfällen ist der Arbeitgeber berechtigt, die Vorlage der ärztlichen Bescheinigung früher zu verlangen. Dauert die Arbeitsunfähigkeit länger als in der Bescheinigung angegeben ist, ist die Praktikantin/der Praktikant verpflichtet, unverzüglich eine neue ärztliche Bescheinigung vorzulegen. Eine Bescheinigung des Trägers der gesetzlichen Krankenversicherung ersetzt die ärztliche Bescheinigung.

## § 6

### Fortzahlung des Entgelts und des Verheiratetenzuschlags bei Erholungsurlaub und bei Arbeitsunfähigkeit

(1) Während des Erholungsurlaubs erhält die Praktikantin/der Praktikant das Entgelt und den Verheiratetenzuschlag (§ 2 Abs. 1) weiter.

(2) Der Praktikantin/Dem Praktikanten werden das Entgelt und der Verheiratetenzuschlag (§ 2 Abs. 1)

a) im Falle einer durch Unfall, durch Krankheit, durch nicht rechtswidrige Sterilisation oder durch nicht rechtswidrigen Abbruch der Schwangerschaft verursachten Arbeitsunfähigkeit und während eines von einem Sozialversicherungsträger oder einer Versorgungsbehörde verordneten Kur- oder Heilverfahrens bis zur Dauer von sechs Wochen,

b) bei der jeweils ersten Arbeitsunfähigkeit, die durch einen bei dem Arbeitgeber erlittenen Arbeitsunfall oder durch eine bei dem Arbeitgeber zugezogene Berufskrankheit verursacht ist, bis zum Ende der zwölften Woche seit dem Beginn der Arbeitsunfähigkeit, wenn der zuständige Unfallversicherungsträger den Arbeitsunfall oder die Berufskrankheit anerkennt.

fortgezahlt, jedoch nicht über die Beendigung des Praktikantenverhältnisses hinaus.

Die Fortzahlung entfällt, wenn die Praktikantin/der Praktikant sich die Arbeitsunfähigkeit vorsätzlich, grob fahrlässig oder bei einer nicht genehmigten Nebentätigkeit zugezogen hat.

## § 7

### Anwendung des § 6 Abs. 2 bei Schadensersatzansprüchen gegen Dritte

(1) Ist die Arbeitsunfähigkeit durch einen von einem Dritten zu vertretenden Umstand herbeigeführt, hat die Praktikantin/der Praktikant

a) dem Arbeitgeber unverzüglich die Umstände mitzuteilen, unter denen die Arbeitsunfähigkeit herbeigeführt worden ist,

b) sich jeder Verfügung über die Ansprüche auf Schadensersatz wegen der Arbeitsunfähigkeit zu enthalten und

c) die Ansprüche auf Schadensersatz wegen der Arbeitsunfähigkeit an den Arbeitgeber abzutreten und zu erklären, daß sie/er über die Ansprüche noch nicht verfügt hat.

Bis zur Abtretung der Ansprüche ist der Arbeitgeber berechtigt, die Leistungen aus § 6 Abs. 2 zurückzubehalten.

(2) Übersteigt der erlangte Schadensersatz die Leistungen des Arbeitgebers nach § 6 Abs. 2, erhält die Praktikantin/der Praktikant den Unterschiedsbetrag. Bei der Verfolgung der Schadens-

ersatzansprüche durch den Arbeitgeber darf ein über dessen Anspruch hinausgehender, nicht offensichtlich ungerechtfertigter Anspruch der Praktikantin/des Praktikanten nicht vernachlässigt werden.

§ 8

Sonstige Arbeitsbedingungen

(1) Für ärztliche Untersuchungen, für Belohnungen und Geschenke, für Nebentätigkeiten, für die Arbeit an Samstagen, Sonntagen, Feiertagen und Vorfesttagen, für die Überstunden, für die Zeitzuschläge, für den Bereitschaftsdienst, für die Rufbereitschaft und für den Erholungsurlaub gelten die Vorschriften sinngemäß, die jeweils für die beim Arbeitgeber in dem künftigen Beruf der Praktikantin/des Praktikanten beschäftigten Angestellten maßgebend sind. Dabei gilt als Stundenvergütung im Sinne des § 35 Abs. 3 Unterabs. 1 BAT der auf die Stunde entfallende Anteil des Entgelts (§ 2 Abs. 1). Zur Ermittlung dieses Anteils ist das jeweilige Entgelt durch das 4,348fache der durchschnittlichen regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit (§ 3) zu teilen.

(2) Bei Vorliegen der Voraussetzungen erhält die Praktikantin/der Praktikant die Zulagen, die

- a) für Angestellte gemäß § 33 Abs. 1 Buchst. c i. V.m. Abs. 6 BAT,
  - b) für Angestellte im Heimerziehungsdienst in der Anlage 1 a zum BAT
- jeweils vereinbart sind.

(3) Falls im Rahmen des Praktikantenvertrages eine Vereinbarung über die Gewährung einer Personalunterkunft getroffen wird, ist dies in einer gesondert kündbaren Nebenabrede festzulegen. Der Wert der Personalunterkunft wird im Bereich der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) und im Bereich der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) nach dem Tarifvertrag über die Bewertung der Personalunterkünfte für Angestellte vom 16. März 1974 in der jeweils geltenden Fassung auf die Bezüge mit der Maßgabe angerechnet, daß der nach § 3 Abs. 1 Unterabs. 1 des genannten Tarifvertrages maßgebende Quadratmetersatz um 15 v.H. zu kürzen ist.

Sachbezüge sind in der Höhe der durch Rechtsverordnung nach § 17 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 SGB IV bestimmten Werte anzurechnen. Kann die Praktikantin/der Praktikant während der Zeit, für die das Entgelt nach § 6 und nach Absatz 4 fortzuzahlen ist, Sachbezüge aus berechtigtem Grund nicht abnehmen, sind diese nach den Sachbezugswerten abzugelten.

(4) Die §§ 52, 52 a BAT gelten entsprechend.

§ 9

Schweigepflicht

Die Praktikantin/Der Praktikant unterliegt bezüglich der Schweigepflicht denselben Bestimmungen wie die beim Arbeitgeber in ihrem/seinem künftigen Beruf beschäftigten Angestellten.

§ 10

Ausschlußfrist

Ansprüche aus dem Praktikantenverhältnis verfallen, wenn sie nicht innerhalb einer Ausschlußfrist von sechs Monaten nach Fälligkeit von der Praktikantin/dem Praktikanten oder vom Arbeitgeber schriftlich geltend gemacht werden, soweit tarifvertraglich nichts anderes bestimmt ist.

Für denselben Sachverhalt reicht die einmalige Geltendmachung des Anspruchs aus, um die Ausschlußfrist auch für später fällig werdende Leistungen unwirksam zu machen.

§ 10 a

Ausnahmen vom Geltungsbereich

Dieser Tarifvertrag wird nicht angewendet auf Praktikantinnen/Praktikanten, die spätestens mit Ablauf des 31. März 1991 aus ihrem Verschulden oder auf eigenen Wunsch aus dem Praktikantenverhältnis ausgeschieden sind oder ausscheiden. Dies gilt auf Antrag nicht für Praktikantinnen/Praktikanten, die in unmittelbarem Anschluß an das auf eigenen Wunsch beendete Praktikantenverhältnis wieder in den öffentlichen Dienst eingetreten sind oder eintreten.

- Öffentlicher Dienst im Sinne des Satzes 2 ist eine Beschäftigung
- a) beim Bund, bei einem Land, bei einer Gemeinde, bei einem Gemeindeverband oder bei einem sonstigen Mitglied eines Arbeitgeberverbandes, der der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) angehört,
  - b) bei einer Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts, die den BAT, den BAT-O oder einen Tarifvertrag wesentlich gleichen Inhalts anwendet.

§ 10 b

Außerkraftsetzung

Der Tarifvertrag über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen (Praktikanten) für medizinische Hilfsberufe vom 28. Januar 1970 und der Tarifvertrag über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikanten (Praktikantinnen) für Berufe des Sozial- und des Erziehungsdienstes vom 17. Dezember 1970 werden aufgehoben. Soweit in anderen Tarifverträgen auf die in Satz 1 genannten Tarifverträge verwiesen ist, tritt an deren Stelle dieser Tarifvertrag.

§ 11

Inkrafttreten, Laufzeit

(1) Dieser Tarifvertrag tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1991 in Kraft.

(2) Er kann mit einer Frist von einem Monat jeweils zum Ende eines Kalendervierteljahres schriftlich gekündigt werden. § 2 Abs. 1 tritt mit dem Außerkrafttreten des jeweils geltenden Vergütungstarifvertrages zum BAT außer Kraft.

Anlage

Kein Bestandteil des Tarifvertrages über die Regelungen der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen/Praktikanten

**Stunden- und Überstundenentgelte sowie Zeitzuschläge für Praktikantinnen und Praktikanten nach § 8 Abs. 1 des Tarifvertrages vom 22.3.1991 (i. V.m. § 35 Abs. 1 und 3 BAT)**  
(Spalten 2 bis 9 = DM-Beträge je Arbeitsstunde)

Gültig ab 1.1.1991

| Entgelt von monatlich DM | Stundenentgelt (§ 8 Abs. 1 i. V.m. § 35 Abs. 3 Unterabs. 1 BAT) | Überstundenentgelt (§ 35 Abs. 3 Unterabs. 2 BAT) | Zeitzuschlag für Überstunden (§ 35 Abs. 1 Buchst. a BAT) | Zeitzuschlag für Tätigkeit an Sonntagen (§ 35 Abs. 1 Buchst. b BAT) | Zeitzuschlag für Tätigkeit an Wochenfeiertagen (§ 35 Abs. 1 Buchst. c BAT) |   | Zeitzuschlag für Tätigkeit an Vorfesttagen (§ 35 Abs. 1 Buchst. d BAT) |   |
|--------------------------|---|--|--|---|--|---|--|---|
|                          |   |  |  |   | ohne Freizeit-ausgleich (Doppelbuchst. aa)                                 | bei Freizeit-ausgleich (Doppelbuchst. bb) | Ostern, Pfingsten (Doppelbuchst. aa)                                   | Weihnachten, Neujahr (Doppelbuchst. bb) |
| 1                        | 2   | 3  | 4  | 5   | 6  | 7   | 8  | 9                                       |
| 1 582,59                 | 9,45  | 11,81  | 2,36   | 2,36  | 12,76  | 3,31                                      | 2,36   | 9,45                                    |
| 1 627,59                 | 9,72  | 12,15  | 2,43   | 2,43  | 13,12  | 3,40                                      | 2,43   | 9,72                                    |
| 1 665,01                 | 9,95  | 12,44  | 2,49   | 2,49  | 13,43  | 3,48                                      | 2,49   | 9,95                                    |
| 1 991,09                 | 11,89   | 14,27  | 2,38   | 2,97  | 16,05  | 4,16                                      | 2,97   | 11,89                                   |

Der Zeitzuschlag für die Tätigkeit in der Nacht (§ 35 Abs. 1 Buchst. e BAT) beträgt 1,50 DM, ab 1.4.1991 2,50 DM.

Der Zeitzuschlag für die Tätigkeit an Samstagen (§ 35 Abs. 1 Buchst. f BAT) beträgt -,75 DM, ab 1.4.1991 1,25 DM.

**Anmerkung:**

Die Überstundenentgelte sind auch Berechnungsgrundlage für Bereitschaftsdienst und Rufbereitschaft.

**Nr. 78****Bekanntmachung****der Veränderungen in der 44. Synode  
der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg**

In die 44. Synode wurden gewählt:  
der Lehrer Gottfried Knoblauch  
Hamburger Straße 10, 2901 Wiefelstede, Tel. 0 44 02 - 65 70  
als Mitglied des Kirchenkreises Ammerland

der Rechtsanwalt und Notar Karl-Julius Hibben  
Dorfstraße 30, Friedrichsfehn, 2905 Edewecht, Tel. 0 44 86 - 86 39  
als Mitglied des Kirchenkreises Oldenburg II.

Die 44. Synode hat auf ihrer Tagung am 14. Mai 1991  
die Synodalen  
Karl-Julius Hibben in den Rechts- und Verfassungsausschuß,  
den Finanzausschuß und den Personalausschuß,  
Gottfried Knoblauch in den Rechts- und Verfassungsausschuß  
und den Bildungs- und Erziehungsausschuß,  
Joachim Wendt in den Finanzausschuß  
gewählt.

Die 44. Synode hat auf ihrer Tagung am 14. Mai 1991  
die Synodale  
Anne Cordes zur Vizepräsidentin in das Präsidium gewählt.

Aus der 44. Synode sind ausgeschieden die Synodalen  
Auguste Koch, Angestellte  
Moorgutstraße 16, 2915 Saterland  
als gewähltes Mitglied des Kirchenkreises Ammerland,

Dr. Hans Poeschel, Personalleiter  
Am Horstbusch 4, 2902 Rastede  
als gewähltes Mitglied des Kirchenkreises Oldenburg II.

Oldenburg, den 17. Mai 1991

Der Oberkirchenrat  
der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg  
Ristow  
Oberkirchenrat

**Nachrichten****Berufen**

- 01.10.1990 Pastor Dirk Range, nach Schönemoor
- 01.11.1990 Pastorin Christine Grätz, nach Bant Ost (IV)
- 01.01.1991 Pastor Ralf Behrens, nach Edewecht (III) Süd
- 01.01.1991 Pastorin Sabine Karwath, nach Westerstede (V)
- 01.01.1991 Pfarrer Jörg Meyer, nach Ohmstede I
- 01.01.1991 Pfarrer Martin Meyer für 8 Jahre zum Kreispfarrer  
des Kirchenkreises Vechta
- 01.01.1991 Pastor Ullrich Ostermann, nach Cloppenburg (Nord)
- 01.02.1991 Pastor Klaus Heinrich Braje, nach Burhave
- 01.02.1991 Pastor Michael Hillmann, nach Sande I (Nord)
- 01.02.1991 Pastor Jörg Schierholz, nach Rodenkirchen
- 01.03.1991 Pastorin Sabine Arnold, nach Wiefelstede II
- 01.03.1991 Pfarrer Alfreds Irps für die Dauer seiner Amtszeit als  
Pfarrer zum Kreispfarrer des Kirchenkreises Brake
- 01.04.1991 Pastor Michael Gädicke, nach Westerstede III/Ocholt
- 01.05.1991 Pastor Norbert Schirmmacher, nach Bakum
- 01.05.1991 Pastor Joachim Tönjes, nach Stollhamm
- 01.06.1991 Pfarrer Manfred Lichtenberger,  
zum Landeskrankenhaus Wehnen

**Eingeführt**

- 02.12.1990 Pastor Rüdiger Gehrmann, in Ahlhorn
- 02.12.1990 Pfarrer Werner Röhm, im Gemeindezentrum  
Hartenkamp
- 07.12.1990 Pastorin Christine Grätz, in Bant
- 09.12.1990 Pfarrer Hans-Joachim Jürgens, in Rastede
- 16.12.1990 Pastor Dirk Range, in Schönemoor
- 06.01.1991 Pastor Ralf Behrens, in Edewecht
- 06.01.1991 Pastor Ullrich Ostermann, in Cloppenburg
- 13.01.1991 Pastorin Sabine Karwath, in Westerstede
- 13.01.1991 Pfarrer Martin Meyer, als Kreispfarrer in Vechta
- 10.02.1991 Pfarrer Jörg Meyer, in Oldenburg
- 10.03.1991 Pastor Klaus Heinrich Braje, in Burhave
- 17.03.1991 Pastor Michael Gädicke, in Ocholt
- 24.03.1991 Pastorin Sabine Arnold, in Wiefelstede
- 26.04.1991 Pfarrer Alfred Irps, als Kreispfarrer in Golzwarden
- 12.05.1991 Pastor Jörg Schierholz, in Rodenkirchen
- 19.05.1991 Pastorin Dorothea Patberg, in Friesoythe
- 19.05.1991 Pastor Gotthold Patberg, in Friesoythe
- 19.05.1991 Pastor Norbert Schirmmacher, in Bakum

**Zum Hilfsprediger ernannt**

- 01.05.1991 Pastor Thomas Anders, St. Johannes Delmenhorst
- 01.05.1991 Pastor Folkert Fendler, Studentenpfarrstelle  
Oldenburg
- 01.05.1991 Pastor Bernd Göde, Dangastermoor
- 01.05.1991 Pastor Claus-Gerd Hoes, Berufsschulen Delmenhorst
- 01.05.1991 Pastor Dietrich Menne, Wangerooge
- 01.05.1991 Pastorin Angela Schiwinisky-Frerichs,  
Friedrichsfehn + Berufsbildende Schulen Rostrup
- 01.05.1991 Pastor Jörn Stoffers, Rastede II

**Zu Pfarrvikaren ernannt**

- 01.01.1991 Karsten Peuster, Bad Zwischenahn
- 16.04.1991 Heiko Behrens, Damme
- 16.04.1991 Jochen Bröckmann, Neuenbrok

- 16.04.1991 Ralf Diers, Jever
- 16.04.1991 Susanne Duwe, Oldenburg
- 16.04.1991 Aliet Jürgens, Oldenburg
- 16.04.1991 Achim Neubauer, Wilhelmshaven
- 16.04.1991 Martina Rambusch-Nowak, Oldenburg
- 16.04.1991 Holger Rauer, Oldenburg
- 16.04.1991 Hans-Martin Röker, Wilhelmshaven
- 16.04.1991 Dietrich Schneider, Lohne

**Eingewiesen / beauftragt / angestellt**

- 16.09.1990 Pastor Karl-Heinrich Linde, mit der Verwaltung der  
Pfarrstelle Nordenham I
- 16.09.1990 Pastor Jürgen Philipps, mit der Vertretung der  
Pfarrstelle Christus- und Garnionskirche  
Wilhelmshaven
- 16.09.1990 Pastorin Christiane Potreck, zur Mithilfe in der  
Kirchengemeinde Wildeshausen
- 16.09.1990 Pastorin Corinna Ahrens, zur Mithilfe in der  
Kirchengemeinde Heilig-Geist Delmenhorst
- 16.09.1990 Pastorin Christa Toepfer, mit der Seelsorge im  
Elisabeth-Kinderkrankenhaus Oldenburg
- 16.09.1990 Pastor Matthias Selke, zur Mithilfe in der  
Kirchengemeinde Hatten
- 01.10.1990 Pastorin Elke Hilgefert, mit der Verwaltung der  
Pfarrstelle Goldenstedt
- 01.01.1991 Pastor Matthias Selke, zur Mithilfe in der  
Kirchengemeinde Rastede
- 01.04.1991 Pastor Matthias Selke, mit der Verwaltung der  
Pfarrstelle Ofenerdiek
- 01.05.1991 Pastor Thomas Anders, mit der Verwaltung der  
Pfarrstelle St. Johannes Delmenhorst
- 01.05.1991 Pastor Folkert Fendler, zur Mithilfe bei der  
Studentenpfarrstelle Oldenburg
- 01.05.1991 Pfarrerin Evelyn Freitag, mit der Seelsorge an den  
Landeskrankenanstalten Kreyenbrück
- 01.05.1991 Pastor Bernd Göde, mit der Verwaltung der  
Pfarrstelle Dangastermoor
- 01.05.1991 Pastor Claus-Gerd Hoes, mit der Verwaltung der  
Landeskirchlichen Pfarrstelle an den Berufsschulen  
in Delmenhorst
- 01.05.1991 Pastor Dietrich Menne, mit der Verwaltung der  
Pfarrstelle Wangerooge
- 01.05.1991 Pastorin Angela Schiwinisky-Frerichs, mit der  
Vertretung der Pfarrstelle Friedrichsfehn-Petersfehn II  
und Berufsbildende Schulen Rostrup
- 01.05.1991 Pastor Jörn Stoffers, zur Mithilfe in der  
Kirchengemeinde Rastede
- 15.05.1991 Pastorin Dorothea Patberg, mit der Verwaltung der  
Pfarrstelle Friesoythe
- 15.05.1991 Pastor Gotthold Patberg, mit der Verwaltung der  
Pfarrstelle Friesoythe

**Ordiniert**

- 10.02.1991 Pfarrvikar Karsten Peuster, Bad Zwischenahn
- 28.04.1991 Pfarrvikar Thomas Anders, Wilhelmshaven
- 28.04.1991 Pfarrvikar Folkert Fendler, Oldenburg
- 28.04.1991 Pfarrvikar Bernd Göde, Varel
- 28.04.1991 Pfarrvikar Claus-Gerd Hoes, Wardenburg

### **Ordiniert**

- 28.04.1991 Pfarrvikar Dietrich Menne, Oldenburg  
28.04.1991 Pfarrvikarin Doris Scheidemann-Willenberg,  
Lemwerder  
28.04.1991 Pfarrvikarin Angela Schiwinsky-Frerichs, Steinfeld  
28.04.1991 Landesgeschäftsführer Norbert Schirrmacher,  
Oldenburg  
28.04.1991 Pfarrvikar Jörn Stoffers, Rastede

### **Bewerbungsfähigkeit zuerkannt**

- 16.09.1990 Pastorin Karin Kaschlun, Brake  
01.04.1991 Pastor Hartmut Blankemeyer, Nordenham  
01.04.1991 Pastor Martin Böhmen, Wardenburg  
01.04.1991 Pastor Michael Kühn, Delmenhorst  
01.04.1991 Pastorin Angelika Menz, Jade  
01.04.1991 Pastor Rüdiger Möllenberg, Jever  
01.04.1991 Pastor Frank Moritz, Wilhelmshaven  
01.04.1991 Pastorin Sabine Spieker-Lauhöfer, Großenkneten  
01.04.1991 Pastor Peter Völkers, Steinfeld  
01.04.1991 Pastor Kai Wessels, Wilhelmshaven  
01.04.1991 Pastor Frank Willenberg, Lemwerder

### **Theologische Prüfungen**

#### **1. Examen**

- 19.02.1991 Martin Laube  
20.02.1991 Bärbel Spieker  
20.02.1991 Eske Wollrad  
20.02.1991 Kertin Wulfes  
20.02.1991 Karin Mechthild Zocher

#### **2. Examen**

- 11.03.1991 Oliver Bröffel  
11.03.1991 Folkert Fendler  
11.03.1991 Jörn Stoffers  
12.03.1991 Thomas Anders  
12.03.1991 Bernd Göde  
12.03.1991 Claus-Gerd Hoes  
12.03.1991 Dietrich Menne  
12.03.1991 Doris Scheidemann-Willenberg  
12.03.1991 Angela Schiwinsky-Frerichs

### **Für den Ausbildungsdienst als Lehrvikar angestellt**

- 16.04.1991 Kerstin Hochartz, nach Seefeld  
zu Kreispfarrer Janßen  
16.04.1991 Martina Schaa, nach Fedderwardergroden  
zu Kreisfarrerin Nuber  
16.04.1991 Bärbel Spieker, nach Wardenburg  
zu Pfarrer Wassmann  
16.04.1991 Ute Thräne, nach Delmenhorst  
zu Pfarrer Dr. Konukiewitz

### **In den Ruhestand getreten**

- 01.07.1990 Pfarrer Erwin Brade, Wildeshausen  
01.10.1990 Pastor Horst Lameier, Bakum  
01.01.1991 Pfarrer Wolfgang Duwe, Rastede  
01.01.1991 Pfarrer Georg Spelmeyer, Langwarden  
01.01.1991 Pfarrer Lucjan Steinhagen, Westerstede  
01.05.1991 Pfarrer Anton-Günther Gerdes, Stollhamm

### **Gestorben**

- 28.08.1990 Pfarrer i. R. Wilhelm Schulze, Bad Zwischenahn  
19.01.1991 Pfarrer i. R. Wolf-Albrecht Muther  
24.01.1991 Pfarrer i. R. Kurt Friedrich Kleinhans  
19.02.1991 Pfarrer i. R. Werner Lindenberg  
21.05.1991 Pfarrer i. R. Alfred Mieke